

NOVEMBER 2022
AUSGABE 05

JOURNALIST

POST

06

Freier
Journalismus
als Drahtseilakt
M. Hofmann

28

Mohloboli: Ich war
zwei Jahre von meinem
autistischen Sohn
getrennt

42

Masha Efrosinina:
Ich bin eine
lebende Tote

CEVHERI GÜVEN

SEVGIL MUSAIEVA



JANNA CIHAD



SERDAR ALKAN



Mutige Journalist:innen leisten Widerstand [08]

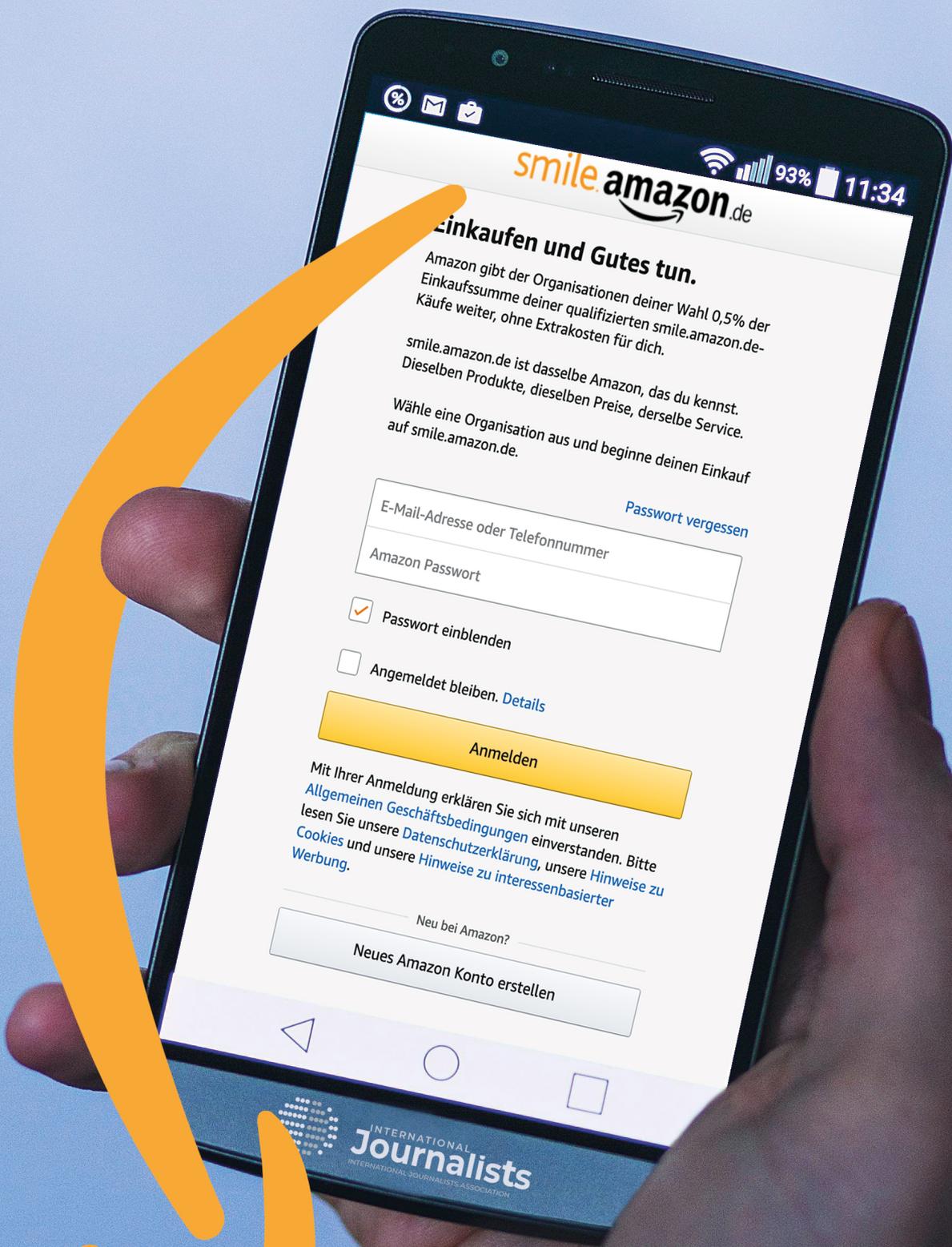


kein Aufwand
dauerhaft gebührenfrei



INTERNATIONAL
Journalists
INTERNATIONAL JOURNALISTS ASSOCIATION





smile amazon.de

Einkaufen und Gutes tun.

Amazon gibt der Organisation deiner Wahl 0,5% der Einkaufssumme deiner qualifizierten smile.amazon.de-Käufe weiter, ohne Extrakosten für dich.

smile.amazon.de ist dasselbe Amazon, das du kennst. Dieselben Produkte, dieselben Preise, derselbe Service.

Wähle eine Organisation aus und beginne deinen Einkauf auf smile.amazon.de.

[Passwort vergessen](#)

- Passwort einblenden
- Angemeldet bleiben. [Details](#)

Anmelden

Mit Ihrer Anmeldung erklären Sie sich mit unseren [Allgemeinen Geschäftsbedingungen](#) einverstanden. Bitte lesen Sie unsere [Datenschutzerklärung](#), unsere [Hinweise zu Cookies](#) und unsere [Hinweise zu interessenbasierter Werbung](#).

Neu bei Amazon?



Unterstütze mit deinem Einkauf unabhängige Medien.

Kaufen und Spenden



smile.amazon.de

inhalt

- **Freier Journalismus als Drahtseilakt**
Monique Hofmann 6
- **Erdogans lange Arme umschlingen Europa**
İsmail Sağıroğlu 8
- **Die Verteidigung der Medienfreiheit ist jedermanns Aufgabe**
Salla Nazarenko 11
- **Journalisten im Visier von Diktatoren**
Hellen Schultz 12
- **„Wir werden zur Zielscheibe, weil wir die Wahrheit schreiben**
Şemsi Açıkgöz 14
- **Ziviler Tod in einer zivilisierten Welt**
Kerim Balcı 18
- **Politische Gewalt**
Lilian Sanches 22
- **Um der Freiheit willen am Kreuz hängen**
Bob Rugurika 24
- **„Kontrolliere die Nachricht!“**
Thomas Sideris 26
- **Der Journalismus in Pakistan ist tot**
Taha Siddiqui 30
- **Mussten zwei unschuldige Menschen sterben, damit wir wachgerüttelt werden?**
Monika Nagyová 32
- **Golfstaaten, kein Ort für Pressefreiheit**
Jonathan Gorvett 34
- **„Ich wollte ein normales Leben führen“**
Lucas Siqueira 36
- **Wie Medien während des Krieges wirksam sein können**
Olga Myrovych 39
- **Journalisten sind wichtig!**
Serhiy Tomilenko 40
- **Es ist schwieriger zu leben als es zu sagen**
Lyudmila Makei 46
- **Das Leben wird den Tod besiegen: Sevgil Musaieva**
Yunus Erdoğan 48
- **Karikatur**
Carlos Latuff 50



UKRAINISCHER SUPERSTAR UND VERTRIEBENE JOURNALISTIN MASHA EFROSININA:

„ICH BIN EINE LEBENDE TOTE“

Ich bin nicht mit dem Traum gekommen, mir ein besseres Leben aufzubauen. Die Leute denken, dass wir hier unter besseren Bedingungen leben als in der Ukraine. Aber das stimmt nicht. Ich habe alles verloren, was ich liebe und was ich habe, meine Errungenschaften und meine Karriere. Ich lebte ein Leben des ständigen Aufstiegs. Wir haben ein geliebtes Leben hinter uns gelassen. Wir haben nicht unter schlechten und ausgebeuteten Bedingungen gelebt. **42**

Keiso Mohloboli



„ICH WAR WÄHREND MEINES EXILS ZWEI JAHRE LANG VON MEINEM AUTISTISCHEN SOHN GETRENNT.“ 28

Bob Rugurika



UM DER FREIHEIT WILLEN AM KREUZ HÄNGEN 24

HERAUSGEBER:
INTERNATIONAL
JOURNALISTS
ASSOCIATION e.V.

VERTRETEN DURCH:
MUSTAFA KILIÇ

EDITOR:
YÜKSEL DURGUT

REDAKTION:
ŞEMŞİ AÇIKGÖZ
CILENE VICTOR
LILIAN SANCHES
İSMAIL SAĞIROĞLU
GÜLİZAR BAKI
TÜRKMEN TERZI
AHMET DOĞAN
ERSİN ŞANLI
İRFAN GALIP DUMLU

ART DIRECTOR:
ÖMER AKBULUT

LAYOUT:
KEMAL KAHVECI

TITELFOTO:
BARBAROS KAYA

ANSCHRIFT:
Poststraße 2-4, 60329
Frankfurt am Main
Deutschland
Tel: +49 069 84846306
GSM: +49 179 1385035
E-Mail: journalistpost@internationaljournalists.org
www.internationaljournalists.org

SPENDENKONTO:
IBAN: DE29 5065 2124
0004 1249 13
PayPal: paypal@internationaljournalists.org
Patreon: info@internationaljournalists.org

Die langen Arme zielen auf JournalistInnen ab



YÜKSEL DURGUT EDITOR

Als wir mit unserem Redaktionsteam die Arbeit für diese Ausgabe abschlossen, war der Vorfall unseres Kollegen Cevheri Güven noch nicht auf der Tagesordnung. Wir entschieden uns für die langen Arme, die Journalisten auch im Exil nicht in Ruhe lassen, also für Blacklisting, als Titelthema.

Die Tatsache, dass Güvens Nachricht in der Türkei in der Schlagzeile einer von der Regierung kontrollierten Zeitung erschien, erwies sich jedoch als eine der klassischen Taktiken zur Änderung der Tagesordnung in einem Land, das sich auf Wahlen konzentriert. Das wählerhypnotisierende Machtspiel von Regierungen, die weit von der Demokratie entfernt sind und sich vor jeder Wahl um Stimmen sorgen, fand diesmal in Deutschland statt, wo die Pressefreiheit respektiert wird. In einem Land wie Deutschland ist es ein großes Verbrechen, auch nur ein Foto eines gewöhnlichen Bürgers ohne Erlaubnis in irgendeinem Medium zu veröffentlichen, ganz zu schweigen von einem Journalisten. Die Enthüllung von Cevheri Güvens Adresse, dem Haus, in dem er lebt, seiner Familie und seines gesamten Privatlebens ist ein Verbrechen.

Es gibt verschiedene Methoden solcher Regime. Rana Ayyub, eine indische Autorin der Washington Post, hat in 27 Monaten etwa 8,5 Millionen Drohungen, darunter auch Todesdrohungen, auf Twitter erhalten, weil sie den indischen Premierminister Narendra Modi und seine Partei, die BJP, kritisiert hat. Damit ist sie eine der am meisten bedrohten JournalistInnen der Welt.

Die Friedensnobelpreisträgerin, Geschäftsführerin und Mitbegründerin der philippinischen Nachrichtenorganisation Rappler, Maria Ressa, erhält laut einem von der UNESCO erstellten Bericht täglich etwa zweitausend Nachrichten auf ihrer Facebook-Seite, die von Beleidigungen bis hin zu Morddrohungen reichen. In dem Bericht wird betont, dass es sich bei den Absendern dieser Nachrichten um Trolle handelt. Es ist fast zu schwierig, diese Trolle loszuwerden, und ihre Lügen verbreiten sich schneller als die Wahrheit.

Der Journalist Jamal Khashoggi, der im saudi-arabischen Generalkonsulat in Istanbul ermordet wurde, hat in seiner letzten nach seinem Tod veröffentlichten Kolumne eine schmerzhafteste Diagnose über die arabische Welt gestellt. Er schrieb, dass die meisten Menschen, die in den arabischen Ländern leben, nichts über die politischen Ereignisse in der Welt wissen oder falsch informiert sind. Die Menschen wüssten nichts von den Ereignissen, die ihr Leben beeinflussten, und hätten Angst, öffentlich darüber zu sprechen, und die Staaten würden die Menschen mit falschen Nachrichten täuschen.

Die schweren Geschütze, die Staaten einsetzen, um ihre Gegner außerhalb ihrer Grenzen zum Schweigen zu bringen, sind kein neues Phänomen. Russlands Attentate im Ausland gehören zu den bekanntesten. In den frühen 1980er Jahren verglich der libysche Staatschef Muammar Gaddafi seine Gegner mit „streunenden Hunden“ und nahm die Exilgemeinde seines Landes ins Visier, bis er gestürzt wurde. Nach der Revolution führte der Iran „Attentatswellen“ gegen seine im Exil lebenden Bürger durch, insbesondere in Europa, nachdem die Gegner aus dem Land geflohen waren.

Man denkt an behelmte KriegsberichterstatteInnen, die durch kugelsichere Westen geschützt und nur mit Kameras und Mikrofonen bewaffnet sind. Physische Bedrohungen von ReporterInnen sind die sichtbarste Gefahr. JournalistInnen und der Journalismus selbst sind aber auch mit anderen Bedrohungen konfrontiert, wie Zensur, politischem und wirtschaftlichem Druck, Einschüchterung und Angriffen auf den Schutz von Nachrichtenquellen.

Die UN-Sonderberichtsteratterin für die Förderung und den Schutz des Rechts auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung, Irene Khan, erörtert die Auswirkungen der Medienfreiheit und -sicherheit im digitalen Zeitalter auf Menschenrechte, Demokratie und Entwicklung sowie die Gefahr, die sie für viele Journalisten darstellt.

Khan plädiert für die Einrichtung einer internationalen Task Force zur Verhinderung, Untersuchung und Verfolgung von Angriffen auf Journalisten: „Journalisten zum Schweigen zu bringen, indem man sie tötet, ist die schrecklichste Form der Zensur“.

Wenn wir unsere Journalisten nicht schützen, schützen wir auch nicht die Zukunft der unabhängigen Medien. Es ist ein moralisches Gebot, sich gegen die Schikanen zu wehren, denen sie ausgesetzt sind, und es muss eine gemeinsame Haltung eingenommen werden. ■



MONIQUE HOFMANN *

Freier Journalismus als Drahtseilakt

Denn gute Arbeitsbedingungen für [freie] Journalistinnen und Journalisten sind die Voraussetzung dafür, dass Medien ihrer Verantwortung für die Demokratie gerecht werden können.

Freie Journalist*innen in Deutschland verdienen im Schnitt rund 884 Euro weniger als ihre festangestellten Kolleg*innen in Vollzeit, fand eine Studie zur Prekarisierung im Journalismus der LMU München im vergangenen Jahr heraus. Die Schere habe sich seit 2014/2015 vergrößert. Erschreckend darüber hinaus der Befund: Ein Großteil der freiberuflich arbeitenden Journalist*innen, nämlich fast ein Drittel, verdiene nur zwischen 600 und 1200 Euro im Monat. Besonders dramatisch stellt sich die Situation bei den Zeitungsjournalist*innen dar, vor allem für diejenigen, die im Lokalen tätig sind. 25 Cent pro Zeile, Online-Veröffentlichung bereits inkludiert? Kein Einzelfall. Wer protestiert und ein angemessenes Honorar einfordert, wird abserviert: „Auf eine weitere Zusammenarbeit mit Ihnen möchten wir zukünftig verzichten“, heißt es dann etwa.

Nur Wenige wagen daher gar den Schritt, ihre Honoraransprüche vor Gericht durchzusetzen – trotz durchaus beträchtlicher Erfolgsaussichten. So wie eine freie Lokaljournalistin, der die Landauer Zeitung jahrelang 14 Cent pro Zeile und 5 Euro pro Bild gezahlt hatte. Ihr sprach das Oberlandesgericht Nürnberg im Jahr 2020 eine Nachzahlung von über 70.000 Euro zu. Grundlage dieser Entscheidung waren die von den Gewerkschaften und dem Verlegerverband vereinbarten Gemeinsa-

men Vergütungsregeln (GVR) für Journalist*innen an Tageszeitungen, die das Gericht als Orientierungshilfe anerkannte, obwohl sie 2017 einseitig von den Verlegern gekündigt worden waren. Auch mittels kollektivem Kampf, indem sich die Freien solidarisch zusammenschließen, ließen sich in der Vergangenheit bereits Verbesserungen erreichen. Zum Beispiel bei der „Esslinger Zeitung“, wo die Freien 2018 zwei Wochen lang keine Aufträge mehr angenommen haben und auf diese Weise eine spürbare Erhöhung ihrer Honorare und Aufwandsentschädigungen durchsetzen konnten.

Diese rar gesäten Erfolgsmomente können jedoch nicht den Blick auf die besorgniserregende Realität verstellen: Eine Mehrheit der freien Journalist*innen benötigt ein zweites oder gar drittes Standbein, um überhaupt die eigene Miete zahlen zu können. Eine wachsende Zahl verlässt die Journalismus-Branche sogar ganz – mit fatalen Folgen insbesondere für den Lokaljournalismus, wo sich die demokratiefördernde Bedeutung der Medien am deutlichsten zeigt.

FINANZ- UND SICHERHEITSHerausforderungen für freiberufliche Journalisten

Zumal weitere Faktoren diese Entwicklung begünstigen. Denn prekär ist die Situation freier Journalist*innen längst nicht nur unter finanziellen Gesichtspunkten. Seit Jahren

sehen sich Medienschaffende einer wachsenden Zahl an Angriffen ausgesetzt: Drohungen im digitalen Raum oder auf der Straße, Hetzkampagnen im Netz, körperlichen Übergriffen insbesondere seit der flächendeckenden Ausbreitung der Anti-Corona-Maßnahmen-Proteste von Querdenken und anderen Gruppierungen, zunehmend auch juristischen Angriffen in Form von Unterlassungsaufforderungen oder sogar Klagen. Fast tägliche Anfeindungen jeglicher Art gehören für viele Medienvertreter*innen inzwischen zum Joballtag.

Doch während festangestellte Journalist*innen eher auf die Unterstützung ihres Verlags oder ihrer Rundfunkanstalt zählen können, befinden sich freie Journalist*innen schutzlos in der ersten Reihe. Besonders, wenn es sich nicht um arbeitnehmerähnliche Freie, sogenannte feste Freie handelt, oder die Journalist*innen sogar ganz ohne Auftrag eines Medienhauses arbeiten. Täglich Dutzende Hassnachrichten lesen und auf strafrechtliche Relevanz prüfen zu müssen, kostet viel Zeit und ist psychisch belastend. Gleiches gilt für Journalist*innen, die einen körperlichen Angriff auf sie zur Anzeige bringen und für eine gerechte Bestrafung der Täter*innen sorgen wollen. Wer sich gegen juristische Angriffe oder gar gegen sogenannte SLAPPs, strategic lawsuits against public participation, also strategische Klagen gegen öffentliche Beteiligung zur Wehr setzen muss, wird von dem dafür nötigen Zeit- und Kostenaufwand schnell zermürbt. Er kann sogar existenzbedrohliche Ausmaße annehmen.

Fazit: Wenn sich an den problematischen strukturellen Bedingungen für freiberufliche Medienarbeit nichts ändert, werden immer mehr freie Journalist*innen, die sich ihren Job nicht mehr leisten können, in andere Branchen abwandern. Und das wird dem Journalismus insgesamt als konstituierendem Baustein der Demokratie merklich schaden. Was also tun? Weil vor allem die Verlage von allein nicht tätig werden, ist der Gesetzgeber gefordert, diese in die Pflicht zu nehmen. Deshalb fordern wir als ver.di unter anderem, dass die nun diskutierte staatliche Presseförderung ebenso wie jegliche sonstigen direkten oder indirekten Subventionen nur Unternehmen gewährt werden, die sich an tarifliche und soziale Standards in der Branche halten. Denn gute Arbeitsbedingungen für (freie) Journalistinnen und Journalisten sind die Voraussetzung dafür, dass Medien ihrer Verantwortung für die Demokratie gerecht werden können. ■

FREIE JOURNALIST*INNEN LEISTEN QUALITATIV HOCHWERTIGE ARBEIT

Aktuelle repräsentative Zahlen kennen wir nicht, aber so manches Indiz lässt vermuten, dass Journalismus in Deutschland inzwischen von deutlich mehr Freiberufler*innen als Festangestellten gemacht wird. Für das journalistische Produkt bedeutet dies, dass dessen Qualität maßgeblich von der Arbeit der Freien abhängt und dass die Medien ohne deren Einsatz nicht mehr in der Lage wären, die Geschehnisse in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft so abzubilden, wie es für die Erfüllung ihres öffentlichen Auftrags erforderlich ist. Freier Journalismus ist deshalb grundlegend für die Aufrechterhaltung der demokratierelevanten Funktion der Medien. Als krasser Widerspruch erscheint es da, dass freiberufliche Journalist*innen sich seit Jahren einer zunehmenden Prekarität ausgesetzt sehen, und das nicht nur mit Blick auf ihre wirtschaftliche Situation.

MONIQUE HOFMANN

Monique Hofmann ist 1984 in Ludwigsfelde bei Berlin geboren. Sie hat Geschichte und Romanistik in Mainz, Dijon und Bologna studiert und nach dem Studium zwei Jahre in Rom gelebt. 2014 hat sie die deutsche Kampagne der Europäischen Bürgerinitiative für Medienvielfalt geleitet, bevor sie 2015 begonnen hat, im Medien-Bereich bei ver.di zu arbeiten. Dort war sie zunächst vorrangig für Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit zuständig. Seit November 2020 ist sie zudem Bundesgeschäftsführerin der Deutschen Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) in ver.di und vertritt die berufspolitischen Interessen aller Journalistinnen und Journalisten, die in der Gewerkschaft ver.di organisiert sind. Für Medienschaffende, die von Demonstrationen berichten, organisiert sie unter anderem Workshops und juristische Unterstützung bei Angriffen oder Behinderungen durch die Polizei. Als dju-Bundesgeschäftsführerin ist sie außerdem für das Thema Presseausweise zuständig. Seit 2016 publiziert sie als freie Journalistin zu Medien-Themen, vorrangig für das Medienmagazin „Menschen Machen Medien“.

ERDOGANS LANGE ARME UMSCHLINGEN EUROPA

Macht zu verlieren und ihre Korruption aufzudecken, ist Erdogans größte Angst. Diese Angst führt zu unglaublichen illegalen Praktiken. Einige Journalisten werden mitten auf der Straße angegriffen. Private Unterhaltungen und Fotos von einigen von ihnen werden veröffentlicht. Auch werden einige von ihnen zur Zielscheibe gemacht, indem ihre Privatadressen preisgegeben werden.



İSMAİL SAĞIROĞLU

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan hat am meisten Angst vor oppositionellen Journalisten und Schriftstellern. Er greift auf alle möglichen Wege zurück, um alle Stimmen zu unterdrücken, die Korruption und Gesetzlosigkeit offenbaren.

Zum Beispiel leistet er Ländern, die als Dritte Welt gelten, verschiedene Unterstützungen oder bietet unbemannte Luftfahrzeuge an, die von seinem Schwiegersohn hergestellt werden. Und manchmal setzt er es als Trumpf bei Verhandlungen ein, genau wie es bei der Mitgliedschaft Schwedens und Finnlands in der NATO der Fall war.

In starken Ländern, in denen er nicht verhandeln kann, wie beispielsweise in Deutschland, setzt er paramilitärische Strukturen ein, die für ihn arbeiten. Solche Strukturen werden "lange Arme Erdogans" genannt. Diese langen Arme waren schon oft in Europa aktiv. Der Journalist Erk Acarer wurde vor seinem Haus in Berlin angegriffen. Der Journalist Abdullah Bozkurt wurde ebenfalls von Menschen krankenhausaufreife geschlagen, die direkt vor seinem Haus in Stockholm auf ihr warteten. Auch der Journalist Ahmet Dönmez wurde auf dem Weg angehalten, als er sein Kind von der Schule in Schweden abholen wollte, und wurde angegriffen. Er erlitt durch den Angriff eine Gehirnblutung. Er ist nur knapp dem Tod entkommen. Es ist bekannt, dass Erdogan den Abgeordneten namens Metin Külünk beauftragt hat, die Türken in Europa zu organisieren. Külünk organisiert mit Hilfe einiger Vereine die in Europa lebenden türkischen Gruppen und setzt sie bei solchen Fällen ein. Leider sind die von den deutschen Behörden zu diesem Thema eingereichten Klagen nicht abgeschlossen.

Erdogans lange Arme haben auch Journalisten erreicht, die in letzter Zeit Millionen von Menschen über Youtube erreicht haben. Zum Beispiel wurde der Account von Said Sefa, einem in Kanada lebenden Journalisten, gehackt und seine privaten Informationen wur-

den geteilt. Sefa erklärte, dass er diesen Drohungen nicht nachgeben und seinen Journalismus fortsetzen werde.

Ein weiterer als Ziel festgelegter Name ist Cevheri Güven. Cevheri Güven, dessen Youtube-Beiträge millionenfach angesehen wurden, ist aktuell der einflussreichste Journalist der Türkei, obwohl er nicht in der Türkei lebt. Er wurde auf der Titelseite der Zeitung Sabah zur Zielscheibe gemacht, deren "geheimer Besitzer" Erdogan ist. Seine offene Adresse in Deutschland, Fotos von ihm und seinem Kind, und die Zeiten, zu denen er sein Haus verlässt, wurden in der Zeitung veröffentlicht. Alle Details über sein Haus, seine Nachbarschaft und seine Familie wurden geteilt. Er wurde sogar in dem Lebensmittelgeschäft fotografiert, in dem er einkaufen war. Die Bedeutung der Botschaft ist sehr klar, da türkische Journalisten in der Vergangenheit in europäischen Städten, die als sicher gelten, Angriffen mit Fäusten und Stöcken ausgesetzt waren. Güven sollte "ingeschüchtert" und "mundtot" gemacht werden.

Der Journalist Güven sagte diesbezüglich, dass er ins Visier genommen wurde, weil er über die Rolle des türkischen Geheimdienstes beim "Putschversuch" vom 15. Juli berichtete, mit dem Erdogan seinen eigenen Sitz stärkte. "Ihr werdet die Wahrheit und den Journalismus nicht verhindern können", sagte er und drückte aus, dass er seine Veröffentlichungen ohne Angst fortsetzen würde.

Wir sehen eine neue Version der Ermordung des Journalisten Jamal Khashoggi durch die saudi-arabische Regierung, des Mullah-Regimes im Iran und des Putin-Regimes in Russland, die versuchen, Dissidenten aufzuspüren und zum Schweigen zu bringen. Wenn Erdogans langen Armen nicht Einhalt geboten wird, wird Europa, das die Hochburg von "Demokratie und Freiheit" zu sein scheint, sehr leiden.

Als Journalist Post fragten wir den Journalisten Cevheri Güven nach dem Vorfall und dem schwierigen Prozess, den er durchmachte.

DER SCHUTZ VON JOURNALISTEN IM EXIL IST NOTWENDIG, UM DIE EUROPÄISCHE DEMOKRATIE ZU SCHÜTZEN



Am 22. September nahm die von Erdoğan kontrollierte Zeitung Sabah den Journalisten Cevheri Güven ins Visier, indem sie seine Adresse und Fotos von seinem Haus und seinen Kindern auf ihrer Titelseite veröffentlichte.

Sie mussten auswandern, weil es in der Türkei kein freies Publizieren gibt. Wie sicher sind Sie in dem Land, in das Sie gerade gezogen sind?

Ich lebe derzeit in Deutschland, es gibt Bedingungen, unter denen ich meine Meinungsfreiheit ausüben kann. Das heißt aber nicht, dass ich keine Sicherheitsprobleme habe. Kürzlich wurden meine Exil-Journalistenfreunde aus der Türkei in Deutschland und Schweden angegriffen. Ich stehe vor der gleichen Bedrohung. Ich übe meine Meinungsfreiheit bequem aus. Ich bin weit von der Gefahr einer Inhaftierung entfernt, aber ich denke, dass ich aus Sicht der Lebenssicherheit in Gefahr bin.

Als oppositioneller Journalist werden Sie ständig angegriffen. Wie wirkt sich das auf Ihre Arbeit aus?

Das Regime hat verschiedene Methoden, um mich daran zu hindern, meinen Beruf auszuüben. Sie versuchen, mich, meine Familie und meine Verwandten in der Türkei einem ständigem Druck und Stress auszusetzen. Es folgt die Diskreditierung mit falschen Informationen. Sie zu bekämpfen, verursacht natürlich einen enormen Zeit- und Energieverlust. Es bricht jedoch nicht meine Entschlossenheit, meinen Beruf fortzusetzen.

Erdogans lange Arme haben zuvor Anschläge in Städten in Europa verübt, die als sicher gelten. Hinsichtlich Ihrer Person wurde sogar die Adresse Ihres Hauses veröffentlicht. Wie hat sich das auf Sie und

Ihre Familie ausgewirkt? Haben sie sich unsicher gefühlt, haben sie darüber nachgedacht, einen Plan b zu machen?

Die Veröffentlichung eines Fotos von uns, wie wir mit meinem Sohn auf der Straße gehen, Fotos von meinem Haus und meiner Adresse in der regierungsnahen Zeitung Sabah ist natürlich eine klare Drohung. Darüber hinaus zielt die Veröffentlichung meiner Adresse auf fanatische Erdoğanisten ab, die in Europa leben. Dies ist eine sehr klare Bedrohung für meine Lebenssicherheit. Meine Wohnadresse und Fotos von meinem Haus in der Zeitung zu sehen, ist sowohl für meine Familie als auch für mich keine leichte Situation.

Zeigen die Sicherheitsbehörden die nötige Sensibilität, um Ihre Sicherheit in Deutschland, dem Land, in dem Sie jetzt leben, zu gewährleisten?

Ich würde gerne denken, dass der deutsche Sicherheitsdienst die notwendige Sensibilität gezeigt hat. Das kann ich nicht genau wissen. Ich habe nicht die Absicht, die Probleme in der Türkei nach Deutschland zu bringen. Aber Europa sollte eins sehen: Zugeständnisse an autoritäre Regime kehren in die westliche Welt als höhere Rechnungen zurück. Es ist wie das Bild, das durch die Zugeständnisse an Putin in der Ukraine geschaffen wurde. Der Schutz von Journalisten im Exil, die gegen autoritäre Regime kämpfen, ist auch notwendig, um die europäische Demokratie zu schützen. ▶



NORDIC MONITOR EDITOR **LEVENT KENEZ:**

KENEZ: ICH HABE DEN GLAUBEN DARAN NICHT VERLOREN, DASS SCHWEDEN EIN RECHTSSTAAT IST

(Der Journalist Levent Kenez ist einer der Namen, die Erdogan aus Schweden angefordert hat. Schwedische Gerichte hatten zuvor den Auslieferungsantrag der Türkei abgelehnt. Wir sprachen mit Kenez über das Verfahren, das er durchlaufen hat.)

Haben Sie jemals daran gedacht, dass Sie in dem Land, in das Sie geflüchtet sind, eines Tages zum Gegenstand von Verhandlungen gemacht werden könnten? Wie haben Sie reagiert, als Sie diese Nachricht zum ersten Mal hörten?

Als die NATO-Mitgliedschaft Schwedens zur Debatte stand, scherzten wir mit anderen in Schweden lebenden oppositionellen Journalistinnen und sagten voraus, dass unsere Namen auf jeden Fall fallen würden. Da ich die antidemokratischen Forderungen der Türkei im Zusammenhang mit der NATO Mitgliedschaft Nordmazedoniens kenne, war es ehrlich gesagt nicht schwer, dies vorherzusagen und da es eine gerichtliche Entscheidung über die Verweigerung meiner Auslieferung gibt, hatte ich keinerlei Bedenken. Wir sollten jedoch nicht die Möglichkeit ausschließen, dass auch andere Opfer einer politischen Absprache werden könnten.

Die regierungsnahen Zeitungen haben Sie ins Visier genommen. Haben Sie sich unsicher gefühlt? Haben Sie darüber nachgedacht, eine neue Reise zu unternehmen und in ein weiter entferntes Land zu ziehen? Wie hat sich die Situation auf Ihre Familie ausgewirkt?

Ich lebe mit der Möglichkeit, dass sicherheitsbezogene Risiken schon immer bestanden haben, da es auch vor dem NATO-Prozess

zu Bedrohungen gekommen ist. Dass ich in Regierungszeitungen zur Zielscheibe wurde, hat dieses Risiko noch erhöht. Ich habe jedoch mein Vertrauen in den schwedischen Rechtsstaat nicht verloren und somit nicht in Erwägung gezogen, in ein anderes Land zu gehen. Für meine Familie ist das eine unangenehme Situation, aber das Regime in der Türkei überrascht sie nicht mit solchen Drohungen.

Was wird mit Ihnen geschehen, wenn Sie an die Türkei ausgeliefert werden?

Verhaftung und Verurteilung für Verbrechen, die Sie nie begangen haben, lange Haftstrafen, und die Möglichkeit, misshandelt und gefoltert zu werden. Persönlichkeitsrechtsverletzungen und Belästigung gegen meine Familienangehörigen in den herrschenden Medien, um die Überführung aus dem Ausland als Sieg darzustellen.

Viele türkische Journalistinnen sind in Europa angegriffen worden. Stellt diese Struktur, die als der lange Arm Erdogans bezeichnet wird, in dem Land, in dem Sie leben, eine Bedrohung für Sie dar? Wenn ja, welche Maßnahmen ergreifen Sie, um sich zu schützen?

Wie an allen Orten, an denen viele Türken leben, gibt es auch in Schweden Strukturen, die von Anhängern der Regierungspartei und der Regierung finanziert werden. Für jeden, der von der Regierung dämonisiert wird, ist dies natürlich eine Bedrohung. Zwei Journalisten, Abdullah Bozkurt und Ahmet Dönmez, sind in den letzten Jahren in Schweden angegriffen worden. Unter diesen Umständen können wir nicht sagen, dass Schweden ein sehr sicheres Land ist. ■

JEMIMAH STEINFELD *

DIE LANGEN ARME VON CHINA

Zwecks der Kontrolle der Meinungen über das Land reichen die langen Arme Chinas bis zu den Journalisten nach Europa. Das haben auch Journalisten erfahren müssen, die keine Chinesen sind. Insbesondere in den ersten Tagen der Pandemie haben wir gesehen, dass aufgrund negativer Nachrichten gegenüber China einige Vorfälle passiert sind und die Herausgeber*innen bestraft wurden. Wir sehen, dass davon hauptsächlich ins Exil vertriebene, besonders aus Hong Kong stammende, chinesi-

sche Journalisten betroffen sind. Der Charakter des Nationalen Sicherheitsgesetzes Hong Kong 's zeigt, dass die chinesische Regierung die Möglichkeit besitzt, auf der ganzen Welt Kritiker*innen der chinesischen Regierung zu bestrafen. Diese besagten Gesetze sind Bedrohungen, welche beeinflussen, wo diese Journalisten leben können und wohin sie reisen können. Sie haben einen unheimlichen Einfluss und werden generell mit den anderen Bedrohungen zusammengefügt.

* Chefredaktion der Index on Censorship. Jemimah Steinfeld lebt und arbeitet in Shanghai und Peking und schreibt zu einer Vielzahl von Themen, mit besonderem Fokus auf Jugendkultur, Gender und Zensur. Er ist Autor des Buches „Kleine Kaiser und materielle Mädchen: Sex im modernen China und die Jugend.“ Jemimah hat für verschiedene Publikationen gearbeitet, darunter The Guardian, The Telegraph, The Independent, Vice, CNN, Time Out und die Huffington Post.



SALLA NAZARENKO *

Die Verteidigung der Medienfreiheit ist jedermanns Aufgabe

Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichts erhielt ich weitere schlechte Nachrichten. Ein Kollege in Belarus war verhaftet worden. Er ist ein mutiger Kerl und wusste, dass dies jeden Tag passieren konnte: Dennoch machte mich die Nachricht von seiner Verhaftung sehr traurig. Und er ist nicht der Einzige: Während meiner Laufbahn habe ich erlebt, wie KollegInnen aus ihren Heimatländern flohen und sogar erschossen wurden. Das waren Menschen, mit denen ich vieles gemeinsam hatte: Beruf, Werte, Sinn für Humor, Neugierde auf das Leben, die Sehnsucht nach sozialer Gerechtigkeit. Der einzige Unterschied zwischen mir und ihnen war die Tatsache, dass dieser Beruf für sie sehr gefährlich ist. Für mich ist er das nicht.

Lassen Sie mich das klarstellen. Finnland ist als offene Demokratie bekannt, die in den Statistiken über die Meinungsfreiheit sehr weit oben rangiert. Und das gilt für die meisten Teile: Die meisten meiner KollegInnen werden nicht von den Behörden bedroht oder verklagt. Einige von ihnen allerdings schon. Gerade jetzt werden drei Journalisten von Helsingin Sanomat wegen der Preisgabe eines Staatsgeheimnisses angeklagt. Der Prozess ist im Gange und wird wahrscheinlich Jahre dauern. Das Endergebnis ist noch nicht abzusehen.

Trotz gelegentlicher Rückschläge ist die Pressefreiheit ein zentraler Wert in unserer Gesellschaft. Als der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan darauf bestand, dass die „staatlichen Fernsehsender“ in Finnland und Schweden kontrolliert werden müssten, weil sie Interviews mit „Terroristenführern“ zeigten, antwortete der Chefredakteur des öffentlich-rechtlichen finnischen Senders Yle, Jouko Jokinen, ziemlich unverblümt. Er bezeichnete Erdoğan's Äußerungen als „typische Wahnvorstellung eines Autokraten, der glaubt, dass die Welt besser wird, wenn er versucht, die Medien und die Meinungsfreiheit zu kontrollieren“, und fuhr fort: „Die Tatsache, dass Diktatoren wütend auf uns sind, zeigt uns, dass wir gute Arbeit leisten.“

Es ist ja nicht so, dass es in Finnland keine Spannungen zwischen PolitikerInnen und Medien gäbe. Viele unserer PolitikerInnen mögen die Medien nicht. Die Partys von Ministerpräsidentin Sanna Marin sorgten weltweit für Schlagzeilen, und viele JournalistInnen hielten die Aufmerksamkeit für übertrieben. Darf eine junge Frau nicht feiern? Ja, sie darf, aber gleichzeitig: Wenn die Frau Premierministerin ist, wird die Presse über ihre Partys berichten. Über die Bedeutung des Themas für uns alle kann man diskutieren, aber die Tatsache, dass über ihr Feiern berichtet wird, kann nicht in Frage gestellt werden. So funktioniert eine Demokratie: Staatsoberhäupter werden zur Rechenschaft gezogen - selbst für Dinge, die ärgerlich oder banal erscheinen können. Der Rat für Massenmedien

in Finnland befasst sich mit mehreren Beschwerden über die durchgesickerten Partyvideos. Die Entscheidung darüber, ob es Verstöße gegen die gute berufliche Praxis gab, wird in einigen Wochen fallen.

In vielen Ländern der Welt haben die Präsidenten und Staatsoberhäupter kein Verständnis für eine freie Presse. Obwohl viele, wenn nicht sogar die meisten Verfassungen die Meinungsfreiheit garantieren und nur wenige Staatsoberhäupter öffentlich erklärt haben, dass sie dagegen sind, erfordert die Pressefreiheit in der Praxis viel Arbeit - auch von unseren Staatsoberhäuptern. Pressefreiheit bedeutet, Entscheidungen zu treffen, die sie fördern. Pressefreiheit bedeutet Zugang zu öffentlichen Dokumenten und fundierte Begründungen für etwaige Einschränkungen der Pressefreiheit. Pressefreiheit bedeutet Proaktivität: Beantwortung der Fragen und Anfragen von JournalistInnen. Sie erfordert auch eine Medienpolitik: eine Infrastruktur, die den Menschen den Zugang zu verschiedenen Medien ermöglicht. Das bedeutet einen funktionierenden Postdienst, Internetverbindungen und mehr.

Außerdem ist es eine Zweibahnstraße. Professionelle JournalistInnen unterliegen der Selbstregulierung und nehmen die ethischen Überlegungen sehr ernst. In vielen finnischen Medien dürfen JournalistInnen zum Beispiel keine Geschenke von Interviewpartnern annehmen - selbst gut gemeinte Gastgeschenke können als Risiko für die Integrität angesehen werden. JournalistInnen müssen Fakten überprüfen, mehrere Quellen heranziehen und ihren Gesprächspartnern fair mitteilen, wo und wann ihr Interview veröffentlicht wird.

Das Vertrauen in die Medien ist in vielen Gesellschaften rückläufig. Dies gilt auch für Finnland, obwohl laut dem jüngsten Digital Media Report des Reuters Institute for the Study of Journalism die finnischen Nachrichten nach wie vor das größte Vertrauen unter den untersuchten Ländern genießen.

Dieses Vertrauen kann man sich nur durch harte Arbeit jeden Tag verdienen. Für JournalistInnen bedeutet dies, offen über journalistische Prozesse, Quellen und Blickwinkel zu sprechen. Für die Behörden bedeutet es die Bereitschaft, sich der öffentlichen Kontrolle zu stellen.

** Salla Nazarenko arbeitet als Spezialistin für internationale Beziehungen bei der finnischen Journalistengewerkschaft. Sie arbeitete als Auslandskorrespondentin für die finnischen Medien und war in internationalen Organisationen tätig, die sich für die Meinungsfreiheit in Zentralasien und im Kaukasus einsetzen. Im August 2021 schloss sie ihre Doktorarbeit über Patriotismus im russischen und georgischen Fernsehen an der Universität Tampere in Finnland ab und ist Rotary Peace Fellow am Reuters Institute der Oxford University und der Chulalongkorn University in Bangkok. ■*



FOTO: ENVAITO

Journalisten im Visier von Diktatoren

HELLEN SCHULTZ FREIE JOURNALISTIN

Tn dem Bericht der Freedom House, "Out of Sight, Not Out of Reach" (Aus den Augen, nicht aus der Reichweite) wurden seit 2014 bis heute 608 Fälle registriert, bei denen autoritäre Staaten über ihre Grenzen hinaus Angriffe verübt haben. Festnahmen, Angriffe, körperliche Einschüch-

terungen, illegale Deportationen, Auslieferungen und verdächtige Attentate. Die registrierten Fälle machen lediglich die Spitze des Eisbergs aus. Jedes Attentat, jede Festnahme erzeugt in den Gemeinschaften der Diaspora einen Dominoeffekt. Ihr eigentliches Ziel ist nicht der Einzelne, sondern dadurch das Schweigen der Massen zu erreichen.

Ein-Mann-Regime scheuen sich vor nichts, um mit körperlichen Einschüchterungen und Gewalt die

im Exil lebenden Menschen zu unterdrücken und den Gebrauch von ihren Rechten in demokratischen Ländern zu verhindern. Weitverbreitete Strategien und Methoden der Repression über die Landesgrenzen hinaus sind an erster Stelle die Bedrohungen über die sozialen Medien, Belästigung über Spyware und der Einschüchterung und Inhaftierung der Familien der im Exil lebenden Menschen.

Menschen, die für die Gedanken- und Meinungsfreiheit ihr Leben opfern und überall durch unterschiedliche Methoden mundtot gemacht werden wollen, sie Pressemitarbeiter:innen. Die Bedrohungen gegen die Pressefreiheit machen nicht nur die Patronen aus, die gegen die Journalist:innen abgefeuert werden oder ihre Inhaftierungen. Manche Bedrohungen haben sich mittlerweile so stark verbreitet, dass Journalist:innen es nunmehr als einen Teil ihrer Arbeit akzeptieren.

Nachdem durch die Publikationen der im Exil lebenden ihre Followeranzahl immer weiter steigt, haben sich auch die Methoden der Regierungen vermehrt, um diese Stimmen zu unterdrücken. Die moderne Internetwelt hat es möglich gemacht, dass Journalist:innen Millionen von Menschen erreichen. Aber diese Methode hat den Regierungen auch die Gelegenheit gegeben, von tausenden Kilometern Entfernung, durch die Möglichkeiten des Internets geheimdienstliche Informationen hinsichtlich der im Exil lebenden zu erlangen.

Der in Frankreich als ein bekannter Flüchtling lebende iranische Journalist Ruhollah Zam, wurde 2019 im Irak durch die Iranische Revolutionsgarde entführt und hingerichtet.

Der in Wien im Exil lebende Blogautor Mamikhan Umarov, der die Regierung des tschetschenischen Führers Ramazan Kadirov kritisierte, wurde in einem Vorort erschossen.

Die Regierung von Ruanda hat Paul Rusesabagina, den Helden im wahren Leben, von dem der mit dem Oscar nominierte Film "Hotel Rwanda" handelt, während seiner Reise in den Vereinigten Arabischen Emiraten entführt. Nach dreitägiger Isolation wurde er anschließend aufgrund der Terrorunterstützung verurteilt.

Die Gräueltaten, die China gegenüber den Uiguren und den Tibetern ausübt, lesen wir außerhalb der Landesgrenzen lediglich in den Menschenrechtsberichten. In den Ländern, in denen Ein-Mann-Regime ihre Existenz fortführen, wurden schon immer Journalist:innen zur Zielscheibe gemacht. Der bekannteste war nicht zuletzt der Journalist Jamal Khashoggi, der in der Botschaft von Saudi-Arabien in Istanbul ermordet wurde.

Diese Gewalttaten beeinflussen auch die Leben der im Exil lebenden. Aufgrund von starken Depressionen führen viele ihren Widerstand nicht weiter fort. Ein im Exil lebender ruandischer Journalist sagt dazu, „Auch wenn sie deinen Körper nicht töten, sie töten deine Seele“.

Die Gefängnisse sind eine weitere Methode autokratischer Regierungen, um Journalist:innen bei ihrem Kampf um Demokratie mundtot zu machen. In der Türkei wurden nach dem sogenannten Putschversuch vom 15 Juli 2016 mehr als 150 Journalist:innen ins Gefängnis gebracht und das hat das Land zum größten Journalist:innen-Gefängnis gemacht. In Ägypten war Mahmud Hüseyin vom Sender El Cezire zwei Jahre lang ohne Verurteilung inhaftiert. In den Vereinigten Arabischen Emiraten wurde der jordanische Journalist Tayseer al-Najjar aufgrund eines in den sozialen Medien durch seine Familie geteilten Posts zu einer Geldstrafe von 136 Tausend Dollar und anschließend zu einer Freiheitsstrafe verurteilt,

weil er dieses Geld nicht bezahlen konnte. Das die Taliban in Afghanistan Journalist:innen offen als Ziel nehmen ist weltweit bekannt.

Sie werden belästigt, sie werden abgeschreckt, sie werden körperlichen oder illegalen Bedrohungen ausgesetzt. Egal ob große oder kleine, diesen Bedrohungen sind sie tagtäglich ausgesetzt. Bevor die Nachrichten die Bevölkerung erreichen, wenden despotische Regierungen alle in ihrer Macht liegenden Hindernisse an. Dazu gehören körperliche Übergriffe, Diffamierungen über die sozialen Medien, das Hacken der Geräte der Journalist:innen, die Entwendung der technischen Ausrüstung, das Blockieren der Internetseiten, Vertuefelungen und das dramatischste überhaupt, das Erlügen einer Verbindung zu einer Terrororganisation. Manche Staatsoberhäupter ahmen sogar den ehemaligen Präsidenten der USA nach und sehen Journalist:innen als „Feinde“, die „Falsche Nachrichten“ verbreiten.

Laut der International Press Institute (IPI) sind die zwei größten Bedrohungen gegenüber der Pressefreiheit die gegen Journalist:innen angewendete Gewalt und die Nichtbestrafung der Täter:innen.

Immer wieder kommen neue Methoden auf, um Journalist:innen zum Schweigen zu bringen. Es ist eine Seltenheit, dass unseren Kolleg:innen, die in der letzten Ausgabe der Journalist Post Beiträge über die Rede- und Meinungsfreiheit veröffentlicht haben und deshalb zur Zielscheibe gemacht worden, bei Gericht die Zeitschrift als zusätzliches Beweismittel vorgelegt wurde. Eine Zeitschrift, die in einem anderen Land im Rahmen der Gesetze beaufsichtigt wird, zu terrorisieren und eine Anklageschrift gegen sie anfertigen zu lassen, ist lediglich die Methode von Ein-Mann-Regierungen.

Die Journalist Post hat in ihrer letzten Ausgabe davon berichtet, dass die Journalist:innen, die auf unserem Titelblatt mit dem Titel „Trotz allem Journalismus“ abgebildet waren, nach ihrer Isolierung in ihrem Heimatland ihre Arbeit nun mehr in anderen Ländern im Ausland unter Bedrohungen versuchen fortzuführen. Der mexikanische Journalist Alejandro Gutiérrez sagte einst „Die die mich bedrohten, sind heute im Gefängnis“. Aber Alejandro lebt weiterhin weit weg im Ausland, weil es in seinem Heimatland nicht sicher ist.

Der Journalist Adem Yavuz Arslan sagte, „Weiterhin bekomme ich Bedrohungen von den Männern der Erdogan Regierung. Vor dem Appartement in den USA, in dem ich lebe, sind tagelang komische Männer. Sie haben Fotos von meiner Frau und meinen Kindern gemacht, und diese auf den Titelseiten der Medien veröffentlicht.“ Die journalistische Arbeit von Iris Rohmann bezog sich auf Daphne Caruana Galizia, die aufgrund ihrer investigativen journalistischen Arbeit auf Malta einem Attentat zum Opfer viel.

Jeder Vorfall, der die Ausübung eines sicheren Journalismus verhindert, ist eine Bedrohung gegenüber der Pressefreiheit und muss gemeldet werden. Es gibt sehr viele journalistische Plattformen, wo diese Anzeigen ausgewertet werden. Diese Vereine bieten uns die Möglichkeit zusammenzukommen, und einen besseren Schutz der Journalist:innen oder Veränderungen inklusive Reformen anzufordern, die die Pressefreiheit verteidigen.

Wir wissen alle, dass der in Richtung des Journalismus gehobene Stock eigentlich eine Bedrohung der Demokratie ist. Diese Tatsachen müssen nicht noch einmal erwähnt werden, weil es nicht möglich ist, dass solche Regierungen das tatsächlich wahrnehmen. Dennoch müssen wir die Pressefreiheit schützen, damit uns nicht nur eine schwer zu lebende Dunkelheit übrigbleibt. Liegt es jedoch in der Hand der Journalist:innen, dies von Grund auf zu verändern? Nein, in dieser Sache wird die Hilfe jedes Einzelnen benötigt. ■

JOURNALIST:INNEN TROTZEN REPRESSIONEN

„Wir werden zur Zielscheibe, weil wir die Wahrheit schreiben“

Nur noch wenige Monate bis zu den Parlamentswahlen in der Türkei im Juni 2023. Recep Tayyip Erdoğan, der das Land seit 20 Jahren regiert, will unbedingt auch diese Wahl gewinnen. Daher erhöht er den Druck auf kritische Journalist:innen. Einige von ihnen zwingt er zur „Flucht“ ins Ausland, während andere gewaltsam hinter Gitter gebracht werden. Sie sind zwar nur wenige, aber Journalist:innen, die der Wahrheit verpflichtet sind, trotz den Repressionen.



ŞEMSİ AÇIKGÖZ

Was die Unabhängigkeit der Medien angeht, erlebt die Türkei derzeit die vielleicht dunkelste Phase ihrer Geschichte. Nach 20 Jahren an der Macht hat Präsident Recep Tayyip Erdoğan 95 Prozent der Medien unter seiner Kontrolle. Er arbeitet auch daran, die restlichen 5 Prozent zum Schweigen zu bringen. Türkische Journalist:innen, die im Ausland weiter ihrer Arbeit nachgehen, fühlen sich zunehmend bedroht. Sie erhalten unentwegt Morddrohungen und sind den unterschiedlichsten Angriffen ausgesetzt – mitten in Europa. Journalist:innen, die nach wie vor in der Türkei tätig sind, werden entweder inhaftiert oder unter verschiedenen Vorwänden angeklagt, mit dem Ziel, sie zum Schweigen zu bringen.

Zuletzt verhaftete die AKP-Regierung im Juni diesen Jahres 16 kurdische Journalist:innen, und

auch die Journalist Post bekam den Zorn Erdoğan's zu spüren. Vor Gericht kam heraus, dass Gökhan Durmuş, der Vorsitzende der türkischen Journalistengewerkschaft (TGS), der zusammen mit Redakteuren für die Journalist Post aus der Türkei berichtet, und Mustafa Kuleli, TGS-Vorstand und Vizepräsident der Europäischen Journalistenföderation (EJF), sowie Dicle Müftüoğlu, Co-Vorsitzende der Journalistenvereinigung Dicle-Firat (DFG), von der Polizei auf die schwarze Liste gesetzt worden waren. Trotz all dieses Drucks sagen Journalist:innen, deren Namen auf der Blacklist stehen, die im Gefängnis sitzen oder ins Ausland gegangen sind, nur eines: Wir werden nicht aufhören, die Presse- und Meinungsfreiheit zu verteidigen. Wir werden weiterhin die Wahrheit schreiben, so wie wir sie kennen.



Serdar Altan sitzt mit 15 anderen Journalisten im Gefängnis von Diyarbakır. Die Journalisten wissen immer noch nicht, warum sie verhaftet wurden und wann der Gerichtsprozess stattfinden wird.

ALTAN: SIE KONNTEN UNS GESTERN NICHT ZUM SCHWEIGEN BRINGEN UND SIE WERDEN ES AUCH HEUTE NICHT SCHAFFEN

Über ihre Anwälte und Angehörigen haben wir Stellungnahmen der 16 inhaftierten kurdischen Journalist:innen erhalten. Serdar Altan, der Co-Vorsitzende der DFG, befindet sich derzeit im Gefängnis von Diyarbakır. Er spricht (schreibt?), wie er erklärt auch im Namen seiner inhaftierten Kolleg:innen: „Wir sind seit mehr als drei Monaten (seit dem 16. September 2022) unrechtmäßig in Untersuchungshaft, und wir wissen immer noch nicht, was uns vorgeworfen wird, da unsere Akte unter Verschluss gehalten wird. Wenn die Staatsanwaltschaft über Beweise verfügt, soll sie uns diese mitteilen. Sollten sie versuchen, Beweise zu erfinden oder zu fälschen, wird das auf keinen Fall so hingenommen werden.“

Altan sagt, dass die Verhaftungen Teil einer politischen Operation sind, um Journalist:innen zum Schweigen zu bringen. Er sagt weiter: „Sie begnügen sich nicht damit, uns in Gewahrsam zu nehmen. Sie haben in den Einrichtungen, für die wir arbeiten, Razzien durchgeführt und sie verwüstet. Die AKP-Regierung will alle Journalist:innen unter ihre Kontrolle bringen. So wie sie uns gestern trotz intensiver Angriffe, Verbote und Zensur nicht zum Schweigen bringen konnten, wird ihnen das auch heute nicht gelingen.“

Altan betont, dass Solidarität mit den inhaftierten Journalist:innen sehr wichtig sei: „In den letzten Tagen haben wir erfahren, dass die Namen von Journalist:innen auf einem geheimen Dokument, einer schwarzen Liste auftauchen. Diese Blacklist offenbart die Vorgehensweise der derzeitigen Regierung gegenüber Journalist:innen. Die AKP/MHP-Regierung will nicht, dass jemand spricht oder schreibt, und greift daher zu den unterschiedlichsten Methoden, um genau das zu verhindern. Journalist:innen und insbesondere die Berufsverbände der Presse, sollten aktiver gegen Rechtswidrigkeiten vorgehen.“

NESE TOPRAK: ICH WURDE VERHAFTET, WEIL ICH NACHRICHTEN ÜBER KUNST GEMACHT HABE

Als kurdische Künstlerin und Journalistin habe ich mit der Sendung „Sanata Bakış“ Kunstinrichten unter die Leute gebracht. Während ich Kunstinrichten aus der ganzen Welt präsentierte, berichtete ich auch über die Kunstwerke von Künstlern, die irgendwie am Leben festhalten und ihre Anstrengungen in die Kunst stecken, trotz der schrecklichen Bilder, die in

Regionen entstanden, in denen Kriege stattfanden und Menschen ihr Leben verloren. Ich bin inhaftiert, weil ich darüber berichte, wie Kunst die Zerstörungen in der menschlichen Psyche heilt, aber auch, wie sie das tägliche Leben beeinflusst. Ich wurde am Morgen des 8. Juni 2022 um 05:00 Uhr aus meiner Wohnung geholt und zusammen mit 22 meiner Freunde 8 Tage lang festgehalten. Ich wurde zusammen mit 15 meiner Freunde ohne konkrete Beweise verhaftet. Ich stehe seit 4 Monaten unter Arrest und mein Gerichtstermin ist immer noch unbekannt. Als 4 inhaftierte Journalistinnen sind wir stark und leisten Widerstand gegen diese unrechtmäßige Verhaftung. Kunst und Journalismus mit freiem Willen zu machen ist kein Verbrechen.





SAFIYE ALAGAS

JIN-NEWS CHEFREDAKTEURIN

MEINE FEDER WIRD DIE WAHRHEIT VERFOLGEN

Ich habe die schwere Last, eine Frau in diesem Land zu sein. Darüber hinaus habe ich auch die Schwierigkeiten einer Journalistin erlebt. In den 14 Jahren meiner journalistischen Tätigkeit wurden unzählige Ermittlungen gegen mich eingeleitet, und manchmal wurde ich während der Berichterstattung geschlagen und bedroht. Trotz allem war meine Feder auf der Suche nach der Wahrheit. Derzeit bin ich verhaftet. Das korrupte System greift ständig Menschen an, Sozialisten, Demokraten, Frauen. In dem Fall, in dem ich jetzt vor Gericht stehe, werden verschiedene Fragen gestellt, z. B. warum ich Jin News gegründet habe, wer dort arbeitet und welche Konzepte wir verwenden, und diese werden als Verbrechen betrachtet. Ich bin inhaftiert, weil ich die Gesellschaft auf den Kampf und die Probleme der Frauen aufmerksam gemacht habe.

REMZIYE TEMEL

DANKE AN ALLE, DIE SICH MIT UNS SOLIDARISCH ZEIGEN

Als Journalist in einem Land zu arbeiten, in dem es keine Pressefreiheit gibt und in dem Journalismus als Verbrechen angesehen wird, stellt die Menschen vor allerlei Druck und Hindernisse. Trotz all dieses Drucks und dieser Hindernisse werden wir nicht aufhören, die Wahrheit ans Licht zu bringen. Wir wissen, dass Unterdrückung und Verhaftungen eine Politik der Einschüchterung sind. Aber wir werden weiter schreiben, zu jeder Zeit und unter allen Umständen. Vielen Dank an alle, die mit uns solidarisch sind.



ZEYNEL A. BULUT

„Wer die Wahrheit im Dunkeln lässt, wird keinen Erfolg haben“

Zeynel A. Bulut erklärt in seinem Brief aus dem Hochsicherheitsgefängnis Nr. 2 in Diyarbakir, dass der Grund für die Geschehnisse sehr gut bekannt ist und schreibt: „Da wir wissen, wie viele Journalist:innen getötet wurden, wie viele verhaftet und gefoltert wurden und wie viele Presseorgane seit den 1990er Jahren geschlossen wurden, war es für uns keine Überraschung, dass wir ohne jegliche rechtliche Grundlage verhaftet wurden. Wir haben prinzipientreuen Journalismus betrieben und zu dieser unmenschlichen und kriminellen Politik gegen das kurdische Volk nicht geschwiegen. Wer uns verhaftet und die Wahrheit weiter im Dunkeln lassen möchte, sollte wissen, dass keine Wahrheit je im Dunkeln bleiben wird.“

Als wir ihre unmenschliche Politik aufgedeckt haben, hat die Regierung uns nicht zum Schweigen

bringen können und uns deswegen inhaftiert. Da unsere Verhaftung politischer Natur war, wurden wir vom ersten Moment an einer Sonderbehandlung unterzogen. In den ersten zwei Monaten wurden wir isoliert und waren jeder Art von Rechtsverletzungen ausgesetzt. Wir glauben, dass unsere Kolleg:innen die schmutzige Politik der Regierung aufdecken, zu dieser Entwicklung Stopp! sagen und gemeinsam mit der Gesellschaft kämpfen werden. Alle unterdrückten Völker, alle ausgegrenzten und marginalisierten Gruppen sollten genau wissen, dass alle antidemokratischen Praktiken gegen sie nur durch soziale Einheit und kollektiven Kampf korrigiert werden können. Uns fällt die Aufgabe zu, die Stimme dieses gerechten Kampfes zu sein. Und unser Volk sollte fest an der Seite von Journalist:innen stehen, damit der Kampf erfolgreich sein kann.“



ELIF ÜNGÜR JOURNALIST

„Mein Körper ist im Gefängnis, aber mein Herz und mein Geist sind frei“

Als Moderator der Sendung „Kultur“ und „Ökologie“ bin ich dafür verantwortlich, dass alles, was auf der Welt an Nachrichtenwert hat, präsentiert wird, ohne dass Menschen ausgegrenzt werden. Der Druck, der auf uns ausgeübt wird, besteht darin, Nachrichten nur für eine Gruppe von Menschen in einer einzigen Sprache und unter einem einzigen Blickwinkel zu bringen. Wir sind

16 Journalisten, die seit 4 Monaten inhaftiert sind, und wir wissen immer noch nicht, warum wir verhaftet wurden. Selbst unser Gerichtstermin ist unbekannt. Obwohl die Situation, in der wir leben, ungerecht und inakzeptabel ist, sind mein Glaube und meine Hoffnung immer lebendig. Mein Körper ist gefangen, aber mein Herz und mein Geist sind zu frei, um hinter Türen eingesperrt zu bleiben.

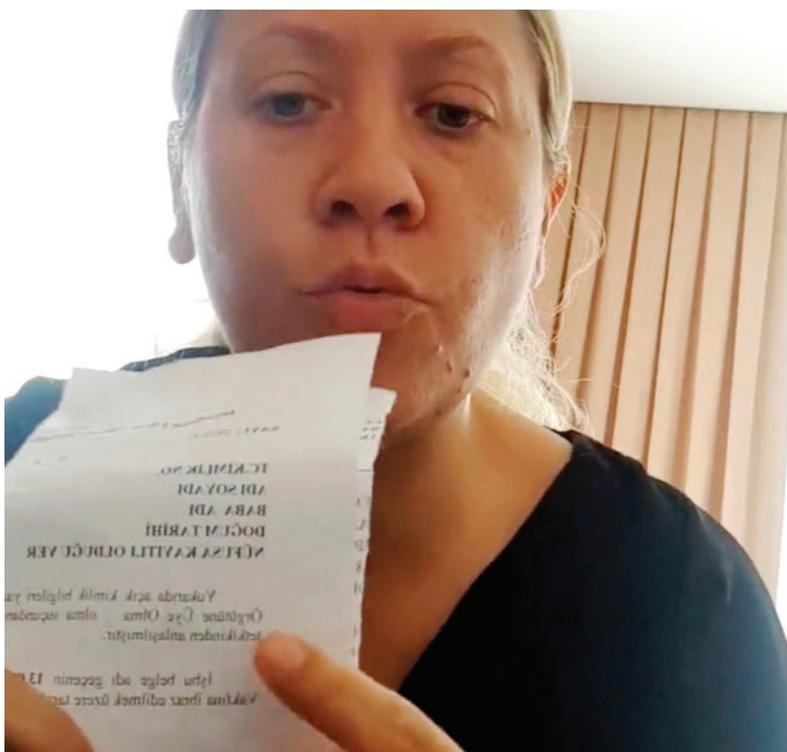


RAMAZAN GECIKEN
KAMERAMANN

Wir müssen gemeinsam unsere Stimme gegen unrechtmäßige Verhaftungen erheben

Der Kameramann Ramazan Geciken erklärt, dass der Hauptgrund für Verhaftungen darin besteht, sie daran zu hindern, während der bevorstehenden Wahlen die Wahrheit zu schreiben: „Wir haben gesehen, dass diesen Verhaftungen nicht rechtliche Gründe zugrunde liegen, sondern sie werden auf Geheiß durchgeführt. Selbst grundlegendste Rechte werden uns im Gefängnis nur zögerlich gestattet. Briefe erreichten uns erst nach 2 Monaten. Obwohl es keine Verbotsverfügung gibt, werden uns die Zeitungen, nach denen wir verlangt haben, nicht ausgehändigt. Die Regierung, die sowohl unsere Arbeit behindert als auch unsere Kameras beschlagnahmt hat, versucht nun auch noch, es zu verhindern, dass wir aus dem Gefängnis mit unseren Familien Kontakt haben können.“

Geciken erklärt, dass die Unterstützung für Journalist:innen intensiviert werden sollte, und fährt fort: „Denn diejenigen, die uns zum Schweigen bringen wollen, werden noch weiter gehen, je länger das Schweigen andauert. Die Unterstützung durch andere Journalist:innen ist sehr wichtig. Außerdem gibt es keine Garantie dafür, dass Journalist:innen, die heute schweigen, morgen nicht selbst zur Zielscheibe werden.“



HÜLYA ORUÇ, EHEFRAU DES INHAFTIERTEN JOURNALISTEN AZIZ ORUÇ:

Auch unsere Kinder sind im Visier

Hülya Oruç, die Ehefrau des Redakteurs der Nachrichtenagentur Mezopotamya, Aziz Oruç, sagt, dass auch sie und ihre Kinder unter der Inhaftierung ihres Mannes leiden. Oruç beschreibt ihre Erfahrungen wie folgt: „Ich habe vom Gefängnis ein Dokument erhalten, das an verschiedene Einrichtungen und die Schule der Kinder weitergegeben werden sollte, damit die Familien der Inhaftierten in den Genuss einiger sozialer Rechte kommen. Das Dokument lautet wie folgt: ‚Er befindet sich in unserer Strafvollzugsanstalt wegen des Vorwurfs, Mitglied einer bewaffneten terroristischen Vereinigung zu sein.‘ Das nimmt ganz gezielt mich und meine Kinder ins Visier. Wie kann ich dieses Dokument der Schule meiner Kinder oder einer offiziellen Einrichtung vorlegen? Wie können Sie meine 4 und 5 Jahre alten Kinder auf die schwarze Liste setzen und die Gesellschaft gegen sie aufhetzen?“

Liste von Journalist:innen, die seit dem 16. Juni 2022 im Gefängnis sind:

Aziz Oruç: Redakteur der Nachrichtenagentur Mezopotamya. Wegen „Propaganda für eine terroristische Vereinigung“ und wegen seiner Beiträge in den sozialen Medien wurde eine Haftstrafe von 28 Jahren gefordert. Er wurde bis zur Verhandlung auf freien Fuß gesetzt.

Safiye Alagas: Nachrichtenchefin bei JinNews. Im Jahr 2011 wurde sie mit dem nach Maria Grazia Cutuli benannten internationalen Preis ausgezeichnet. Sie wurde wegen „Propaganda für eine terroristische Vereinigung“ angeklagt und es wurde eine Haftstrafe von 8 Jahren und 9 Monaten gefordert. Am Ende des Prozesses wurde sie freigesprochen.

Serdar Altan: Co-Vorsitzender der DFG. Die Medienunternehmen, für die er arbeitete, wurden von der AKP-Regierung geschlossen. Es wurde wegen „Propaganda für eine terroristische Vereinigung“ eine Haftstrafe von 13 Jahren gefordert. Er wurde freigesprochen.

Ömer Çelik: Er wurde wegen seiner Berichterstattung strafrechtlich verfolgt und in einigen Fällen freigesprochen. Ihm droht eine Haftstrafe von 15 Jahren.

Lezgin Akdeniz: Er wurde im Oktober 2018 bei Recherchen festgenommen und blieb drei Tage lang in Gewahrsam. Er wurde wegen „Mitgliedschaft in einer bewaffneten terroristischen Vereinigung“ und „Propaganda für eine [illegale] Organisation“ angeklagt. Es wird eine Haftstrafe von 28 Jahren gefordert.

Zeynel Abidin Bulut: Geschäftsführer der Journalistenvereinigung Dicle-Firat. Redakteur bei der Zeitung Xwebün. Er wurde mehrfach festgenommen und inhaftiert. Er wurde wegen „Propaganda für eine [illegale] Organisation“ zu 10 Monaten Gefängnis verurteilt, weil er im Jahr 2020 an einer Gedenkfeier für den 2011 verstorbenen Journalisten Mazlum Erenci teilgenommen hatte.

Mehmet Şahin: Kurdischer Linguist und Autor der Zeitung Xwebün. Er wurde vor Gericht gestellt, weil er in Sitzungen, an denen er teilnahm, seine Ansichten über Sprache und Muttersprache äußerte. Er wurde wegen „Mitgliedschaft in einer [illegalen] Organisation“ zu 6 Jahren und 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

Mehmet Ali Ertaş: Chefredakteur der Zeitung Xwebün. Im Dezember 2017 wurde er zu 1 Jahr und 3 Monaten verurteilt, weil er im Zusammenhang mit dem Anschlag auf den Bahnhof von Ankara am 10. Oktober in den sozialen Medien von einem „Massaker“ gesprochen hatte.

Neşe Toprak: Wurde verhaftet, weil sie Kultur- und Kunstprogramme für Pel Production moderierte.

Elif Üngör: Bereitede Kultur- und Ökologieprogramme für Pia Production vor und moderierte sie.

Suat Doğanhan: Arbeitete als Kameramann bei Sin und Gün TV sowie bei Ari Production.

İbrahim Koyuncu: Kameramann und Cutter.

Abdurrahman Öncü: Arbeitete als Kameramann bei Gün, Sim TV und Pia Production.

Ramazan Geciken: Arbeitete als Kameramann bei Pel Productions.

Mazlum Güler: Hat bei Pia Productions Dokumentarfilme gedreht.

Remziye Temel

Arbeitete als Buchhalterin bei Pia Productions. Der Grund für ihre Verhaftung war die Tatsache, dass sie dort angestellt war.



Solidarität mit unseren türkischen Kolleg*innen und unserer Schwestergewerkschaft @TGS_org_tr 🇹🇷 Umso deutlicher wird daran aber, wie wichtig die Arbeit von Medien wir der @journalist_post ist, die auch wir unterstützen. #JournalismsNotACrime



#Turkey: Solidarity with the 20 journalists blacklisted by the Turkish General Directorate of Security. Together with @TGS_org_tr & @MediaFreedomEU we denounce this attempt at intimidation. #JournalismsNotACrime europeanjournalists.org/blog/2022/09/0...



#Turkey: Solidarity with the 20 journalists blacklisted by the Turkish General Directorate of Security. Together with @TGS_org_tr & @MediaFreedomEU we denounce this attempt at intimidation. #JournalismsNotACrime



European Journalists.org
Turkey: Twenty journalists including TGS leadership blacklisted... The European Federation of Journalists (EFJ) joined the partner organisations of the Media Freedom Rapid Response (MFRR) L...

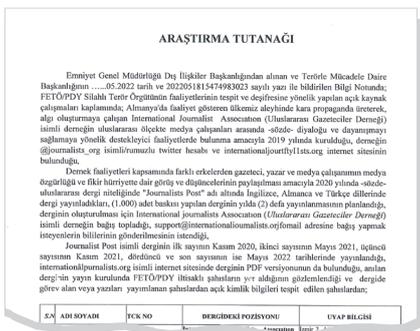


ARTICLE 19 @article19org · Sep 12
#Turkey: ARTICLE 19 alongside @MediaFreedomEU partners and @TGS_org_tr expresses solidarity with the 20 journalists blacklisted by the Turkish General Directorate of Security for their writing in an apparent attempt to intimidate journalists.



article19.org
Turkey: Security unit blacklists 20 journalists including union leaders... Turkish authorities have blacklisted 20 journalists, including union leaders, for their work on freedom of expression and press freedom.

Große Unterstützung von internationalen Presseverbänden für Mitarbeiter der Journalist Post



Internationale Berufsverbände der Presse reagierten auf das Blacklisting von Autoren und Redakteuren der Zeitschrift „Journalist Post“, die sich für Pressefreiheit einsetzt und in drei Sprachen veröffentlicht wird.

Die Europäische Journalistenföderation (EJF), das Europäische Zentrum für Presse- und Medienfreiheit (ECPMF), das Internationale Presseinstitut (IPI), Artikel 19 und der in Italien ansässige Think-Tank OBC Transeuropa verurteilten die Erstellung der schwarzen Liste in einer gemeinsamen Erklärung. Die Deutsche Journalisten-Union (DJU), der größte Journalistenverband der Welt, unterstützte die gemeinsame Erklärung ebenfalls.

Die Europäische Journalisten-Föderation (EJF) hat sich den Partnerorganisationen der Media Freedom Rapid Response (MFRR) angeschlossen und den Versuch der Einschüchterung unabhängiger Journalisten und Gewerkschafter verurteilt. Die EJF sandte eine Solidaritätsbotschaft an die 20 Journalisten, die aufgrund ihrer Artikel von der Generaldirektion für Sicherheit (EGM) mit illegalen Kennzeichen versehen wurden.

Die Mesopotamia News Agency (MA) gab am 5. September bekannt, dass die Generaldirektion für Sicherheit (EGM) 20

Journalisten im Zusammenhang mit ihren Artikeln in der Zeitschrift Journalist Post, die von im Exil lebenden Journalisten herausgegeben wird, auf eine schwarze Liste gesetzt hat. Die geheime Akte, die das Dokument enthält, wurde während des Prozesses gegen den MA-Chefredakteur Dicle Muftuoglu wegen Terrorismusvorwürfen enthüllt.

Die Liste enthält die Namen, Ausweisnummern und Positionen von Journalisten, die an der Leitung der Zeitschrift beteiligt sind oder Beiträge für die Zeitschrift verfassen, sowie Angaben darüber, ob sie sich mit ihren Ausweisnummern beim Nationalen Justiziellen Netz (UYAP) angemeldet haben.

In einer gemeinsamen Erklärung der fünf internationalen Berufsverbände heißt es: „Wir fordern die türkischen Behörden auf, die Unterdrückung der Verteidiger der Medienfreiheit zu beenden und die Gerichtsverfahren gegen die in der Liste aufgeführten Journalisten einzustellen. 38 Journalisten und Medienschaffende sind immer noch in türkischen Gefängnissen inhaftiert, weil sie ihre Arbeit im öffentlichen Interesse getan haben.“

Die auf der schwarzen Liste stehenden Journalisten sagen, dass sie die Presse- und Meinungsfreiheit nicht aufgeben werden.

CO-VORSITZENDE DER DFG DİCLE MÜFTÜOĞLU:

„WIR WERDEN ANGEGRIFFEN, WEIL WIR DIE WAHRHEIT SCHREIBEN“



Auch Dicle Müftüoğlu, Redakteurin der Nachrichtenagentur Mezopotamya und Co-Vorsitzende der Journalistenvereinigung Dicle-Firat, gehört zu denjenigen, die auf die schwarze Liste gesetzt wurden. Bisher wurden Dutzende von Ermittlungen gegen Müftüoğlu eingeleitet, und einige dieser Fälle sind noch nicht abgeschlossen.

Müftüoğlu stellt fest, dass die Bedingungen in und die Identität der geografischen Region, über die und aus der berichtet wird, die Priorität der Nachrichten bestimmen. Auf unsere Frage „Warum werden Sie zur Zielscheibe?“ antwortete sie: „Leider müssen wir über den Kampf eines Volkes schreiben, das ignoriert wird und an dem Massaker verübt werden. Eine Regierung, die nicht davor zurückschreckt, das kurdische Volk zu massakrieren, nimmt auch Journalist:innen ins Visier, die Verstöße gegen das kurdische Volk aufdecken. Ein Beispiel dafür ist das, was Servet Turgut und Osman Şiban, widerfahren ist, die von Soldaten im Bezirk Çatak in der Provinz Van gefoltert und aus einem Hubschrauber geworfen wurden. Unsere

Freunde wurden für sechs Monate ihrer Freiheit beraubt, weil sie über diesen Vorfall berichteten. Leider wird die Enthüllung der Wahrheit in diesem Land als Verbrechen betrachtet.“

Auf unsere Frage „Sie wurden auf die schwarze Liste gesetzt, weil Sie für unsere Zeitschrift geschrieben haben. Was denken Sie darüber?“ antwortete Müftüoğlu: „Dieses Dokument wurde meiner Prozessakte hinzugefügt. Das ist eine der Methoden, die die Regierung einsetzt, um Journalist:innen zu kriminalisieren. Alle Journalist:innen, die nicht als Sprachrohr der Regierung fungieren, werden als ‚Terroristen‘ und ‚ausländische Verschwörer‘ abgestempelt. Sie wollen einen bestimmten Eindruck von mir erwecken, indem sie meiner Prozessakte Anschuldigungen hinzufügen, für die es keine Beweise gibt. Diese Situation ist in keiner Weise hinnehmbar. Ich bin Journalistin und habe das Recht, mir überall Gehör zu verschaffen. Es ist nicht hinnehmbar, dass ich wegen eines Artikels, den ich als Vertreterin einer Berufsorganisation über unseren Kampf geschrieben habe, auf die schwarze Liste gesetzt werde.“

GÖKHAN DURMUŞ, VORSITZENDER DER TÜRKISCHEN JOURNALISTENGEWERKSCHAFT:

WIR WERDEN DIE PRESSEFREIHEIT VERTEIDIGEN, EGAL WAS SIE TUN

Die Enthüllung, dass die Generaldirektion der Polizei 20 unserer Kollegen, darunter auch mich, wegen des Verfassens von Artikeln auf die schwarze Liste gesetzt hat, ist beschämend für unser Land. Als Vorsitzender der türkischen Journalistengewerkschaft halte ich Reden und schreibe Artikel für zahlreiche Medienunternehmen. Ich stehe zu den Aussagen, die ich in Erklärungen und Artikeln über den Zustand der Pressefreiheit in der Türkei gemacht habe.

Ich habe nie etwas gesagt, was nicht der Wahrheit entspricht, und ich werde nie etwas sagen, was nicht der Wahrheit entspricht. Wenn mich jemand dafür, dass ich in den Medien die Wahrheit zum Ausdruck bringe, auf eine schwarze Liste setzt, dann sei es so. Ich habe keine Angst. Aber was gefährlich ist und was wirklich diskutiert werden muss, ist, dass diejenigen, die das Problem in Verbindung mit der Pressefreiheit ansprechen, von denen

auf die schwarze Liste gesetzt werden, die dieses Problem verursachen. Das Schreiben, Sprechen und Ansprechen von Problemen als Verbrechen erscheinen zu lassen, ist ein Angriff auf die Demokratie in diesem Land. Wir werden die Pressefreiheit und das Recht auf freie Meinungsäußerung weiterhin verteidigen, egal was sie tun.



MUSTAFA KULELI, VIZEPRÄSIDENT DER EUROPÄISCHEN JOURNALISTENFÖDERATION (EJF):

ICH WIEDERHOLE: DIE TÜRKEI IST GRÖßER ALS ERDOĞAN

Sie versuchen, Journalismus und das Eintreten für Rechte zu kriminalisieren, indem sie sie mit Terrorismus in Verbindung bringen. Sie glauben, dass sie uns einschüchtern können, indem sie uns verhöhnen drohen. Hätten wir Angst, würden wir uns nicht für diesen Beruf engagieren. Wir werden weiterhin Journalist:innen, den Journalismus und die Demokratie verteidigen. Wie ich in meinem Artikel über die schwarze Liste geschrieben habe: Die Türkei ist größer als Erdoğan. Die Türkei passt nicht in das Diktaturhemd, das man ihr überzustülpen versucht. Das türkische Volk wird letztendlich Tyrannei und Despotismus besiegen.





KERİM BALCI *

Ziviler Tod in einer zivilisierten Welt

Tm September 2016 wurde die preisgekrönte syrische Journalistin Zaina Erhaim am Londoner Flughafen Heathrow angehalten und ihr Pass - der von der syrischen Regierung für gestohlen erklärt wurde - beschlagnahmt. Nachdem sie bis dahin der Verfolgung durch das syrische Regime entgangen war, wurde Erhaim von der britischen Grenzbehörde praktisch staatenlos gemacht und musste Asyl beantragen. Assads langer Arm erreichte den Flughafen Heathrow über die Datenbank für gestohlene und verlorene Reisedokumente von INTERPOL.

Diktatoren lernen von Diktatoren.

Bei vielen türkischen Dissidenten wurden die gültigen Pässe von den Visaabteilungen westlicher Botschaften beschlagnahmt und an die türkischen Vertretungen in Drittländern zurückgegeben. Der Versuch, die Grenzpolizei davon zu überzeugen, dass man seinen eigenen Pass nicht gestohlen hat, ist in der Tat eine unangenehme Situation. Und es gibt keine Abhilfe für die erlittene Notlage und die daraus resultierende faktische Staatenlosigkeit.

Als INTERPOL feststellte, dass seine Datenbank für gestohlene und verlorene Reisedokumente missbraucht wurde, richtete es einen Mechanismus zur Ablehnung von Meldungen durch Länder wie die Türkei ein. Doch Diktatoren finden immer wieder internationale Organisationen, die bereit sind, mit ihnen zusammenzuarbeiten. Das neueste länderübergreifende Repressionsinstrument der türkischen Regierung ist eine Waffe gegen die Finanzierung des Terrorismus und rekrutiert Finanzinstitute, um die schmutzige Arbeit gegen ihre Kritiker im Ausland zu erledigen. Eine nur vom Innenministerium und dem Polizeichef des Landes unterzeichnete Verwaltungsliste über das Einfrieren von Vermögenswerten wurde an die Finanzaufsichtsbehörden, die Finanznachrichtendienste und die internationalen Finanztransaktionsorganisationen weitergeleitet, und sie hat ihr Ziel erreicht. Es folgten die Schließung von Bankkonten, die Sperrung von Online-Handelskonten und die Kündigung von Arbeitsverträgen. Erdoğan's langer Arm war überall, und er war als seriöse Finanzinstitute westlicher Demokratien getarnt.

Die Schließung eines Online-Bankkontos ohne Erklärung klingt nicht so radikal wie die Beschlagnahmung des Reisepasses, aber die langfristigen Folgen sind exorbitant. Die größte Herausforderung für Dissidenten eines autoritären Regimes

besteht darin, in ihren neuen Heimatländern ein stabiles und dauerhaftes Leben aufzubauen. Im Westen sind ein Bankkonto und eine verlässliche Kreditwürdigkeit der erste Schritt zur Niederlassung. Ohne ein Bankkonto kann man kein Haus mieten, kein Auto mieten, keine Rechnungen bezahlen, kein Fitnessstudio anmelden, keine Schule besuchen, keinen Telefonanschluss abonnieren, kein Online-Spiel spielen, keinen Kredit beantragen und keine gute Kreditwürdigkeit haben. In vielen westlichen Ländern wird eine Debit- oder Kreditkarte als Ausweisdokument anerkannt.

Es kostet das Erdoğan-Regime fast nichts, Listen zum Einfrieren von Vermögenswerten zu erstellen, und ehrlich gesagt, da in der Türkei fast keine Vermögenswerte mehr vorhanden sind, die eingefroren werden könnten, schadet es den Dissidenten in der Türkei nicht, wenn ihre Vermögenswerte eingefroren werden; wenn die Auswirkungen jedoch ins Ausland überschwappen, kann dies katastrophale Folgen haben.

Angesichts dieses potenziellen Übergreifens und der Tatsache, dass viele ihrer Mitglieder auf den Listen der Türkei zum Einfrieren von Vermögenswerten stehen, gab die International Journalists Association bei dem britischen Barrister Michael Polak und dem belgischen Anwalt Ali Yildiz einen Bericht über die „Maßnahmen zur Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung“ in Auftrag. „Das neue transnationale Repressionsinstrument der türkischen Regierung, um ihre Kritiker zum Schweigen zu bringen“. Der Bericht unterstreicht, dass das türkische Regime den Kampf gegen den Terrorismus schwächt und wertvolle Zeit und Energie internationaler Organisationen verschwendet, indem es internationale Abkommen und Mechanismen, die zur Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung eingerichtet wurden, zu seinem verlängerten Arm der grenzüberschreitenden Unterdrückung macht.

Dissidenten im Ausland spielen eine entscheidende Rolle bei der Demokratisierung illiberaler Regime. Sie im zivilisierten Westen zu einer Art zivilem Tod zu verurteilen, steht im krassen Widerspruch zu den Werten, für die die westlichen Demokratien stehen.

**Kerim Balci ist ein ehemaliger Redakteur der inzwischen eingestellten türkischen Zeitungen Zaman und Today's Zaman und ehemaliger Chefredakteur der Turkish Review. ■*



AFP



“ Wir unterstützen unabhängige Journalisten in Schwierigkeiten, indem wir mit internationalen Nachrichtenagenturen zusammenarbeiten. ”



INTERNATIONAL
Journalists

INTERNATIONAL JOURNALISTS ASSOCIATION

www.internationaljournalists.org



LILIAN SANCHES *

Politische Gewalt

Journalist:innen in Brasilien sind eigentlich nie sicher, aber in Jahren, in denen Wahlen stattfinden, sehen sie sich Gefahren gegenüber, die so groß sind, wie die politischen Probleme des Landes. Mit einer Rekordzahl von Angriffen auf Pressevertreter im Jahr 2021 ist das Land in den roten Bereich der Rangliste der Pressefreiheit von Reportern ohne Grenzen (RSF) gerutscht. Demnach ist das Arbeitsumfeld für Journalist:innen seit der Machtübernahme des derzeitigen Präsidenten Jair Bolsonaro im Jahr 2019 noch gefährlicher geworden. In nur zwei Jahren ist das Land in der Rangliste sechs Plätze nach unten gerutscht und liegt nun auf Platz 111. In Lateinamerika ist Brasilien das Land mit der zweithöchsten Zahl an ermordeten Journalist:innen.

Der „Bericht über Gewalt gegen Journalist:innen und Pressefreiheit – 2021“, der jährlich vom Nationalen Journalistenverband (FENA) veröffentlicht wird und auf Daten beruht, die von der Organisation selbst und von den Gewerkschaften in allen brasilianischen Bundesstaaten erhoben wurden, bestätigt die Ergebnisse von Reporter ohne Grenzen. Die Zahl der Angriffe auf Journalist:innen und Medienhäuser erreichte im Jahr 2021 mit 430 Fällen einen neuen Rekord – zwei Fälle mehr als die 428 im Jahr zuvor.

Jüngsten Berichten zufolge ist die Zensur zur häufigsten Art von Gewalt geworden – neben den Diskreditierungen des Jahres 2019, als der amtierende Präsident begonnen hatte, Journalist:innen und Medien systematisch anzugreifen. Im vergangenen Jahr wurden 140 Fälle von Zensur registriert, was 32,56 % der Fälle entspricht, während Diskreditierung 30,46 % ausmachte. Neben der Zensur nahm auch die Zahl der Verfahren wegen körperlicher Gewalt zu; es gab 4 Angriffe auf Journalist:innen und 8 Angriffe auf Gewerkschaften beziehungsweise Gewerkschaftsführer.

Trotz dieses alarmierenden Szenarios sind institutionelle Hilfsmaßnahmen rar. Das Programm zum Schutz von Menschenrechtsverteidigern (PPDDH) wurde 2007 auch in Brasilien eingeführt, aber erst 11 Jahre später hatten Umweltschützer:innen und Journalist:innen die Möglichkeit, in dieses Programm aufgenommen zu werden. Bis heute wurden nur 7 Journalist:innen für das Programm ausgewählt – ein Zeichen dafür, wie langsam Brasilien bei der Bewältigung des Problems in Bezug auf die Öffentlichkeit vorankommt. Alle Studien und Dossiers zur Pressefreiheit weisen vor allem in Wahljahren auf eine steigende Tendenz zur Gewalt hin. Es ist offensichtlich, dass mehr Sofortmaßnahmen ergriffen werden müssen, um die grund-

legende Rolle der Presse bei der Gewährleistung der Demokratie zu schützen und Vergehen dagegen zu verhindern.

Da erneut Wahlen ins Haus stehen und es keine strukturellen oder institutionalisierten Initiativen in dieser Hinsicht gibt, hat Reporter ohne Grenzen (RSF) für Lateinamerika mit Unterstützung des Canada Fund for Local Initiatives (FCIL) in Brasilien ein Projekt zur Identifizierung, Analyse, Entschlüsselung und Berichterstattung von Online-Angriffen auf Journalist:innen während der bevorstehenden Wahlen in diesem Jahres gestartet. Bis zum Ende des zweiten Wahlgangs am 30. Oktober werden täglich über 100 Twitter- und Facebook-Profilen von Journalist:innen, Amtsträger:innen und Kandidat:innen auf Bundes- und Landesebene überwacht. Das Projekt wird zudem in den sozialen Netzwerken nach stigmatisierenden, beleidigenden und verunglimpfenden Mitteilungen Ausschau halten, die Journalist:innen und die Presse im Allgemeinen angreifen.

Die Ergebnisse dieser Arbeit werden zusammengestellt und während der Kampagne regelmäßig auf der Website von RSF veröffentlicht. Ein detaillierter Bericht über die wichtigsten Entwicklungen und Angriffe wird am Ende des Wahlkampfes ebenfalls veröffentlicht. Das Hauptziel des Projekts besteht darin, den Ursprung, die Struktur und die Organisation von Online-Angriffen besser zu verstehen, die Täter zu entlarven und wirksame und dauerhafte Lösungen zur Bekämpfung des Phänomens zu finden.

Es ist dringend notwendig, dass diese Art von politischer Gewalt nicht bagatellisiert wird und nicht ungestraft bleibt. Nicht nur Fachleute, sondern die gesamte Gesellschaft sollte auf kommunaler, Landes- und Bundesebene gezielte Maßnahmen zur Prävention, zum Schutz und zum Zugang zur Justiz fordern. Beim Schutz von Journalist:innen geht es nicht nur darum, die Freiheit selbst zu schützen, sondern auch darum, den bereits geschwächten Eckpfeiler der Demokratie zu schützen und wertzuschätzen. ■

** Lilian Sanches ist Journalistin und derzeit Doktorandin der Sozialpsychologie. Als Forscherin hat sie im Bereich des humanitären und Friedensjournalismus gearbeitet und sich dabei auf den Terrorismus und seine mediale Darstellung konzentriert. Sie verfügt über mehr als 10 Jahre Berufserfahrung in den Bereichen internationale Angelegenheiten, Wirtschaft, Stadtverwaltung und öffentlicher Dienst. Im Jahr 2019 produzierte sie als internationale Gesandte im Irak und im Libanon fünf Sonderbeiträge für das Journal da Cultura.*



SANNA CAMARA *

#NeverAgain: Gambische Journalist:innen kämpfen dafür, dass sich die Geschichte Jammehs nicht wiederholt

Die Wahrheits- und Versöhnungskommission, die nach dem Sturz des Diktators Yahya Jammeh in Gambia eingesetzt wurde, hat das Ausmaß der Verfolgung von Journalist:innen und Aktivist:innen der freien Meinungsäußerung unter der tyrannischen Herrschaft des ehemaligen Präsidenten Yahya Jammeh offengelegt: Zwischen 1994 und 2017 wurden über 140 Fälle von Verhaftungen und Inhaftierungen registriert.

Dies war der Zeitraum, in dem ein ehemaliger Leutnant der gambischen Armee einen Militärputsch gegen die drei Jahrzehnte währende demokratische Regierung des Gründungspräsidenten Dawda Kairaba Jawara anführte. Bei einer Bevölkerung von derzeit etwa 2 Millionen ist die Zahl 140 recht hoch, vor allem, wenn man die Verstöße gegen die Menschenrechte und die Pressefreiheit berücksichtigt. Diese Zahl umfasst drei Morde, eine große Anzahl von Folterungen, unrechtmäßige Inhaftierungen, das Niederbrennen von Medienbüros und deren Einrichtungen, wenn sie kritische Inhalte gegen den ehemaligen Diktator veröffentlichten oder ausstrahlen. Dies ist Yahya Jammehs Bilanz gegen den Journalismus im kleinsten Land des afrikanischen Kontinents.

Von der Unabhängigkeit im Jahr 1965 bis 1994 war Gambia eine der stärksten Demokratien auf dem afrikanischen Kontinent. Das Land war Sitz der Afrikanischen Menschenrechtskommission, der Menschenrechtskommission des Kontinents. Im vergangenen Jahr konnte das Land auf 70 Jahre Mehrparteien Demokratie zurückblicken, auch wenn die Regierungsparteien in der Regel dominanter waren. Der Gründungspräsident der Republik, Dawda Kairaba Jawara, war eine Schlüsselfigur für internationale Gerechtigkeit und Frieden auf dem Kontinent und darüber hinaus. So initiierte er beispielsweise eine westafrikanische militärische Eingreiftruppe zur Beendigung des Krieges in Liberia und in der Folge auch in Sierra Leone im Jahr 1992. Er wurde zu Friedensverhandlungen in weit entfernte Teile der Welt entsandt. Das Land galt trotz seiner Armut, seiner geologischen Beschaffenheit und seiner geringen wirtschaftlichen Größe als das Friedlichste des Kontinents und wurde mit dem Slogan „The Smiling Coast of Africa“ bekannt.

Dank dieses Friedens und der Demokratie, die das Land vor dem Staatsstreich genoss, beherbergte Gambia eine große Zahl von Flüchtlingen aus kriegsgebeutelten Ländern wie Südsenegal, Liberia, Bissau, Conakry und Sierra Leone. Infolgedessen entschieden sich auch viele Journalist:innen aus der westafrikanischen Subregion, in Gambia zu leben und zu arbeiten, was zur Gründung der ersten Tageszeitung des Landes durch den liberianischen Journalisten Kenneth Best führte. Während Edward Francis Small als Vater des unabhängigen Journalis-

mus in Gambia gilt, gilt der Herausgeber der ersten Tageszeitung des Landes, Kenneth Y. Best, ein liberianischer Staatsbürger, als Vater des modernen Zeitungsjournalismus in Gambia. Bis 1994 lebten und arbeiteten etwa zwei Dutzend westafrikanische Journalist:innen in Schlüsselpositionen der gambischen Medienszene. Innerhalb von fünf Jahren unter dem Regime von Yahya Jammeh wurden 85 Prozent von ihnen entweder deportiert oder zum Verlassen des Landes gezwungen.

Yahya Jammeh betrachtete Journalist:innen als „uneheliche Söhne Afrikas“, denen eine Lektion erteilt werden müsse. In seinem zehnten Amtsjahr wurde ein führender Journalist, Anwalt und Herausgeber einer lokalen Tageszeitung, The Point, ermordet, als die Zeitung ihr 13-jähriges Bestehen feierte. Für dieses Verbrechen wurde nie jemand verhaftet. Bereits im Jahr 2000 wurde ein junger Journalist, der über Studentenproteste berichtete, vor dem Hauptgebäude des Roten Kreuzes auf dem Stadtplatz erschossen. Im Jahr 2006 wurde ein weiterer Journalist, Chief Ebrima Manneh, von Sicherheitsbeamten in Zivil abgeholt und seitdem weder gefunden noch gesehen. Diese Art von Verbrechen sind zu zahlreich, um sie hier aufzuzählen.

Während das Land damit beginnt, die Arbeit der Wahrheits-, Versöhnungs- und Wiedergutmachungskommission umzusetzen - ein Gremium, das eingerichtet wurde, um die Menschenrechtsverletzungen und andere Verbrechen während der Herrschaft des Diktators zu untersuchen -, setzen sich die Journalist:innen dafür ein, dass die Verfassungsbestimmungen, die ihre Freiheit und ihre Rolle in der Regierung des Landes garantieren, wirklich das moderne Gambia widerspiegeln, das wir alle aufbauen wollen.

Abschnitt 207 der gambischen Verfassung besagt: „Die Freiheit und Unabhängigkeit der Presse und anderer Informationsmedien werden hiermit garantiert.“ In Unterabschnitt 3 heißt es: „Die Presse und andere Informationsmedien müssen jederzeit frei sein, um die Grundsätze, Bestimmungen und Ziele dieser Verfassung sowie die Verantwortung und Rechenschaftspflicht der Regierung gegenüber dem Volk von Gambia zu wahren.“

Mit diesen Leitlinien hoffen die Journalist:innen, dass die gambische Presse durch freiere, lebendigere und fortschrittlichere Medien zu einem Vorbild für andere wird. In Anbetracht ihrer Geschichte ist es ein #NeverAgain für eine Wiederholung der Verbrechen, die der Presse unter Jammeh in Gambia angetan wurden. ■

** Sanna Camara hat 20 Jahre lang als Redakteurin und Managerin in verschiedenen Medienorganisationen in Gambia gearbeitet. Außerdem ist sie Vorsitzende des Ausschusses für Journalistenpreise des Presseverbandes von Gambia.*

UM DER FREIHEIT WILLEN AM KREUZ HÄNGEN

Obwohl die Lebensbedingungen der burundischen Journalisten im Exil immer schwieriger werden, kämpfen sie solidarisch Schulter an Schulter. Das Überleben des Journalismus in Burundi hängt von dieser Solidarität ab.



BOB RUGURIKA *

Sandrine Nkurikiye ist eine junge burundische Journalistin, die mit ihren drei Kindern und ihrem Mann nach Ruanda verbannt wurde. Der Tod ihres Vaters am 16. September 2022 in Burundi war für sie ein Schock. Sie konnte nicht zur Beerdigung gehen, da sie Gefahr lief, getötet oder entführt zu werden. Im Exil, am Tag der Beerdigung, spürte sie den Schmerz der Angehörigen.

Sie ist jetzt eine Nachbarin der Frau des burundischen Journalisten Jean Bigirimana, der seit dem 22. Juli 2016 vermisst wird, nachdem er von Geheimdienstagenten des Exillandes 60 Kilometer von der Wirtschaftshauptstadt Bujumbura entfernt festgenommen wurde. Seine Kollegen von der Zeitung Iwacu versammeln sich jeden 22. Juli, um Bigirimanas zu gedenken.

Valentin Singirankabo, ein Journalist des bekannten Radio Publique Africaine (RPA), verlor 2016 und 2018 seine beiden Schwestern in Burundi. Der Schmerz ist immer noch da. Er konnte nicht an der Beerdigung seiner Schwestern teilnehmen.

Olivia Gakima, eine Journalistin von Télé Renaissance im Exil, verlor ihren Vater am Morgen des 19. Juli 2021 durch die Corona-Pandemie. Sie konnte nicht zur Beerdigung ihres Vaters gehen, und sie konnte kaum den Trost ihrer Nachbarn oder Freunde in dem Land annehmen, in dem sie Zuflucht suchen musste.

Eine andere Journalistin der RPA, Josiane Muzane-

za, erlebte ebenfalls dramatische Ereignisse. Sie wurde zusammen mit ihrem Mann ins Exil geschickt. Er starb in ihren Armen und hinterließ ein wenige Monate altes Waisenkind. Die Familien von Josiane und ihrem Mann beschlossen, ihn in ihrem Heimatland zu beerdigen. Josiane war jedoch nicht in der Lage, an der Beerdigung ihres Mannes teilzunehmen. Der andere Bruder von Josiane Muzaneza starb ebenfalls am 25. Juli 2022. Das zweite Mal durfte sie nicht an der Beerdigung teilnehmen. Derzeit kann sie sich ihre Gefühle nicht erklären.

Burundische Journalisten im Exil trauern jedes Jahr um Prosper Nzisabira, alias Osso. Dieser Mann, der Freude um sich herum verbreitete, starb im November 2021 an einem Herzinfarkt in Dakar/Senegal, wohin er auf der Suche nach einer besseren Zukunft flüchten musste. Er hatte nie die Gelegenheit, sich von seiner Frau und seinen Kindern zu verabschieden, die er zurückgelassen hat. Freunde von Prosper Nzisabira sehen die Todesursache in den „Sorgen des Lebens“. Sechs Monate vor Prosper Tod war sein Kollege vom selben Radiosender, Inzamba François Bizimana, bei einem Autounfall ums Leben gekommen.

Heute wissen die Familien von Prosper Nzisabira, Dit Osso und François Bizimana nicht, welchem Heiligen sie sich zuwenden sollen. Es gibt keine Versicherung, keine Rente, keinen Ehepartner, der sie beschützt, und niemanden, der für die Familie sorgt. Zu der Last

“Es gibt keinen Journalismus mehr, wir kommunizieren nur“

des Exils kommt noch die Sorge um die Zukunft der Kinder.

Ein weiterer Journalist ist im Exil dem Tod nahe. Hermès Ntibanditse arbeitet als Journalist und Moderator bei RPA. Drei Jahre nach der Nachricht, dass seine Frau an einer Krankheit gestorben ist, hat es auch ihn erwischt. Zehn Tage lang lag er im Krankenhaus in Ruanda und schwebte zwischen Leben und Tod. Leider hat er es nicht geschafft. Er ist für immer von uns gegangen.

VERSCHWUNDENER JOURNALISMUS

Wir werden hier nicht über die Zerstörung der Familien im Exil und ihre Geschichten sprechen. Zusätzlich zu diesem großen Leid leben die meisten Journalisten in prekären Verhältnissen. Die täglichen Ausgaben und die monatliche Miete sind für viele von ihnen zu einem großen Problem geworden.

Auch die im Lande lebenden Medienschaffenden sind nicht glücklich. Sie geben an, dass sie wegen ihres Berufs in Angst leben. Sie haben beschlossen, sich nie wieder mit Nachrichten zu befassen, die Nachforschungen erfordern, und mit sensiblen Themen, die mit den Behörden zu tun haben.

„Es gibt keinen Journalismus mehr, wir machen nur noch Kommunikation“, sagt mein Freund, ein Journalist bei einem privaten Radiosender in Burundi. Was die Pressefreiheit angeht, so erhielt Burundi im letzten von Freedom House veröffentlichten Weltfreiheitsbericht die Note 0 von 4.

DAS FREILUFTGEFÄHNIS

Alle Beobachter sind sich einig, dass Burundi zu einem Freiluftgefängnis geworden ist. Die Menschen haben keine Meinungs- und Redefreiheit mehr. Wir sprechen hier von einem Land, gegen das der Internationale Strafgerichtshof wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit ermittelt. Unter den kriminellen Opfern befindet sich auch ein Kameramann des nationalen Fernsehens. Christophe Nkezabahizi kam zusammen mit seiner Frau, zwei Kindern und einem Cousin ums Leben. Sie wurden am 13. Oktober 2015 von der Polizei getötet.

Nach diesem Vorfall haben die Imbonerakure-Miliz sowie die Polizei und die Armee unabhängige Medien ins Visier genommen. Auch das Radio Publique Africaine (RPA) und Télé Renaissance waren von diesen Übergriffen betroffen.

Obwohl die Lebensbedingungen der burundischen Journalisten im Exil immer schwieriger werden, kämpfen sie weiter. Nach Angaben der burundischen Journalistengewerkschaft haben mindestens 117 Journalisten infolge des harten Vorgehens das Land verlassen. Viele haben Zuflucht in Ländern gesucht, die Burundi nahestehen. Abgesehen von einem Dutzend Journalisten, die durch Familienzusammenführung nach Kanada und Europa gelangen konnten, sehen sich die übrigen mit verschiedenen Herausforderungen konfrontiert, die sich negativ auf ihr tägliches Leben auswirken.

Nach der Krise im Jahr 2015 beschlossen einige westliche Länder, ihre Beziehungen zu Medienvertretern im Exil zu beenden, um ihre Interessen gegenüber Burundi zu schützen. Dadurch wurden die Schwierigkeiten für die Journalisten noch größer. Nur einige wenige Organisationen aus den Niederlanden, Belgien und Deutschland ha-

ben ihre Hilfe angeboten. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten haben die unabhängigen burundischen Medien geschwächt.

TAPFERE JOURNALISTEN GEWINNEN DIE HERZEN DER ÖFFENTLICHKEIT

Trotz aller Widrigkeiten finden die mutigen Journalisten im Exil schnell neue Informationsquellen für sich. 80 % der Journalisten, die ins Exil gingen, kehrten in ihren Beruf zurück. Diese Journalisten informieren die Öffentlichkeit regelmäßig mit aktuellen Nachrichten über soziale Medien und Kurzwellessendungen. Mit ihren Nachrichten haben die Journalisten die Herzen der Burundier wiedergewonnen.

Die Vrije Universiteit Brüssel erhielt im Jahr 2020 die Aufmerksamkeit der burundischen Medien. Sie produzierten eine Reihe von Sendungen mit dem Titel „Radio Phénix, mit burundischen Journalisten, die sich der Krise stellen“. Die Sendung wurde auf dem belgischen Radio- und Fernsehsender La Une ausgestrahlt, der auf Französisch sendet.

ERZWUNGENE SELBSTZENSUR

Blaise Kararumiye, ein Reporter von Radio Isanganiro im Bundesstaat Karuzi, wurde festgenommen. Als Grund für die Verhaftung wurde eine Recherche des Journalisten über Kühe angegeben, die aus Uganda ins Land eingeführt und später wegen der Rift-Valley-Epidemie geschlachtet wurden.

Als Bedingung für seine Freilassung wurde die Veröffentlichung eines von Staatsbeamten verfassten Nachrichtentextes festgelegt. Ein Kollege in Burundi teilte mit, dass Blaise versucht, der Angst zu trotzen und seinen Beruf weiter auszuüben. Die Regierung zwingt Journalisten zur Selbstzensur und befiehlt ihnen, jede Aussage der Behörde zu akzeptieren.

Burundische Medien und Journalisten sind mit einem vom Nationalen Kommunikationsrat (CNC) initiierten Gesetz konfrontiert, das Journalisten von der Macht abhängig macht. Nimmt der CNC den Journalisten die Presseausweise ab, bedeutet dies das Ende ihrer Karriere.

Beamte des Präsidialamtes, des CNC und des burundischen Geheimdienstes suchen weiterhin nach den Verantwortlichen von Publikationen, nachdem sie über irgendwelche Probleme informiert wurden. Es gibt also viele Gründe, warum der Journalismus in diesem Land auf der Kippe steht.

Dieses pessimistische Bild sollte jedoch keinesfalls die Arbeit der burundischen Exilmedien überschatten, die für ihren Einsatz für die Meinungsfreiheit und die Menschenrechte weltweit ausgezeichnet worden sind. Genau wie im Fall von Radio Publique Africaine.

Obwohl die Lebensbedingungen der burundischen Journalisten im Exil immer schwieriger werden, kämpfen sie solidarisch Schulter an Schulter. Das Überleben des Journalismus in Burundi hängt von dieser Solidarität ab. ■

**Journalist, Direktor von Radio Publique Africaine (RPA). Gewinner des CNN-Preises für Pressefreiheit 2016*



TOM SIDERIS *

PRESSEFREIHEIT IN GRIECHENLAND:

„Kontrolliere die Nachricht!“

Tn Griechenland sind die Medien seit jeher stark von den Interessen des Großkapitals und vor allem von Regierungsvertretern abhängig. Die Regierung, die Wirtschaft und die Medien bilden ein eigentümliches Dreieck mit vielfältigen gegenseitigen Abhängigkeiten. Insbesondere bei der Nationalen Rundfunkanstalt (ERT) ist die staatliche Kontrolle mehr als erdrückend. Die öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt weist alle Merkmale einer staatlichen Agentur auf, d. h. einer Agentur, die vollständig vom Staat abhängig ist. Nicht nur heute, sondern auch in der Vergangenheit konnte ein Politiker anrufen und ein Programm unterbrechen, das ausgestrahlt wurde. Solche Vorfälle gab es auch in der Vergangenheit. Aber was heute in Griechenland in Bezug auf die Pressefreiheit geschieht, ist eine Dystopie. Noch nie hat eine Regierung so offen und aggressiv versucht, die Medien in Griechenland nach dem Prinzip „Kontrolliere die Nachricht“ zu überwachen. Ein typisches Beispiel dafür ist, dass unmittelbar nach den Wahlen 2019 der Leiter der Pressestelle des Ministerpräsidenten und ehemalige Leiter der Pressestelle der Partei, die die Wahlen gewonnen hat, mit der Leitung der öffentlichen Rundfunkanstalt (ERT) betraut wurde. Unabhängig von den Fähigkeiten des Einzelnen ist die präventive Kontrolle durch die Regierung also offensichtlich. Ab 2019 unterstehen die öffentlichen Medien in Griechenland und der nationale Nachrichtendienst der direkten Kontrolle des Ministerpräsidenten, der auch ihr „natürlicher Chef“ ist. Das Paradoxe ist, dass die griechische Regierung sich als liberale Regierung darstellt, die politisch den „politischen Raum der Mitte“ vertritt, dass aber die Methodik, die sie verfolgt, an dunkle Zeiten

in der modernen Geschichte meines Landes sowie an die Praktiken autoritärer Regime erinnert.

COVID-19 UND DIE SCHWINDENDE UNABHÄNGIGKEIT

Das Problem hat jedoch nicht nur eine moralische, sondern auch eine rechtliche Dimension. Während der Covid-Pandemie finanzierte die Regierung vor allem die privaten Medien mit exorbitanten Beträgen, um, wie sie behauptete, die „Gesundheitsbotschaft“, d. h. Maßnahmen zum Schutz vor dem Covid-Virus, zu fördern. In Wirklichkeit aber wurde das Geld, das den griechischen Bürgern gehört, von der Regierung zur Verfügung gestellt, um die politische Botschaft der Medien vollständig zu kontrollieren. Heute, fast drei Jahre später, vertritt die überwiegende Mehrheit der griechischen Medien ausschließlich die Positionen der Regierung, vertuscht jedes Versagen oder jeden Fehler der Regierung und greift jeden, der eine andere Meinung vertritt, als „Feind des Vaterlandes“ an. Solange man jedoch das Prinzip hochhält, dass die freie Presse eine Säule der Demokratie ist, ist einem klar, dass die Demokratie in Griechenland ein komaatöser Patient ist. Für mich ist es das Unethischste, was eine Regierung tun kann, die Gesundheitskrise auf so zynische und vulgäre Weise auszunutzen.

DIE VOGEL-STRAUSS-POLITIK DER REGIERUNG

Aber diese Situation ist nur ein Aspekt des Problems. Als der Skandal der Telefonüberwachung von Politikern und Journalisten aufgedeckt wurde, verfolgte die Regierung eine „Vogel-Strauß-Politik“. Wie der Strauß, der seinen Kopf in den Sand steckt, um nichts zu sehen, tat die Regierung so,

als ob sie nichts wüsste. Auch heute, so viele Monate später, weigert sie sich, zur Untersuchung des Falles beizutragen, lügt weiter und tut so, als gebe es überhaupt kein Problem. Da sie die Mehrheit der Medien vollständig kontrolliert, wird das Thema der Telefonüberwachung von Politikern und Journalisten nicht in den Nachrichten des Rundfunks und der populären griechischen Fernsehsender behandelt. So werden die griechischen Bürger über etwas, was sie unmittelbar betrifft, nicht informiert, denn das Abhören durch den Geheimdienst, das der Premierminister mit dem sogenannten „Stabsstaat“-Gesetz kontrolliert, ist eine tiefe Wunde im Körper der Demokratie.

GRIECHENLAND IST DAS SCHLUSSLICHT

Als die Organisation „Reporter ohne Grenzen“ ihren Jahresbericht über den Zustand der Pressefreiheit veröffentlichte und Griechenland auf Platz 108 in der Welt und auf dem letzten Platz in Europa landete, hinter Ungarn und Polen, zwei Ländern, in denen Korruption und Verflechtung von Macht und Medien die Norm sind, tat die griechische Regierung so, als hätte sie das nicht verstanden, und griff die Organisation „Reporter ohne Grenzen“ an, die von der Regierung einfach als „Nichtregierungsorganisation“ bezeichnet wird. Als das Thema der Pressefreiheit in Griechenland in den internationalen Medien auftauchte, sprach die Regierung von einer „Verschwörung“ anonymer internationaler Kreise. Die maßgeblichen internationalen Medien sind jedoch diejenigen, die klar und deutlich aufzeigen, was in Griechenland wirklich passiert, vor allem in Bezug auf drei Themen: die Einwanderung, das Abhören und die Pressefreiheit. Und es ist nicht das erste Mal, dass die internationale Presse ein Bild und eine Realität Griechenlands präsentiert, die sich von denen der griechischen Medien völlig unterscheiden. Erst als die internationalen Medien zu Beginn des letzten Jahrzehnts begannen, die kriminellen Aktivitäten der Nazi-Organisation „Goldene Morgenröte“ zu untersuchen und darzustellen, begann man in den griechischen Massenmedien, die wahre Dimension des Problems zu erfassen.

FINANZKRISE SCHADET DEM JOURNALISMUS

Eine Frage, die auch heute noch unbeantwortet ist, lautet: Warum akzeptieren griechische Journalisten diese Situation, warum tolerieren sie sie? Die tiefe Wirtschafts-

krise, die Griechenland seit vielen Jahren trifft, hat auch im griechischen Journalismus sichtbare Wunden hinterlassen. Es gibt jedoch griechische Medien und griechische Journalisten, die trotz aller Schwierigkeiten weiterhin investigativen Journalismus betreiben, um Fälle von wirtschaftlicher und staatlicher Korruption ans Licht zu bringen. Ich möchte insbesondere die Untersuchung des weltweiten Finanzkorruptionsskandals des Pharmaunternehmens Novartis erwähnen, von dem ein Teil auch Griechenland betrifft. Oft werden griechische Journalisten, die Finanzskandale und Streitigkeiten aufdecken, von anonymen Mördern verfolgt, wie im Fall des griechischen Journalisten George Karaivaz, oder sie werden mit SLAPP-Klagen konfrontiert. Aber sie tun weiterhin das, was sie können und müssen: Primärforschung, damit die Wahrheit ans Licht kommt. ■

THOMAS SIDERIS

* Tom Sideris ist Journalist und Filmemacher, lebt in Athen und ist offizielles Mitglied des International Press Institute.

Thomas Sideris ist ein investigativer Journalist und Filmregisseur. Er arbeitet für den griechischen Rundfunk. Sein Name stand drei Jahre in Folge (2018, 2019, 2021) auf der Auswahlliste für den PRIX EUROPA PRIZE, einen EU-Sonderpreis für den besten Journalisten in Europa.

Er ist Mitglied des International Press Institute mit Sitz in Wien/Österreich und wurde mit dem TORCH AWARD in den USA (Menschenrechtsverteidigung durch seine Filme, Pennsylvania, Mai 2021), dem Journalists and Writers Foundation Award (New York, September 2019), dem Athanasios Botsis Journalism Foundation Award (Athen, Januar 2018), dem Albert Schweitzer International Organization Award (Wien, September 2017) und mehr als 30 Preisen auf Filmfestivals in aller Welt für seine Filme ausgezeichnet. Er hat Politikwissenschaften und öffentliche Verwaltung an der juristischen Fakultät der Universität Athen studiert und sich auf Massenmedien spezialisiert. Er hat ein Postgraduierten-Diplom in Human- und Sozialgeographie zum Thema „Human Geography, Space Development and Design“ von der Universität der Ägäis. Außerdem ist er Doktorand in Human- und Sozialgeographie an der Harokopio-Universität von Athen. Sein Forschungsgebiet ist der menschliche Körper im Raum, die menschlichen „Landschaften“ und die fließenden temporären Lebensräume sowie die fließenden Identitäten. Er ist Mitglied der Internationalen Akademie der Sozialwissenschaften (Florida, USA).



Keiso Mohloboli, eine mutige Journalistin aus dem kleinen afrikanischen Land Lesotho:

„Ich war während meines Exils zwei Jahre lang von meinem autistischen Sohn getrennt.“

Lassen Sie niemals zu, dass Ihr Job Sie von Ihren Kindern trennt. Wenn Sie zulassen, dass Ihr Job Sie ohne Ihre Kinder ins Exil schickt, werden Sie nie genug Zeit haben, um die Lücken für die Tage zu füllen, an denen Sie von Ihren Kindern getrennt gelebt haben.

LAILA MÜLLER

Lesotho ist ein kleines Land im südlichsten Teil Afrikas und seine Landesgrenzen sind komplett von der Republik Südafrika umschlossen. Wie in anderen afrikanischen Ländern sind auch in Lesotho Journalisten Opfer von Übergriffen. Belästigungen und körperliche Angriffe auf Journalisten nehmen von Tag zu Tag erheblich zu. In Lesotho gibt es fast keine Pressefreiheit. Die Medien sind also nicht unabhängig.

Die Übergriffe auf die Medien haben sich im Laufe der Jahre zu einem immer wiederkehrenden Phänomen entwickelt. In so einem Zustand ist es schwer, einen demokratischen Lebensstandard zu erwarten. Wir haben mit der preisgekrönten Journalistin Keiso Mohloboli über den Journalismus in Lesotho gesprochen.

Wie sind Sie Journalistin geworden? Gibt es einen besonderen Fall, der Sie als Journalistin zu dem gemacht hat, wer Sie heute sind?

Bevor ich Journalistin wurde, wollten meine Eltern, dass ich Krankenschwester, Lehrerin oder Buchhalterin werde. Sie haben mich immer entmutigt, wenn ich meine Liebe zum Journalismus zum Ausdruck brachte. Also habe ich an einer Krankenpflegeschule in Lesotho angefangen, um meine Familie zufrieden zu stellen. Nach kurzer Zeit habe ich das jedoch abgebrochen, weil es mir nicht gefallen hat.

Während zu Hause die Lage wegen meines Schulabbruchs angespannt war, gab mir der erfahrene Journalist Kekeletso Motopi, der Herausgeber der Zeitung „The Monitor“, die Chance, eine Geschichte zu schreiben. Dort sammelte ich meine ersten Erfahrungen. Ich hatte das Glück, von einer Mentorin betreut zu werden. In der Medienbranche, in der die Dominanz der Männer deutlich zu spüren ist, gab sie mir die Möglichkeit, als Frau harte Geschichten zu schreiben. Während ich arbeitete,

absolvierte ich zeitgleich eine journalistische Ausbildung.

Dank dem World Learning Stipendium hatte ich die Möglichkeit bei der Los Angeles Times im Bereich des investigativen Journalismus zu arbeiten. Dort habe ich vieles gelernt, was in Nachrichtenzentren nicht erlernt werden kann.

Wie trat Ihre Liebe zum Journalismus hervor? Haben Sie auch vor Ihrem Exil schon die Meinungsfreiheit verteidigt?

Ich glaube, meine Leidenschaft für den Journalismus wird nie erlöschen. Ich sage neugierigen jungen Journalist*innen immer, dass Journalismus ein Lebensstil ist, kein Job. Ich habe mich für den Journalismus entschieden, weil er meine Perspektive auf das, was ich tue, verändert. Das Sammeln von Informationen, das Führen von Interviews und das Schreiben ist wie ein Leben für die Ewigkeit, es ist eher so, als würde man das reale Leben verlassen und immer im Universum existieren. Nicht nur, dass ein Stift mächtiger ist als ein Schwert, der Journalismus ist etwas, was zeigt, wer ich bin.

Bevor ich ins Exil ging, habe ich mich nicht viel mit der Frage der Pressefreiheit beschäftigt. Ich habe jedoch im Exil aktiv an Kampagnen teilgenommen, die vom Medieninstitut des südlichen Afrikas (MISA-Lesotho) zum Schutz der Meinungsfreiheit organisiert wurden.

Können wir sagen, dass es in Lesotho Pressefreiheit gibt?

In Lesotho gibt es fast keine Pressefreiheit. Die Medien sind nicht unabhängig. Wie in anderen afrikanischen Ländern sind auch in Lesotho Journalisten Opfer von Übergriffen. Belästigungen und körperliche Angriffe auf Journalisten nehmen von Tag zu Tag erheblich zu.

In der Zeit von 2013 bis 2016, als ich im Exil war, wurden Klagen gegen mich eröffnet. Die Folterung und Ermordung eines Journalisten im November letzten Jahres nach einem Artikel, den er über den Waffenhandel geschrieben hatte, sind nur zwei Beispiele für Gewalt gegen Journalisten in diesem Land.

Es wird ein gesetzlicher Rahmen in Lesotho benötigt, der für die Gewährleistung der freien und effektiven Arbeit der Medien dient.

Wie würden Sie das Leben eines Journalisten in Ihrem Land beschreiben? Hat sich seit Ihrem Exil nach Ihrer Rückkehr etwas in Ihrem Land diesbezüglich geändert?

Seit 2016 hat sich in Lesotho nichts geändert. Die Übergriffe auf die Medien haben sich im Laufe der Jahre zu einem immer wiederkehrenden Phänomen entwickelt. In so einem Zustand ist es schwer, einen demokratischen Lebensstandard zu erwarten. In Bezug auf gelebte Demokratie ist das Land weit zurück. Obwohl die Medien auf dem Papier als vierte Gewalt angepriesen werden, gelten sie als Staatsfeind. Das Land hat begonnen, Schritte zur Umsetzung nationaler Reformen zu unternehmen, und am 7. Oktober 2022 finden allgemeine Wahlen statt. Dennoch ist Lesotho nach wie vor ein Land, das Vorschriften zum Schutz der Medien nicht umsetzt.

Sie wurden wegen einem Artikel verhöört. Wie haben Sie sich als Journalistin dabei gefühlt?

Am 23. Juni 2016 wurde in der Lesotho Times ein Artikel von mir über den Armeechef Generalleutnant Tlali Kamoli veröffentlicht. Gegen 17:00 Uhr abends rief mich die Polizei an, um herauszufinden, wo ich mich befand. Kurz darauf suchten zwei Polizeibeamte mich in meiner Wohnung auf und brachten mich auf die Polizeiwache. Dort wurde ich von sechs Polizisten verhört.

Ich wurde nicht beschuldigt; nur einer der stellvertretenden Kommissare sagte mir, dass der Armeechef sehr verärgert darüber sei, was ich über ihn geschrieben hatte. Es gab keine Anschuldigungen, sie sagten nicht, dass ich irgendwelche Gesetze gebrochen hätte. Nur die Wut des Generalleutnants verursachte dieses peinliche Verhör.

Sie beschlagnahmten mein Telefon, weil sie wollten, dass ich mei-

ne Informationsquellen preisgebe. Sie lehnten meine Bitte um einen Anwalt ab. Sie erlaubten mir nicht, dass ich etwas trinke, esse und auf die Toilette gehe. Meinem besonderen Bedarf an Hygieneartikeln als Frau wurde nicht entsprochen. Aufgrund dessen wurde ich tatsächlich bakteriellen Infekten ausgesetzt.

Inwiefern hat Ihr Leben im Exil Sie und Ihre Ansicht auf die Meinungsfreiheit geändert?

Für mich wird nach diesen Vorfällen absolut nichts mehr so sein wie früher. Mir fällt es schwer, jemandem Vertrauen zu schenken. Ich achte selbst auf kleine Details. Ich halte mich nicht mehr lange an öffentlichen Orten auf. Ich habe mich von den Dingen entfernt, die mir früher Spaß gemacht haben.

Die Dinge werden sich in positiver Hinsicht ändern, wenn Lesotho den nationalen und verfassungsrechtlichen Reformprozess abgeschlossen hat. Bisher ist das in der Verfassung verankerte Recht auf freie Meinungsäußerung nur eine Ausschmückung und mit vielen Einschränkungen verbunden. Ich denke, dass sich das ändern wird.

Was wünschen Sie sich für die Pressefreiheit in Lesotho für die kommenden Jahre?

In Lesotho bedarf es eines günstigen rechtlichen Rahmens, der es den Medien ermöglicht, freier und effektiver zu arbeiten. Ich träume von unabhängigen und freien Medien. Das Recht auf freie Meinungsäußerung ist ein wichtiges Menschenrecht, damit eine Gesellschaft demokratisch sein kann. Sie sorgt für den freien Austausch von Ideen, Meinungen und Informationen und ermöglicht es so den Mitgliedern der Gesellschaft, sich ihre eigene Meinung zu Fragen von öffentlicher Bedeutung zu bilden. Das Recht auf freie Meinungsäußerung dient der öffentlichen Debatte und unterstützt eine freie und unabhängige Presse im Hinblick auf ein transparentes Funktionieren des Staates.

Auf der Welt gibt es viele im Exil lebende Journalist*innen. Was möchten Sie diesen im Exil lebenden Menschen sagen?

Es ist als Frau im Exil nicht leicht, ein Leben zu führen. Eine angemessene Unterkunft zu finden, Lebensmittel zu bezahlen und die Trennung von der Familie sind nur einige der Schwierigkeiten, mit denen man fertig werden muss. Während meiner Zeit im Exil war ich zwei Jahre von meinem autistischen Sohn getrennt. Dadurch habe ich erkannt, dass es keine Geschichte gibt, die mein Leben wert ist.

Wenn Sie von Ihren Kindern getrennt sind, nehmen Sie Ihre Kinder mit der Unterstützung von Menschenrechtsorganisationen mit. Lassen Sie sich niemals durch Ihre Arbeit von Ihren Kindern trennen. Wenn Sie zulassen, dass Sie wegen ihres Jobs ohne Ihre Kinder ins Exil gehen müssen, werden Sie nie genug Zeit haben, um die Lücken für die Tage zu füllen, an denen Sie von Ihren Kindern getrennt gelebt haben. ■

KEISO MOHLOBOLI

Keiso Mohloboli studierte Journalismus am Polytechnic of Namibia, an der University of the Witwatersrand in Südafrika und bei ALISON. Sie ist eine preisgekrönte Investigativjournalistin, die über allgemeine Gesundheitsthemen, die Stärkung von Frauen und Mädchen, politische Parteien und Gewalt gegen Frauen berichtet. Sie schreibt für lokale Medien wie Mopheme, The Monitor, The Informative, Lesotho Times, Sunday Express und Public Eye. Sie ist auch Medientrainerin beim TechCamp. Wegen ihren Artikeln musste sie ihr Land verlassen, weil sie von 2016 bis 2018 in Lebensgefahr war.



TAHA SIDDIQUI *

Der Journalismus in Pakistan ist tot

Tn Pakistan ist die Pressefreiheit ständigen Angriffen ausgesetzt. Es gab eine Zeit, in der Journalist:innen und Medienaktivist:innen im Land sagten, der Journalismus liege aufgrund der Beschränkungen, denen er ausgesetzt ist, im Sterben. Diese Beschränkungen nahmen im Laufe der Zeit immer mehr zu. Jetzt ist man an einem Punkt angekommen, an dem man sagen kann, dass die gesamte Branche tot ist und pakistanische Journalist:innen in einer post-journalistischen Ära leben, in der der Staat die vollständige Kontrolle über die privaten Medien innehat.

Der Grund dafür ist der wachsende Einfluss des pakistanischen Militärs auf die täglichen politischen Angelegenheiten des Landes und sein Vordringen in fast alle Bereiche außerhalb seiner traditionellen Rolle, an den Grenzen des Landes für Sicherheit zu sorgen.

Das pakistanische Militär hat seit seiner Gründung im Jahr 1947 das Land mal offen mal verdeckt regiert, und obwohl sich das Land derzeit rühmt, eine Demokratie zu sein, ist es in Wirklichkeit so, dass die pakistanische Regierung auf Geheiß des Militärs agiert und hinter den Kulissen die Generale die Vorgänge im Land überwachen.

Die Geschichte der pakistanischen Medien geht auf die Zeit zurück, als die britischen Kolonialherren 1947 das Land verließen und die zwei unabhängigen Staaten Indien und Pakistan entstanden. Damals gab es zwar mehrere private Zeitungen, die auch heute noch sowohl in Englisch als auch in der Landessprache Urdu erscheinen, aber die pakistanischen Behörden erlaubten außer dem offiziellen staatlichen Fernsehsender PTV (Pakistan Television) keine weiteren Nachrichtensender. Später, Anfang der 2000er Jahre, privatisierte der damalige Diktator General Pervez Musharraf die Rundfunkmedien und bot der Öffentlichkeit Lizenzen für die Einrichtung von Nachrichtensendern an. Manche hielten diesen Sinneswandel des pakistanischen Staates für eine erfreuliche Entwicklung – und das in einer Zeit, in der eine Militärdiktatur herrschte –, doch die Realität sah ganz anders aus.

In der Tat wurden die Medien nach dem Krieg von 1999, den Pakistan gegen Indien verloren hatte, „befreit“, um nega-

tive Reaktionen in der Bevölkerung auf den verlorenen Krieg abzuschwächen. Es stellte sich heraus, dass General Musharraf den privaten Medien erlaubte, sich zu entfalten, denn die damalige Militärführung glaubte nicht, dass ihre Niederlage gegen Indien auf die eigene Schwäche zurückzuführen sei (und auf die Tatsache, dass Soldaten der pakistanischen Armee als Dschihadisten getarnt in das von Indien kontrollierte Gebiet eingedrungen waren), sondern auf die Stärke der privaten indischen Medien, denen es gelang, weltweit das Narrativ zu verbreiten, Pakistan stecke hinter der Gewalt im Distrikt Kargil, das an die zwischen den beiden Ländern umstrittene Kaschmirregion angrenzt.

Sobald die Medien privatisiert worden waren, wurden sie zu einer starken Stimme für die Demokratie und wurden Teil der „Anwaltsbewegung“, die im Jahr 2008 zum Sturz von General Musharraf führte. Damals wurde die Demokratie in Pakistan wiederhergestellt und die Öffentlichkeit glaubte, dass der Einfluss des Militärs der Vergangenheit angehören würde. Doch das war Wunschdenken.

Der erste Realitätscheck kam im Mai 2011, als Saleem Shahzad, ein pakistanischer Journalist, der für internationale Medien arbeitete, entführt und mit Folterspuren am Körper tot aufgefunden wurde. Unabhängigen Untersuchungen zufolge wurde er vom pakistanischen Geheimdienst ISI aufgegriffen, der mit den Streitkräften des Landes verbunden ist und Shahzads Recherchen, die eine Verbindung zwischen dem pakistanischen Militär und militanten Netzwerken herstellten, nicht guthieß. Trotz eines großen Aufschreis in den Medien angesichts dieses aufsehenerregenden Mordes am helllichten Tag wurde bis heute niemand für dieses abscheuliche Verbrechen bestraft – obwohl der Journalist Shahzad vor seinem Verschwinden seinen Kolleg:innen Namen und Mitteilungen einiger ISI-Beamter hatte zukommen lassen, die ihm mit schwerwiegenden Konsequenzen drohten.

Dieser Anschlag war eine erschreckende Botschaft an die pakistanische Medienlandschaft, denn Shahzad war einer der ersten Journalisten, die aus Islamabad, der Hauptstadt des Landes, verschwunden waren. Infolgedessen begannen

die lokalen Medien, sehr vorsichtig zu sein, wurden unsicher in Bezug auf das, was sie drucken und senden sollten, aber der endgültige Sargnagel wurde 2014 eingeschlagen, als der führende pakistanische Nachrichtenmoderator Hamid Mir von bewaffneten Männern in der Stadt Karachi angegriffen wurde, als er auf dem Weg zum Büro war. Glücklicherweise überlebte Mir. Er bezeichnete General Zaheerul Islam, den Chef des ISI, als den Drahtzieher hinter dem Angriff. Mir habe wegen seiner journalistischen Arbeit Drohungen von der Behörde erhalten. Die Nennung des ISI-Chefs war ein mutiger Schritt, der jedoch nach hinten losging und dazu führte, dass Mir zusammen mit seinem Nachrichtensender aus dem Programm genommen wurde. Allen in der Medienbranche war klar, dass ihnen das gleiche Schicksal drohte – wenn schon dem größten Namen der Branche so etwas widerfuhr – und ließen sich auf Linie bringen.

2018 sorgte das pakistanische Militär dafür, dass alle abweichenden Stimmen zum Schweigen gebracht wurden, schließlich gab es in jenem Jahr Wahlen, und sie wollten Imran Khan, einen Cricketspieler, der sich in einen Politiker verwandelt hatte, als ihren auserkorenen Mann an die Spitze des Landes bringen.

Im selben Jahr wurde ich wegen meiner journalistischen Arbeit von bewaffneten Männern angegriffen. Ich bin der Überzeugung, sie gehörten zum pakistanischen Militär. Ich überlebte diesen Angriff – Entführung und Attentatsversuch – und ging kurz darauf ins Exil, nachdem mir der Innenminister des Landes unter vier Augen mitgeteilt hatte, dass mein Leben in Gefahr sei, solange ich über das pakistanische Militär berichte. Ich hatte für internationale Medien wie die New York Times, den Guardian, France24, Al Jazeera English und viele andere gearbeitet.

Nach dem Anschlag auf Hamid Mir 2014 hatte ich Drohungen erhalten, weil ich mich weigerte, mich der Zensur zu beugen. Wenige Monate vor dem Angriff auf mich wurde ich auch wegen Terrorismus und Internetkriminalität im Rahmen eines neuen Gesetzes angeklagt, das die pakistanische Regierung (auf Druck des Militärs) unter dem Namen „Prevention of Electronic Crimes Act 2016“ verabschiedet hatte.

Nachdem ich aus Pakistan geflohen und nach Frankreich gekommen war, wurde ich von zwei westlichen Geheimdiensten kontaktiert, die mir mitteilten, mein Name stehe auf einer Tötungsliste, die sie abgefangen hätten, und dass man mich töten würde, wenn ich jemals nach Pakistan zurückkehren würde.

Mit diesen Informationen ging ich an die Öffentlichkeit, und meine Eltern, die nach wie vor in Pakistan leben, wur-

den wiederholt von den pakistanischen Behörden schikaniert und unter Druck gesetzt, um mich zum Schweigen zu bringen.

Seit über vier Jahren bin ich nun im Exil, und die Situation für Journalist:innen in Pakistan hat sich noch weiter verschlechtert. Mehrere befreundete Journalist:innen, die sich trotz der Risiken für einen Verbleib in Pakistan entschieden haben, haben entweder ihre Arbeit verloren oder wurden durch Einschüchterung zum Schweigen gebracht. Mehrere Nachrichtensender sind regelmäßig von Stromausfällen betroffen, und ihnen wurden die Lizenzen entzogen.

Zwar hat sich Imran Khan mit dem Militär überworfen und die Generäle waren gezwungen, einen Teil ihrer Macht an politische Parteien abzutreten, die sie in der Vergangenheit nicht unterstützt haben, doch die Situation für die Medien bleibt unverändert. Und die Zensur beschränkt sich nicht nur auf Print- und Fernsehmedien, sondern betrifft auch digitale Medien. Der Zugang zu sozialen Medien im Land wird immer wieder gesperrt, wenn sie Inhalte nicht entfernen, die dem pakistanischen Staat nicht gefallen. Aufgrund dieses Drucks üben laut einer aktuellen Umfrage mehr als 90 % der pakistanischen Journalist:innen Selbstzensur. Auf der Rangliste der Pressefreiheit von Reporter ohne Grenzen (RSF) steht Pakistan derzeit auf Platz 157 von 180 Ländern.

In ihrem jüngsten Bericht schreiben die RSF: „Pakistan ist mit drei bis vier Morden pro Jahr, die oft mit Korruption oder illegalem Handel in Verbindung gebracht werden und völlig ungestraft bleiben, eines der Länder mit den meisten Todesopfern unter Journalistinnen und Journalisten. Jeder Journalist und jede Journalistin, die die von den Inter-Services Public Relations (ISPR) – einem Ableger des Geheimdienstes – vorgegebenen roten Linien überschreitet, kann zur Zielscheibe einer umfassenden Überwachung werden, die zu Entführungen und mehr oder weniger langen Inhaftierungen in staatlichen oder weniger offiziellen Gefängnissen führen kann. Darüber hinaus ist der Inter-Services Intelligence (ISI), Pakistans führender militärischer Geheimdienst, bereit, jeden Kritiker ein für alle Mal zum Schweigen zu bringen.“ ■

** Taha Siddiqui ist ein preisgekrönter Journalist pakistanischer Herkunft, der seit 2018 in Frankreich lebt. Er ist Leiter des Dissident Club, eines Intellektuellen-Cafés in Paris. Er berichtet und schreibt weiterhin für verschiedene Medien, darunter die New York Times, den Guardian und France24. Sein erstes Buch wird im März 2023 erscheinen.*



MONIKA NAGYOVÁ *

Mussten zwei unschuldige Menschen sterben, damit wir wachgerüttelt werden?

Kann man in der Türkei Erdogan wirklich nicht auf der Straße verachten?”, frage ich eine Freundin, die aus der Türkei kommt.

„Man kann“, antwortet sie. „Aber man muss dann mit den Konsequenzen leben, sie werden dich ins Gefängnis werfen und deine Familie wird in Schwierigkeiten geraten.“

Dieses Gespräch fand in der slowakischen Hauptstadt Bratislava statt und blieb mir lange Zeit im Gedächtnis. Für mich ist es unvorstellbar, dass so etwas in unserem Land passieren könnte. Ich lebe in einem Land, in dem jeder von morgens bis abends die Regierung kritisiert. Die Politiker werden an erster Stelle von den Medien, der Gesellschaft und verschiedenen Organisationen kritisiert. In den sozialen Netzwerken verbreiten sich Karikaturen, die die höchsten Repräsentanten des Staates verspotten. Ich lebe in einem Land, in dem das Gesundheitssystem und das Bildungssystem nicht gut funktionieren und die Innenpolitik lächerlich ist. Aber es ist immer noch so, dass wir frei unsere Meinung äußern können.

Diese Freiheit hat aber nicht für immer bestand. Vierzig Jahre lang wurde mein Land vom „Großen Bruder“ Russland regiert und unterlag einem kommunistischen Regime, das es den Menschen nicht erlaubte, sich frei zu äußern oder ihren Glauben zu praktizieren. Damals war ich allerdings noch ein Kind und war mir dieser Umstände nicht bewusst. Das Regime verbot vielen Autor:innen, ihre Bücher zu veröffentlichen. Ich kann mir absolut nicht vorstellen, dass so etwas heute passiert. Ich liebe es zu lesen

und wenn es in meinem Land verbotene Autor:innen gäbe, würde ich alles in meiner Macht stehende tun, um ihre Schriften zu finden und sie zu lesen.

HÄSSLICHE WAHRHEITEN

Mein Name ist Monika Nagyová, ich bin Premium-Bloggerin auf dem meistgelesenen meinungsbildenden Nachrichtenportal. In den siebzehn Jahren meiner Tätigkeit als Herausgeberin hat die Redaktion meines Verlags, der Tageszeitung SME, nicht ein einziges Mal etwas aus meinen Texten entfernt. Es stimmt, dass ich mich nicht auf politische Artikel konzentriere, sondern oft über die wenig schmeichelhaften Tatsachen berichte, unter denen die Menschen in diesem Land leiden. Ärztemangel, kaputte Straßen, Armut, schlechte Behandlung von älteren Menschen.

Ich schreibe auch darüber, dass diese Gesellschaft sich schwer tut, mit Nonkonformität oder besser gesagt mit dem „Anderssein“ zurechtzukommen. Wir schauen zum Beispiel auf Menschen herab, nur weil sie einen Psychiater aufsuchen. Eine Geschichte darüber zu erzählen, was nicht funktioniert, ist eine gute Möglichkeit, das Problem in das Unterbewusstsein der Öffentlichkeit zu bringen. Ich habe bis heute immer tolle Rückmeldungen von meinen Leser:innen bekommen.

Letztes Jahr habe ich mein erstes Buch veröffentlicht. Das Buch *Sídlisko* [Das Anwesen] spielt im größten Roma-Ghetto in Europa. Es befindet sich in der Stadt Košice in der Ostslowakei, wo etwa 6 000 Roma in einer Wohnsiedlung leben. Die Geschichte basiert auf einer wahren Begebenheit, und Kritiker:innen haben mein Buch als ein Sozialdrama eingestuft. Eine führende Soziologin sagte in ihrem Artikel über mein Buch, ich mache sichtbar, was wir nicht sehen wollen. Eine erschreckende Geschichte, die auf wahren Begebenheiten basiert.

IHNEN WERDEN GRUNDRECHTE VERWEIGERT

Die Einschränkung von Wasser und Wärme, die Verwüstung der Wohnungen und ihrer Umgebung ist ungeheuerlich. Außerdem sind häusliche Gewalt und patriar-

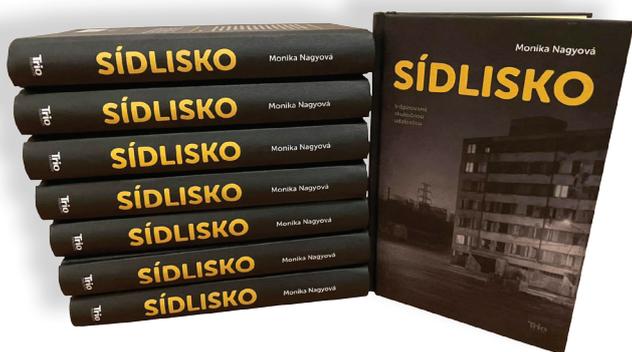




FOTO: VLADIMIR SIMICEK / AFP

chalische Hierarchie dort eine weithin akzeptierte Norm. Der Soziologe schreibt, dass dies nach Hunderten von Studien, Dutzenden von Aktionsplänen und ausgegebenen Millionen ein trauriger Zustand ist. Unser Land schafft es nicht, den Teufelskreis von generationenübergreifender Armut und sozialer Ausgrenzung der marginalisierten Roma zu durchbrechen. Viele Kinder, die ihrem Grundrecht der Schulausbildung nachgehen, nehmen diesen Weg hungernd auf sich. In dem Buch habe ich nicht nach einer Antwort auf die Frage gesucht, wer die Schuld trägt, ich habe einfach die Realität dargestellt.

Der Staat, aber auch die ganze Gesellschaft, die Minderheit, die Mehrheit und nicht zuletzt jeder Einzelne von uns, muss sich Gedanken darüber machen, wer dafür verantwortlich ist. Mir ist klar, dass mein Buch zu Zeiten des kommunistischen Regimes wahrscheinlich nicht veröffentlicht werden würde, weil es einem der größten Versager in diesem Land den Spiegel vorhält.

JOURNALISTEN HABEN SICH MOBILISIERT

Das Wichtigste habe ich bis zum Schluss behalten. Es war ein kalter Februar, Montag, der 26. Februar 2018. Ich kam zur Arbeit, machte mir einen Kaffee und schaltete den Computer ein. Ich kontrollierte mein E-Mail-Postfach und sah mir die Internetzeitungen an. Die Schlagzeilen lauteten: Journalist und seine Verlobte in der Slowakei ermordet.

Ich fühlte mich, als hätte jemand einen Eimer kaltes Wasser über mich geschüttet. Diese Nachricht rüttelte mich nicht nur aus meiner morgendlichen Routine auf, sondern auch aus der Apathie, in der ich seit Jahren lebte. Der Journalist hatte fünf Tage lang in einer Blutlache gelegen, und als er gefunden wurde, wurde er zum Helden der Slowakei. Ján Kuciak, ein moderner Ritter, der Daten nutzte, um die Wahrheit zu enthüllen. Ein talentierter Journalist, der von einem bewaffneten Mörder in seinem Haus zum Schweigen gebracht wurde. Er wurde erschossen, als er aus dem Keller nach oben kam, und seine Verlobte am Computer, wo sie gerade ein Kleid für ihre Hochzeit aussuchte.

Ich konnte mich auf nichts anderes mehr konzentrieren als auf diese abscheuliche Tat. Kollegen beschrieben den toten Journalisten als Workaholic, der es vorzog, den ganzen Tag am Computer zu sitzen und mit Kaffee an der Tastatur die Korruption in den höchsten Kreisen aufzudecken. Er verbrachte lange Tage damit, Grundbücher, Unternehmensregister und Steuererklärungen zu durchforsten. Sein Tod erschütterte die Slowakei. Wir gingen auf die Straße, demonstrierten und hörten uns Reden an, die von Tausenden von Menschen besucht wurden.

KORRUPTER REGIERUNG UND FURCHTLOSE JOURNALISTEN

Ich spürte, dass sich etwas Wichtiges abspielte, etwas, das den Lauf der Geschichte verändern würde. Damals glaubte niemand, dass der Mörder gefunden werden würde, aber alles begann sich zu ändern. Die Regierung, die hier zwölf Jahre lang regiert hatte, war durch und durch korrupt. Jeden Tag tauchten neue Fälle auf, sogar in Hülle und Fülle. Die Journalist:innen ließen sich nicht einschüchtern, sie wussten, dass ihre Arbeit eine einzigartige Mission war. Sie schlossen sich zusammen, sogar konkurrierende Redakteure, um der slowakischen Öffentlichkeit wichtige Informationen zu liefern. Daraufhin trat der Premierminister zurück, und seine 12-jährige Amtszeit endete aufgrund der seiner Korruptionsskandale mit der nächsten Wahl. Eine neue Regierung trat an, die die Menschen beruhigte. Alle Beweise deuten heute darauf hin, dass der Mord an Ján Kuciak von einem einflussreichen slowakischen Oligarchen angeordnet wurde.

Dreißeig Jahre nach dem Sturz des kommunistischen Regimes hatten wir aus den Augen verloren, wie wichtig die Meinungsfreiheit ist. Wir hatten uns vormachen lassen, dass Meinungsfreiheit in einer Demokratie eine Selbstverständlichkeit ist. Damit wir wachgerüttelt werden, mussten zwei unschuldige Menschen sterben. Wir haben ein Trauma erlebt, von dem sich die Slowakei lange Zeit nicht erholen wird. ■

** Blog yazarı ve Sıdlisko kitabının yazarı*



JONATHAN GORVETT *

Golfstaaten kein Ort für Pressefreiheit

Heutzutage gehört die Berichterstattung darüber, wie die BürgerInnen mit den steigenden Lebenshaltungskosten zurechtkommen, für viele JournalistInnen weltweit zum Alltag.

In den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) kann dies jedoch unerwartet schlimme Folgen haben.

Im Juni, als die Benzinpreise selbst in den ölreichen Emiraten in die Höhe schnellten, veröffentlichte die VAE-Zeitung Al-Roeya einen Bericht über knappe Emiratis, die im Oman billigeres Benzin kaufen.

„Es ist schwer, sich eine harmlosere Berichterstattung vorzustellen“, sagte Devin Kenny von Amnesty International gegenüber Journalist Post aus Beirut.

Was jedoch folgte, war eine Massenentlassung von ZeitungsmitarbeiterInnen und die plötzliche Schließung von Al-Roeya.

Die Geschichte fiel wahrscheinlich unter die drakonischen Medien- und Cyberkriminalitätsgesetze, die eine Strafverfolgung für alles zulassen, was das „Ansehen oder Prestige“ des Staates beeinträchtigt.

Derartige Strafgesetze sind in den Ländern des Golf-Kooperationsrates (GCC) - der sechs Nationen umfassenden Gruppierung von Emiraten und Königreichen, die sich entlang des Golfs von Kuwait über Bahrain, Katar, die Vereinigten Arabischen Emirate und Saudi-Arabien bis nach Oman erstreckt - nicht ungewöhnlich.

In letzterem befinden sich derzeit 26 JournalistInnen in Haft - die größte Zahl in allen GCC-Staaten -, und es gelten Gesetze, die „Blasphemie“, „Aufwiegelung zum Chaos“, „Schädigung des Ansehens des Königs und des Staates“ und „Gefährdung der nationalen Einheit“ unter Strafe stellen.

Selbst in Kuwait - lange Zeit eines der offensten Medienumfelder in der Region - gibt es Gesetze gegen die öffentliche „Beleidigung“ des Emirs oder des Staates. Darauf stehen zwingend fünf Jahre Gefängnis.

Auch jetzt verschlimmert der Krieg in der Ukraine nach Ansicht von Menschenrechtsgruppen die Situation, da er den öl- und gasreichen Staaten des Golfkooperationsrates (GCC) einen viel größeren Einfluss auf der Weltbühne verschafft hat - und insbesondere gegenüber den zeitweise kritischen westlichen Regierungen.

„Länder wie das Vereinigte Königreich und die USA haben einen großen Einfluss in einem Land wie Bahrain“, sagte Joey

Shea von Human Rights Watch (HRW) gegenüber Journalist Post. Doch „im Moment gibt es keinen politischen Willen für sie, dieses Druckmittel einzusetzen“.

Das Ergebnis ist eine kontinuierliche Verschlechterung der Medienfreiheit in der Region und ein wachsendes Selbstvertrauen der staatlichen Behörden, wenn es darum geht, Journalismus und Journalisten zum Schweigen zu bringen.

STAATLICHE KONTROLLE

Obwohl die Golfstaaten - mit Ausnahme von Saudi-Arabien - eine relativ kleine Bevölkerung haben, verfügen die meisten über eine große Anzahl von Medien.

In Kuwait zum Beispiel, das rund 4,2 Millionen Einwohner hat, gibt es 11 Tageszeitungen und drei Wochenzeitungen in arabischer Sprache sowie zwei weitere Tageszeitungen in englischer Sprache.

Doch trotz dieser Zahlen ist die Meinungsvielfalt in den lokalen Medien oft nicht gegeben. Staatliches Eigentum - oder Eigentum von Einrichtungen, die eng mit der Regierung und der herrschenden Familie verbunden sind - ist im Allgemeinen die Norm.

„Alle Zeitungen berichten in der Regel über Vorfälle wie Proteste, wobei sie sich auf anonyme Quellen der Regierung berufen und keine anderen Ansichten wiedergeben“, sagt Kenny.

Ein Beispiel ist die Berichterstattung über die jüngsten Proteste von Mitgliedern der staatenlosen Bidun-Gemeinschaft in Kuwait, die seit vielen Jahren Anerkennung und Staatsbürgerschaft fordern.

Nach einer solchen Demonstration am 26. August wurden 18 TeilnehmerInnen wegen der Teilnahme an einer „nicht genehmigten Demonstration“ strafrechtlich verfolgt - ein Verbrechen gegen die nationale Sicherheit in Kuwait.

Die lokale Tageszeitung Al-Qabas berichtete jedoch nur in zwei Sätzen über den Vorfall. Darin gab eine ungenannte „gut informierte Quelle“ die Entscheidung der Staatsanwaltschaft an, eine Reihe von „illegalen Personen“ festzunehmen.

Die meisten einheimischen JournalistInnen, die sich des Gesetzes und seiner harten Strafen bewusst sind, zensieren sich selbst, wenn es um die Berichterstattung über solche Vorfälle geht - obwohl beispielsweise in Saudi-Arabien auch offizielle Zensoren der Regierung in den Medien arbeiten, um die tägliche Einhaltung der Regierungslinie sicherzustellen.

Auch ganze Themenbereiche können tabu sein. „Themen wie Geschlecht und Sexualität gehören nach wie vor zu den prominentesten und am strengsten durchgesetzten roten Linien, die der Presse auferlegt werden“, so Pauline Adès-Mével, Mediensprecherin von Reporter ohne Grenzen (RSF), gegenüber Journalist Post.

Dies ist der Fall in Ländern, in denen es mehr Raum für die Berichterstattung gibt - wie in Kuwait - und in Ländern, in denen es praktisch keinen gibt, wie in Bahrain oder den VAE.

In den beiden letztgenannten Ländern sind Berichte über Menschen, die strafrechtlich verfolgt werden, weil sie versucht haben, etwas zu melden, oft der einzige Hinweis darauf, dass etwas passiert ist.

Am 24. Januar beispielsweise feuerten Houthi-Kräfte im Jemen zwei Raketen auf die Vereinigten Arabischen Emirate ab, die beide über den Emiraten abgeschossen wurden.

Über den Angriff selbst berichteten die lokalen Print- und TV-Medien zu diesem Zeitpunkt nicht, doch mehrere Emiratis filmten das Ereignis und veröffentlichten Videos davon auf Twitter.

Die offizielle Nachrichtenagentur der VAE, WAM, veröffentlichte daraufhin eine Warnung des Generalstaatsanwalts, dass diejenigen, die solche Videos veröffentlichen, „abschreckende rechtliche Maßnahmen“ riskieren.

Dies wurde der einzige offizielle Bericht über den Angriff, während die BürgerjournalistInnen, die die Videos in den sozialen Medien veröffentlichten, anschließend strafrechtlich verfolgt wurden.

AUSNAHMEN UND NORMEN

„In der Berichterstattung [in der Region] überwiegen die Aussagen der Regierung und die Lobeshymnen auf die Arbeit der Regierung“, sagt Kenny.

Doch der Golf war auch die Heimat einiger außergewöhnlicher Berichte.

Der in Katar ansässige und in Staatsbesitz befindliche Fernsehsender Al Jazeera berichtet regelmäßig kritisch über Nachrichten in anderen arabischen Ländern - auch in anderen Golfstaaten.

Als Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate, Bahrain und Ägypten 2017 die diplomatischen Beziehungen zu Katar abbrachen und ein Embargo gegen das Land verhängten, war die Schließung von Al Jazeera angesichts der kritischen Haltung des Senders eine ihrer Hauptforderungen.

Katar weigerte sich jedoch, den Sender zu schließen. Auch über die Ermordung des JournalistInnen und politischen Aktivisten Jamal Khashoggi durch saudische Sicherheitsbeamte im Jahr 2018 wurde ausführlich berichtet.

Ein ehemaliger leitender Redakteur von Al Jazeera English (AJE), der anonym bleiben möchte, sagte Ihrem Korrespondenten, als er 2007 anfang: „Mir wurde [von den katarischen Behörden] gesagt, dass wir überall und alles kritisieren könnten, nur Katar dürfe nicht erwähnt werden.“

Dies hat sich in letzter Zeit ein wenig geändert, da AJE vor kurzem einige Berichte über Arbeitsfragen im Vorfeld der diesjährigen FIFA-Weltmeisterschaft in Doha veröffentlicht hat - ein kontroverses Thema für die katarischen Behörden.

Die arabische Version von Al Jazeera hat solche Berichte jedoch nicht gebracht. In der Zwischenzeit wurde der Blogger Malcolm Bidali, der über die Rechte von ArbeitsmigrantInnen in Katar berichtet hatte, im Jahr 2021 strafrechtlich verfolgt, weil er angeblich „ausländische Gelder für die Verbreitung von Desinformationen“

erhalten hatte, was er bestritt. Bidali wurde daraufhin zu einer Geldstrafe verurteilt, durfte aber das Land verlassen.

An anderer Stelle, in Bahrain, hatte die Zeitung Al-Wassat über Fälle von Folter und Misshandlung durch die bahrainischen Behörden berichtet, als die Medien des Landes vor den Aufständen in der arabischen Welt im Jahr 2011 noch offener waren.

Diese Schockwelle veranlasste jedoch die repressiven Regime am Golf, hart durchzugreifen, so dass Al-Wassat behindert und schließlich 2017 geschlossen wurde.

„Oman, Saudi-Arabien und Bahrain sind die Schlusslichter der Rangliste“, sagt Adès-Mével. „Aufgrund der zunehmenden Überwachung und Einschüchterung von JournalistInnen ist es schwierig, aus diesen Ländern überhaupt verlässliche Informationen zu erhalten.“

BERICHTERSTATTUNG ZUR ABWECHSLUNG

In den letzten Jahren haben Menschenrechtsorganisationen fast durchgängig über eine Verschlechterung der Pressefreiheit in der Golfregion berichtet.

Von den 180 Ländern, die von der RSF beobachtet werden, rangiert Saudi-Arabien im Weltpressefreiheitsindex 2022 auf Platz 166, die VAE auf 138, Oman auf 163, Bahrain auf 167 und Kuwait auf 158. Mit Ausnahme von Katar, das 119 erreichte, schnitten alle Länder schlechter ab als 2021.

Die Berichterstattung über die Pressezensur in der Region ist jedoch spärlich und wird oft von positiven Berichten über die spektakulären Sportereignisse, die Architektur und den Tourismus in der Region überlagert.

Auch die Golfregime nutzen die sozialen Medien routinemäßig, um für sich zu werben und Oppositionelle zu jagen.

„Es ist wichtig, dass JournalistInnen in Europa die Rolle von Social-Media-Plattformen kritisch sehen“, sagt Adès-Mével, „und über Datenschutzverletzungen in diesen Ländern berichten.“

JournalistInnen in Europa sind gut positioniert, um über diese Art von Geschichten zu berichten und Druck auf Big-Data-Unternehmen auszuüben, damit diese die Privatsphäre von JournalistInnen im Internet respektieren.

Die Vereinigten Arabischen Emirate haben beispielsweise die israelische Spionagesoftware Pegasus eingesetzt, um jeden zu überwachen, von lokalen BürgerjournalistInnen bis hin zu kritischen Abgeordneten im britischen Oberhaus.

„Seit dem Ukraine-Krieg und dem Anstieg der Öl- und Gaspreise“, fügt Kenny hinzu, „hat man in den Vereinigten Arabischen Emiraten und anderen Golfstaaten das Gefühl, dass die Regierungen jetzt viel weniger Gefahr laufen, für ihre Repressionen kritisiert zu werden, da westliche Regierungen viel weniger bereit sind, sich zu äußern.“

Hinter den glitzernden Türmen, den Sportereignissen von Weltrang und den boomenden Öl- und Gasmärkten der Golfregion bietet sich also vorerst ein düsteres Bild. ■

** Jonathan Gorvett ist freiberuflicher Journalist, der seit den 1990er Jahren im östlichen Mittelmeerraum und im Nahen Osten lebt und über diese Regionen berichtet. In dieser Zeit hat er regelmäßig für Foreign Policy, Foreign Affairs, Asia Times, Al Jazeera English, den Boston Globe und viele andere Zeitungen und Zeitschriften in Europa, den USA und anderswo geschrieben.*



FOTO: GULSHANKHAN / AFP

Janna Jihad, die jüngste Reporterin über das Leben unter der Besatzung

„Ich wollte ein normales Leben führen“



LUCAS SIQUEIRA

Janna Jihad ist die jüngste palästinensische Journalistin, die die israelische Besatzung der besetzten palästinensischen Gebiete (TPO) dokumentiert. Im Alter von sieben Jahren wurde das Mädchen Zeugin der Ermordung ihres Onkels und ihrer Cousine durch die israelischen Besatzungstruppen (IOF). Seitdem hat sie begonnen, die Übergriffe der israelischen Soldaten in ihrem Dorf zu dokumentieren und zu melden.

„Wie jedes Kind wollte ich einfach nur ein normales Leben haben und mit meinen Freunden Fußball spielen können, ohne dass Tränengasbomben auf uns geworfen werden“, gesteht die Jugendliche.

Heute, im Alter von 15 Jahren, ist Janna gezwungen, täglich mit Drohungen gegen ihr Leben umzugehen, von denen einige mit Informationen über ihren Schulweg, die Nummernschilder der Autos ihrer Familie

und sogar ihre Adresse einhergehen. Das Mädchen, das im Westjordanland lebt, hat nicht einmal das Recht, sich zu verstecken, denn sie wohnt in dem Dorf Nabi Saleh, einem Gebiet, in dem die israelische Besatzung eine illegale Kolonie errichtet hat.

2017 erhielt Janna Jihad in Istanbul, Türkei, den International Benevolence Award. Sie erhielt den Preis für die Dokumentation der Menschenrechtsverletzungen an den Palästinensern.

Die Journalistin und Aktivistin ist davon überzeugt, dass ihre Generation die Generation des Wandels ist, die einen Unterschied machen und die notwendigen Veränderungen für eine bessere, freiere Welt herbeiführen wird und weiß, wie man die Menschenrechte achtet.

Janna schließt das Interview mit einer Botschaft an die jungen Menschen in Brasilien.

„Widerstand kann auf verschiedene Art und Weise geleistet werden, sei es durch Zeichnen, Malen, Tanzen, Singen oder durch die Organisation von Protesten - wir können all das tun und die Gelegenheit nutzen, um die Menschen auf die Ungerechtigkeiten in der Welt aufmerksam zu machen. Manche denken, das sei etwas Kleines, aber in Wirklichkeit ist es etwas Großes. Ich hoffe wirklich, dass wir zusammenkommen können, um diese Welt zu einem Ort der Gerechtigkeit, Gleichheit und Liebe zu machen. Wir müssen uns zusammenschließen, denn alle unsere Kämpfe sind miteinander verbunden.“

Wir müssen Palästina befreien, die Armut beseitigen und alle Formen von Ungerechtigkeit überall auf der Welt beenden, ob in Brasilien, Palästina, Amerika oder im Jemen.“

In diesem Interview, spricht sie über diesen Alltag, in dem die Häuser der Palästinenser bei Tagesanbruch ständig angegriffen werden und niemand zur Verantwortung gezogen wird.

Sie sind eine der jüngsten Journalistinnen der Welt. Was hat Sie motiviert?

Ich beschloss, Journalistin zu werden, als ich sieben Jahre alt war und feststellte, dass es nicht genug Journalisten gab, die über die Geschehnisse in meinem Dorf berichteten. Ich musste mit ansehen, wie ständig Menschen verhaftet, verletzt und sogar getötet wurden, nur weil sie versuchten, sich der Besatzung zu widersetzen.

Sogar mein Haus wurde mehrmals in der Nacht angegriffen. Wir wachten mit dem Geräusch von Gasbomben auf. - Wie kann ein Siebenjähriger all diesen Terror erleben? Was ist mit all diesen Verletzungen meiner Rechte als Kind?

Es tat mir so leid, dass ich versuchte, einen Weg zu finden, meine Gefühle mitzuteilen. Eines Tages marschierten wir bei einer Demonstration singend und mit unseren Fahnen in der Hand, und natürlich kamen die israelischen Besatzungstruppen, um die Demonstranten zu unterdrücken, da nahm ich das Handy meiner Mutter und fing an, sie aufzunehmen.

Das war der Weg, den ich fand, um meine Botschaft zu senden, als eines der Millionen palästinensischer Kinder, die unter einem Apartheidregime leben, das Verbrechen und Vergewaltigungen gegen uns Palästinenser begeht.

Was ist der Unterschied zwischen dir und anderen jungen Menschen auf der Welt?

Der Unterschied zwischen mir und den Kindern auf der ganzen Welt ist, dass ich Palästinenser bin. Das bedeutet, dass mein Land seit mehr als vierundsiebzig Jahren besetzt ist und dass ich mein ganzes Leben unter diesem Regime gelebt habe. Dasselbe Regime, das wenn nicht alle, so doch die meisten meiner Rechte verletzt. Es bedeutet, dass mein Leben direkt von der Besatzung betroffen ist.

Ich habe keine normale Kindheit gehabt. Ich habe miterlebt, wie meine Familie, Freunde und Nachbarn verletzt, verhaftet und getötet wurden. Ich war nie in der Lage, wie ein normales Kind zu leben. Ich habe mich in meinem eigenen Haus nie sicher gefühlt.

Es gibt so viele Unterschiede, Palästinenser zu sein, allein durch unsere Augen oder unsere Identität, die Tatsache, dass wir das nicht ändern können. Wir, selbst junge Menschen, werden als Bürger zweiter Klasse behandelt. Wir werden diskriminiert, nur weil wir Palästinenser sind.

Das ist der Unterschied: Sie versuchen, uns zu stoppen, weil wir versuchen, die Besatzung zu beenden, damit die nächsten Generationen von Kindern eine Kindheit erleben, die ich persönlich nicht erlebt habe.

Wie war es, in einem besetzten Gebiet aufzuwachsen?

Das Leben unter der Besatzung ist wie ein Massaker. Mein Dorf ist sehr klein und liegt direkt neben einer Siedlung im besetzten Westjordanland. Unser Leben wird täglich beeinflusst, wie das vieler anderer Kinder in vielen anderen Dörfern in Palästina.

Normalerweise wache ich zu früh auf, um zur Schule in Ramallah zu gehen, die etwa 30 Minuten von meinem Haus entfernt ist. Mehrere Male werde ich mitten in der Nacht von der IOF geweckt, die in unsere Dörfer eindringt und unsere Kinder terrorisiert. Ich wache auf, weil in der Nähe meines Fensters Gasbomben explodieren. Sie werfen die Menschen mitten in der Nacht aus ihren Häusern, nur um eine Person zu verhaften. Sie schlagen uns, setzen Pfefferspray ein und lassen uns

stundenlang auf der Straße warten, mitten in der Winterkälte. Sie tun dies, um uns Angst zu machen, als eine Form der kollektiven Bestrafung.

Das ist eine äußerst beängstigende Situation. Wenn man aufwacht, hört man Gasbomben und einen israelischen Soldaten, der in dein Haus eingebrochen ist. Sie wecken dich mit einem Gewehr in der Hand, so dass es sehr schwierig ist, danach zu schlafen. Das passiert normalerweise um 2 oder 3 Uhr morgens, so dass man bis sieben Uhr aufbleibt, um sich für die Schule fertig zu machen.

Um zur Schule zu kommen, brauche ich 30 Minuten mit dem Auto. Ich muss durch die Kontrollpunkte, wo sie unsere Identitäten überprüfen. Manchmal stellen israelische Soldaten auch Sperren auf irgendwelchen Straßen auf. Wenn diese Sperren geschlossen sind, müssen wir einen anderen Weg nehmen, der bis zu dreieinhalb Stunden dauern kann. Ich könnte in 30 Minuten an meiner Schule sein, wenn es keine Kontrollpunkte gäbe.

Neben meiner Schule befindet sich eine israelische Siedlung, in der es viele Demonstrationen gibt, so dass wir die Fenster wegen des Gasgeruchs nicht öffnen können.

Zu Hause ist es auch schwierig, zu lernen, weil draußen ständig etwas passiert. Ich liebe es, mit meinen Freunden Fußball zu spielen, aber wenn einer von ihnen einen Soldaten sieht, fangen sie an, mit Steinen zu werfen, dann fangen die Soldaten an, Dinge auf uns zu werfen, und so wiederholt sich der Kreislauf.

Wir sind jeden Tag mit so vielen Dingen konfrontiert. Man kann nichts erwarten. Man kann keine Pläne machen, weil man nicht weiß, was das nächste Mal passieren wird. Ich kann jederzeit an einem Kontrollpunkt verhaftet werden oder ein Soldat kann zu meinem Haus kommen, um mich zu verhaften oder zu töten, ohne dass ich dafür verantwortlich gemacht werden kann. Tatsache ist, dass sie tun können, was sie wollen, nur weil ich Palästinenserin bin.

Glauben Sie, dass Sie Journalistin geworden wären, wenn Sie in einem anderen Land aufgewachsen wären?

Es ist schwer, sich vorzustellen, dass ich nicht in Palästina lebe, denn mein Leben ist, wie ich schon sagte, so anders als das anderer Menschen. Für mich ist es sehr einfach, mir ein freies Palästina vorzustellen. Ich frage mich, wie ich in einem freien Palästina aufgewachsen wäre.

Natürlich ist Palästina nicht die einzige Form der Ungerechtigkeit, die in der Welt herrscht. Sie wissen, dass der Kapitalismus uns seit vielen Jahren beeinflusst, mit so vielen Formen der Kolonisierung und so vielen Formen der Ungerechtigkeit, die gegen so viele Gruppen von Menschen auf der ganzen Welt ausgeübt werden. Deshalb wollte ich einen Beruf wählen, der mir helfen würde, diese Botschaft zu vermitteln.

Bevor ich Journalistin wurde, wollte ich Fußballspielerin oder Künstlerin werden. Ich wollte so viele verschiedene Dinge sein.

Ich liebe und schätze die Tatsache, dass ich durch den Journalismus eine Botschaft vermitteln kann, aber ich hatte erwartet, dass dies unter anderen Umständen geschehen würde, anstatt all die Ängste und Traumata, die ich erlebt habe, in die Welt zu tragen.

Wer inspiriert Sie als Journalistin?

Eine meiner größten Inspirationen, bevor ich Journalistin wurde, war mein Onkel Bilal Tamimi. Er hat mich zu den Demonstrationen mitgenommen, seit ich 3 Jahre alt war. Er war der einzige in meinem Dorf, der eine Kamera besaß und die Besatzung dokumentierte. Ihm nahe zu sein, hatte natürlich einen großen Einfluss. Mir wurde klar, dass die Kamera wirklich eine sehr klare und wahre Botschaft vermitteln kann. Wie so viele andere bin ich von ihm inspiriert, aber er ist die erste Person, die mir in den Sinn kommt. ►

► **Was hat sich in Ihrem Leben geändert, seit Sie über die Gewalt der israelischen Besatzungstruppen (IOF) gegen die Palästinenser berichten?**

Seit ich Journalistin bin, hat sich so vieles in meinem Leben verändert. Durch den Journalismus kann ich mit meinen Videos und Botschaften viele Menschen auf der ganzen Welt erreichen, aber natürlich hat alles seinen Preis. Ich werde so oft angegriffen und bedroht. Einmal, als ich 11 Jahre alt war, gab es in Israel einen Bericht, in dem es hieß, ich sei die nächste Bedrohung für Ihr Land. Ein Internet-Kanal veröffentlichte den Bericht und fragte: Wie können wir das verhindern? Danach habe ich viele Drohungen erhalten: Das ist dein Haus. Das ist dein Auto. Das ist dein Weg zur Schule. Wir werden sie töten und verbrennen, wie die Familie von Dawabcheh.

Ich habe große Angst um mein Leben, und dass ich Journalistin bin, hat daran nichts geändert, denn ein palästinensisches Kind ist nicht einmal in seinem eigenen Haus sicher.

Die Familie Dawabcheh wurde bei einem von israelischen Siedlern in der TPO verursachten Brand in ihrem eigenen Haus lebendig verbrannt. Unter den Opfern waren Vater, Mutter und ein 18 Monate altes Baby. Der einzige Überlebende des Anschlags war Ahmed, der damals vier Jahre alt war.



Was denkt Ihre Familie über Ihren Beruf? Unterstützen sie Sie? Haben sie Angst?

Meine Mutter und meine ganze Familie unterstützen mich immer sehr und helfen mir auf jede erdenkliche Weise, aber natürlich sind sie immer noch meine Familie, und deshalb haben sie Angst um mich. Wie alle Eltern, die sich um ihre Kinder kümmern, haben sie Angst, aber da wir nicht schweigen können, wissen sie, dass wir etwas tun müssen, um die aktuelle Situation zu ändern.

Was ist für Sie die Schwierigkeit, aus Palästina zu berichten?

Für jeden, der versucht, die Verbrechen der israelischen Besatzung aufzudecken, ist es extrem schwierig, als Journalist zu arbeiten. Die Besatzung ist leider sehr mächtig. Sie werden versuchen, jeden zum Schweigen zu bringen, der

versucht, Widerstand zu leisten. Ich selbst wurde verhört, als ich 12 Jahre alt war.

Als sie mein Haus betraten und ich anfing, live zu filmen, versuchten sie, mir die Kamera wegzunehmen oder sie zu zerstören. In einigen Videos kann man sehen, wie sie versuchen, mir die Kamera wegzunehmen.

Natürlich sind meine Rechte nicht die einzigen, die verletzt wurden. Viele Plattformen, soziale Medien und Webseiten derjenigen, die die Besatzung anprangern, werden "gehackt". Viele Videos werden mit der Begründung entfernt, sie entsprächen nicht den Gemeinschaftsrichtlinien. In Wirklichkeit verstoßen sie gegen die Richtlinien der Gemeinschaft, da die israelische Propagandamaschine extrem mächtig ist und jeden angreift, der versucht, sich der Besatzung zu widersetzen.

Haben Sie Angst davor, dass Soldaten Sie verhaften oder Ihnen etwas antun?

Ich bin ein Kind, jemand, der Ängste und Gefühle hat, wie jeder andere Mensch auch, aber ich kann mich nicht von meinen Ängsten beherrschen lassen, sonst könnte ich nicht weitermachen. Ich werde nicht zulassen, dass die Angst mich kontrolliert.

Ich habe Angst davor, verhaftet zu werden. Stell dir vor, in einem israelischen Gefängnis zu sitzen bedeutet, dass du keine Rechte mehr hast. Du wirst so vielen Formen der psychischen und physischen Folter ausgesetzt sein. Du wirst verhört und kannst nicht mit der Außenwelt, mit deinen Eltern, mit deiner Familie kommunizieren.

Was sind Ihre Pläne für die Zukunft?

Ich träume zunächst davon, die Oberschule abzuschließen, ich bin noch in der zehnten Klasse. Danach möchte ich etwas wie Politikwissenschaften oder etwas anderes studieren, das meinen Journalismus verbessert.

Da ich mich für viele Dinge interessiere, hoffe ich, einen Beruf zu finden, der mir hilft, alle Formen von Ungerechtigkeit auf der Welt zu bekämpfen.

Ich hoffe, dass ich aufs College gehen und Palästina in Freiheit sehen kann.

Ich hoffe auf ein freies Palästina, in dem ich alle meine Rechte frei ausüben kann. Ich möchte an den Strand gehen können, um das Mittelmeer bei Sonnenaufgang zu sehen. Wir können nicht dorthin gehen, weil die Israelis es uns nicht erlauben. Ich hoffe, ich kann nach Jerusalem und zur Al-Aqsa-Moschee gehen. Ich hoffe, dass die Menschen leben können und dass ihre Rechte respektiert werden und sie keine Angst haben müssen. Ich hoffe, dass die Menschen herumlaufen können, ohne Angst haben zu müssen, verhaftet oder getötet zu werden und am Ende als Kleinanzeige in den Zeitungen zu landen.

Ich hoffe, dass mein dreijähriger Cousin die Kindheit erleben kann, die ich nicht erlebt habe. Ich hoffe, er kann glücklich sein und Fußball spielen, ohne dass die israelischen Soldaten ihre Gasbomben abwerfen.

Ich hoffe, dass niemand mehr mit ansehen muss, wie seine Familienmitglieder vor seinen Augen getötet werden. Ich hoffe, dass niemand mehr gezwungen sein wird, das palästinensische Blut zu sehen, das überall vergossen wird.

Ich hoffe wirklich, dass Palästina von der israelischen Besatzung befreit wird. ■



OLGA MYROVYCH *

Wie Medien während des Krieges wirksam sein können

Der groß angelegte russische Einmarsch in der Ukraine hat JournalistInnen vor die Wahl gestellt, wer in diesem Krieg sein soll.



an kann sich auf einen Krieg vorbereiten, aber der Krieg erwischt einen trotzdem immer unvorbereitet. So erging es Tausenden von JournalistInnen am frühen Morgen des 24. Februar 2022, als die ersten russischen Raketen friedliche ukrainische Städte trafen.

Der russische Einmarsch in der Ukraine hat die JournalistInnen vor die Wahl gestellt, wer sie in diesem Krieg sein sollen: ein fürsorgliches Familienmitglied, das für die Sicherheit seiner Kinder oder älteren Eltern sorgt, ein Freiwilliger, der sein Land in den Streitkräften verteidigt, oder ein Medienprofi, der seinem Publikum zuliebe berichtet. Diejenigen, die sich dafür entschieden haben, in ihrem Beruf zu bleiben, wurden über Nacht zu Kriegsberichterstatern. Nicht alle von ihnen gingen an die Front, aber alle begannen, über den Krieg zu berichten.

Informationen stießen ebenso aufeinander wie Soldaten

Medien im Krieg haben das Privileg, aber auch die Pflicht, die Realität zu dokumentieren. Um diese Aufgabe zu erfüllen, müssen JournalistInnen zumindest am Leben bleiben. Die ersten Tage der umfassenden Invasion haben eine kalte, harte Tatsache offenbart: Die ukrainischen Medien sind für das russische Militär ein ebenso wichtiges Ziel wie die ukrainischen Streitkräfte. Die Russen schlugen Fernsehtürme ein, schalteten das Internet ab, zerstörten die Redaktionen und nahmen Journalisten gefangen. Die Informationssperre verwandelte die besetzten Gebiete fast in eine Nachrichtenwüste, barg aber auch die Gefahr, dass die russischen Kriegsverbrechen für die Welt unsichtbar blieben. Beide Herausforderungen sind gleichermaßen schwierig. In beiden Fällen übernahmen ukrainische Journalisten die Verantwortung für die Bewältigung dieser Herausforderungen.

Sie haben wahrscheinlich die dramatischen Bilder gesehen, die Mstyslav Chernov und Evgeniy Maloletka im besetzten Mariupol gemacht haben. Sie hielten sich 20 Tage lang in der belagerten Stadt auf und dokumentierten die Zerstörung der einst wunderschönen ukrainischen Hafenstadt und den von der russischen Armee verübten Völkermord an ihrer Bevölkerung. Viele weitere Beispiele für Mut, Hingabe und

Engagement sind später bekannt geworden. Diejenigen, die sich noch in den vom Feind eingenommenen Gebieten aufhalten und sich der Gefahr von Gefängnis und Folter aussetzen, geben die Informationen anonym an ihre Kollegen in der Öffentlichkeit weiter. Diejenigen, die Tage und Nächte damit verbringen, mit Hilfe von OSINT-Analysetools die russischen Soldaten und ihre Befehlshaber zu identifizieren, die den Befehl zur Ermordung von Zivilisten in Bucha, Hostomel, Izium und Dutzenden anderen Städten und Dörfern im ganzen Land gegeben haben. Diejenigen, die die Gedenkstätte für die Kriegsoffer täglich mit neuen Profilen aktualisieren, die ihre Geschichten an die Öffentlichkeit bringen, damit wir uns für immer an sie erinnern. Diejenigen, die den Überlebenden eine Stimme geben und an diejenigen erinnern, die auf Befreiung hoffen und nicht aufgeben. Diejenigen, die ihre Social-Media-Seiten, Podcasts und Blogs in Nachrichtenseiten verwandelt haben, um der internationalen Gemeinschaft Fälle von Mut und Verzweiflung mitzuteilen, die an der Frontlinie des Kampfes zwischen Freiheit und Untergang nebeneinander bestehen.

WIR HABEN DEN PREIS DER WAHRHEIT MIT DEM LEBEN UNSERER FREUNDE BEZAHLT

Da der Krieg eine existenzielle Bedrohung für die offene Gesellschaft darstellt, verdeutlicht er die wahren Werte, die ihr zugrunde liegen. Als dieser Artikel geschrieben wurde, wurden in der Ukraine acht Journalisten in Ausübung ihrer Pflicht getötet. Das ist der Preis, den die Medien für die Möglichkeit zahlen, die Wahrheit über Russlands Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu sagen. Was wäre, wenn die Medien ihre Pflicht aufgeben würden? Kriegsverbrechen lieben das Schweigen, und schweigende Zeugen stellen keine Bedrohung dar. Dank der täglichen Leistung von Journalistinnen haben wir noch Hoffnung auf Gerechtigkeit. ■

** Olga Myrovykh ist eine ukrainische Medienexpertin und leitet die NGO Lviv Media Forum, eine Dachorganisation, die Medienfachleute aus der Ukraine und dem Ausland vereint.*



SERHIY TOMILENKO *

Journalisten sind wichtig!

Jeder Tod im Krieg ist eine schreckliche Tragödie, die mit irdischen Werten nicht zu messen ist. Aus diesem Grund sollen wir den ausländischen Journalisten, die wissentlich und bereitwillig in die Ukraine gekommen sind, um ihren Beruf auszuüben, und dabei ihr Leben riskieren, großen Respekt und sind ihnen zu Dank verpflichtet. Sie erfüllen die äußerst wichtige Aufgabe, die Welt über die Zustände in unserem Land zu informieren.

Der wichtigste Slogan unserer Presseorganisation in den letzten Jahren lautet: Journalisten sind wichtig! Dieser Slogan entstand in der Zeit des globalen Traumas der COVID-19-Pandemie, als sich die Menschen in ihren Häusern verschanzten, Ärzte und andere Notdienstmitarbeiter und Journalisten ihre Aufgaben erfüllten.

Heute, in der Ukraine, hat der Slogan „Journalisten sind wichtig!“ eine neue Bedeutung: Ohne die enge Zusammenarbeit der Medien hätte die Welt nichts von den Raketenangriffen, Folterungen und Morden erfahren, denen das ukrainische Volk ausgesetzt ist.

Von den ersten Tagen an, als die Bombardierung der ukrainischen Städte begann, haben die Invasoren, das friedliche ukrainische Volk massakriert, einfach mit der Begründung, dass es Ukrainer seien. In diesen schwierigen Momenten ging die Nationale Gesellschaft der Journalisten der Ukraine (NSJU) zum „Hotline“-System über. Die NSJU hat Hunderte von verzweiferten Anrufen von Kollegen erhalten, die ihr Zuhause, ihren Arbeitsplatz, ihre Existenz und ihre Karriere verloren haben.

Mit der Unterstützung internationaler Journalistenorganisationen leistete die Gesellschaft ihren vom Krieg betroffenen Kollegen auf verschiedene Weise Hilfe. Neben Hilfen wie der Evakuierung aus den von

den Russen besetzten Städten, der Unterbringung in weit von den Stadtzentren entfernten Gebieten, der Verlegung von Nachrichtenzentren an sichere Orte, der Einrichtung neuer Nachrichtenzentren und der Unterstützung mit technischen Fahrzeugen wurde auch finanzielle Hilfe geleistet. Die NSJU unterstützte Journalisten, die während der russischen Angriffe in die Reihen der ukrainischen Verteidigungskräfte eingetreten waren, sowie die Familien von Kollegen, die bei den Angriffen ums Leben kamen.

Gleichzeitig trägt der Slogan „Journalisten sind wichtig“ auch Leiden in sich. Seit Beginn des großen Krieges in der Ukraine sind 39 Journalisten den russischen Angreifern zum Opfer gefallen. Darunter sind die Ukrainer Jewgenij Sakun, Olexandra Kuvshinova, Maksim Levin, der Amerikaner Brent Renault, der Ire Pierre Zakrzewsky, die Russin Oksana Baulina, der Litauer Mantas Kvedaravicius, der Franzose Frédéric Leclerc-Imhoff.

RUSSISCHE PROPAGANDISTEN VOR GERICHT STELLEN

Journalisten wurden zur offenen Zielscheibe der Russen. Viele unserer Kollegen wurden von den Invasoren vorsätzlich getötet, indem sie sie in den Vororten von Kiew, Buca und Irpin ins Visier nahmen. Die

Besitzer wissen, dass Journalisten die von ihnen begangenen Gräueltaten dokumentieren. NSJU arbeitet weiterhin mit dem Internationalen und dem Europäischen Journalistenverband (IJF und EJF), dem in den USA ansässigen Komitee zum Schutz von Journalisten (CPI) und der UNESCO zusammen, um Verbrechen gegen Journalisten aufzuzeichnen.

Die Gesellschaft hat die Initiative ergriffen, ein Sondergericht einzurichten und Russland für die Ermordung von Journalisten in der Ukraine zu bestrafen. Wir fordern, dass die russischen Propagandisten, die Feindschaft und Hass gegen die Ukraine und demokratische Länder schüren, vor Gericht gestellt werden.

Jeder Kriegstote ist eine schreckliche Tragödie, die sich nicht mit irdischen Werten messen lässt. Aus diesem Grund zollen wir ausländischen Journalisten, die wissentlich und bereitwillig in die Ukraine gekommen sind, um ihren Beruf auszuüben, und dabei ihr Leben riskieren, großen Respekt und sind ihnen dankbar. Sie erfüllen eine äußerst wichtige Aufgabe, um die Welt über die Zustände in unserem Land zu informieren.

Das deutlichste Beispiel dafür, dass die Besitzer Journalisten als Bedrohung ansehen, sind die zahlreichen Repressionen gegen unsere Kollegen in den besetzten Gebieten. So wurde beispielsweise der Journalist Oleg Baturin aus der Region Cherson gefoltert und acht Tage lang gefangen gehalten, ohne dass er seine Familie treffen und Medikamente einnehmen durfte.

DIE FAMILIEN DER JOURNALISTEN WERDEN ALS GEISELN GENOMMEN

Die Wohnungen der Journalisten werden durchsucht, ihre Computer und Kommunikationsgeräte werden beschlagnahmt. Viele unserer Kollegen können nicht in ihren eigenen Wohnungen leben. Sie verstecken sich bei engen Bekannten oder Verwandten. Doch auch diese werden ins Visier genommen. So haben die Angreifer beispielsweise den jüngeren Bruder des Journalisten Kostiantin Rijkenko verhaftet, weil sie ihn zu Hause nicht finden konnten.

Die Russen bieten den Journalisten an, entweder den Mund zu halten oder Propagandisten ihrer Sache

zu werden. Ein schreckliches Beispiel für diese Unterdrückung fand in Melitopol statt. Kurz nachdem die Stadt in die Hände der Invasoren gefallen war, durchsuchten die Russen die Wohnung von Svitlana Zalizetska, der Chefredakteurin der lokalen Nachrichten-seite „Ria-Melitopol“, die online veröffentlicht. Als sie unseren Freund nicht finden konnten, nahmen sie seinen 75-jährigen älteren Vater als Geisel und sperrten ihn im Keller ein. Dann riefen sie seine Tochter an und boten ihr an, dass ihr Vater freigelassen würde, wenn er bereue und kooperiere.

Eine kugelsichere Weste mit der Aufschrift „PRESS“ ist der Sicherheitsstandard für einen Journalisten. Mit Unterstützung internationaler journalistischer und humanitärer Organisationen, vor allem der UNESCO, der IJF und der EJF, stellt die NSJU ihren Kollegen, die in gefährliche Gebiete der Ukraine reisen, Sicherheitsausrüstungen und medizinische Hilfsmittel zur Verfügung. Darüber hinaus hat die NSJU mit Unterstützung der IJF ein Netzwerk von Solidaritätszentren in der Ukraine eingerichtet, in denen Journalisten, die gezwungen waren, ihre Heimat zu verlassen, Schutz, Unterstützung und Hilfe finden können. Neben der Bereitstellung materieller und technischer Hilfe bieten diese Zentren den Journalisten Sicherheit, Digitalisierung der Massenmedien usw. und führen Schulungen zu bestimmten Themen durch.

Das Journalisten-Solidaritätszentrum ist in sechs Städten der Ukraine tätig – Kiew, Lemberg, Iwano-Frankiwsk, Czernowitz, Dnipro und Saporischschja. Unsere Hauptaufgabe besteht darin, die Bedürfnisse möglichst vieler Medienmitarbeiter zu erfüllen und ihnen zu helfen, ihren Beruf weiter auszuüben.

Als NSJU möchten wir unseren Kollegen in anderen Ländern und internationalen Organisationen unseren aufrichtigen Dank für ihre Unterstützung unseres Landes und der ukrainischen Journalisten in schwierigen Kriegszeiten aussprechen. Wir hoffen, dass diese Unterstützung auch weiterhin anhalten wird. ■

**Präsident der Nationalen Journalistengesellschaft der Ukraine (NSJU)*

Ukraine
Deutschland

Masha Efrosinina

ICH BIN EINE LEBENDE TOTE

Ich habe das Gefühl, dass die friedliche Masha in einem dunklen Loch steckengeblieben ist und hilflos weint.



YÜKSEL DURGUT

Masha Efrosinina ist ein Superstar in der Ukraine. Die 43-jährige Journalistin ist eine der bekanntesten Fernsehmoderatorinnen in ihrem Land. Sie hat Millionen von FollowerInnen in den sozialen Medien. Die von ihr veröffentlichten Nachrichten erreichen ein großes Publikum. Efrosinina spielte in 20 verschiedenen Fernsehsendungen, einem Theaterstück und fünf Filmen mit und moderierte den 50. Eurovision Song Contest vor 150 Millionen europäischen FernsehzuschauerInnen in Kiew. Sie besitzt ihre eigene Modemarke und ist die erste weibliche UN-Sonderbotschafterin in der Ukraine. Sie ist nicht nur in ihrem Beruf, sondern auch in der Welt des Ruhmes aufgestiegen, so ist sie beispielsweise das begehrte Gesicht der Modezeitschrift Elle. Auch Efrosininas Familienmitglieder sind einflussreiche Persönlichkeiten in der Ukraine. Ihr Ehemann Timur Khromayev ist ein ehemaliger Minister, und ihre Schwester ist die Ehefrau des ehemaligen Präsidenten Viktor Yushchenko.

Wir trafen sie in München, Deutschland, wo sie um Asyl suchen musste. Unser Gespräch mit Masha fand in einer emotionalen Atmosphäre statt. Sie ist mit ihrem Sohn und ihrer Tochter nach Deutschland geflüchtet. Ihre Augen füllten sich jedes Mal mit Tränen, wenn sie von ihrem Ehemann, den sie zurückgelassen hatte, ihrem luxuriösen Leben, ihrer journalistischen Karriere und ihrer Popularität erzählte. Wir sprachen mit Mascha Efrosinina über geplatze Träume und Pläne für das Leben im Exil.

Die erste Schockwelle des Krieges ist vorbei. Was hat sich in der Ukraine in dieser Zeit verändert? Wie ist die Situation jetzt?

Das ist eine schwierige Frage, die sich nicht so schnell beantworten lässt. Meine Sichtweise hat sich im Laufe der Zeit sehr verändert. In den ersten Tagen des Krieges war ich in einer gemischten Stimmung. Wir erlebten Emotionen, mit denen wir nur schwer leben konnten und die wir nie gekannt hatten. Ich hätte nie gedacht, dass Menschen so viel Hass empfinden können. In der ukrainischen Bevölkerung machten sich Panik, Angst und Anspannung breit, weil sie mit den Ereignissen nicht gerechnet hatten. Die Erwartung der Menschen, dass in der Ukraine nichts passieren würde, war sehr stark.

Ich erinnere mich an die Tage, als der Krieg in aller Munde war. Können Sie sich vorstellen, dass kurz zuvor Panzer in Kiew einfuhren? „Das ist ein Witz. Das ist eine Stadt mit 5 Millionen Einwohnern, können da wirklich Panzer reinkommen?“, fragten wir uns gegenseitig. Als ob nichts geschehen wäre, habe ich meine Fernsehsendungen fortgesetzt und meine Kinder sind zur Schule gegangen. Unsere Stimmung hat sich nicht auf einmal verändert, vielleicht waren wir nur ein wenig ruhiger als vorher. Es war wie die Ruhe vor dem Sturm. Aber diese Stille endete um fünf Uhr morgens mit dem Geräusch von Explosionen.

Wie haben sich die Explosionsgeräusche inmitten der Schlacht auf Sie ausgewirkt?

Im November erhielten wir die Nachricht, dass russische Truppen an der Grenze angekommen waren. Dies war das erste Geräusch von Schritten des Krieges. Die Themen, die bei den Treffen der Freunde be-

sprochen wurden, änderten sich. Die Männer begannen, über den Krieg zu sprechen. Ich hatte zu dieser Zeit viel zu tun mit den Neujahrsveranstaltungen. Ich hatte einen Job, bei dem ich viel reisen musste. Ich hatte viel mit meinen Konferenzen, Filmaufnahmen und mit meinen Fans zu tun. Wir hatten eine Menge neuer Inhalte für meinen Youtube-Kanal geplant. Es gab keine Veranstaltung, die wir im Januar nicht besucht haben, keine Stadt, in der wir nicht waren.

Die Wintermonate sind in der Ukraine sehr kalt, deshalb reist man in den Wintermonaten an wärmere Orte. Das ist auch unsere Tradition. Aber wir sind nirgendwo hingefahren, weil mein Mann der Meinung war, dass es dieses Jahr nicht der richtige Zeitpunkt sei. Mit dem Monat Februar begann wieder die Hochsaison in meinem Arbeitsleben.

Hatten Sie schon einmal einen schrecklichen Traum? Wenn man aus einem schlechten Traum aufwacht, fragt man sich, ob man noch träumt. So habe ich mich in diesem Moment gefühlt. Man kommt aus diesem Albtraum nicht mehr heraus und wird die Wirkung lange nicht los. Wenn man aus einem Alptraum mit Explosionsgeräuschen aufwacht, merkt man, dass man nicht im Traum ist. Aber Sie wünschen sich, dass das, was passiert ist, ein Traum war. Man kann es nicht mit dem Verstand, nicht mit dem Herzen begreifen. Man kann es viel tiefer spüren. Das ist ein Gefühl, dass alles vorbei ist, aber es gibt wenig Hoffnung, dass es besser wird. Aber das Ende meiner Hoffnungen ist gekommen.

Unsere neue Realität begann im Februar. Unser Haus begann sich zu füllen. Unsere Freunde kamen zu Besuch. Mein Mann bat mich, Bekannte anzurufen, die im Ostteil der Stadt wohnen. Er dachte, sie wären bei uns in Sicherheit.

Mein Telefon klingelte ständig. Alle Fernsehsender wollten live senden. Ich wusste nicht, was ich während der Übertragungen sagen sollte, ich konnte nur weinen und sagen, dass ich Angst hatte. Ich konnte in den Fernsehübertragungen sehen, wie entsetzt meine Kollegen waren. Ich kann mich nicht mehr genau erinnern, was danach passierte.

Auch während des heißen Krieges haben Sie weiter als Journalistin gearbeitet. Und jetzt sind Sie ein Flüchtling in Deutschland. Wie geht es Mascha jetzt? Was macht sie?

Ich habe das Gefühl, dass die Friedliche Mascha in einem dunklen Loch steckengeblieben ist und hilflos weint. Denn bei allem, was ich in meiner journalistischen Laufbahn getan habe, bei meinen Interviews, in meinem Leben, in meinen Beziehungen, standen meine Gefühle immer im Vordergrund. Menschen, die mich kennen, wissen, dass ich emotional bin. Aber ich weiß nicht, wie ich es im Moment erklären soll, aber jetzt bin ich ein lebender Toter.

Alle meine Emotionen waren auf einmal wie gelähmt, und es war, als wäre ich in einer tiefen Grube verschwunden. Trotzdem bin ich nicht blind für die aufgehende Sonne, für den Himmel um mich herum. Und das gibt mir immer noch Hoffnung. Denn ich habe die Einigkeit des ukrainischen Volkes in der schwierigsten Zeit gesehen, die starke Haltung der Frauen. Diese Solidarität zwischen den Menschen war wirklich unglaublich. Die Einheit des Volkes von den ersten Momenten des Krieges an zu sehen, überstieg selbst meine Träume.

Als ich den Krieg hinter mir ließ und mich mit meinen Kindern auf den Weg nach Westen machte, wetteiferten Tausende meiner Anhänger, die ich nicht kannte und die mich nur im Fernsehen beobachteten, miteinander, um eine Tasse Tee anzubieten oder eine Unterkunft zu finden. Da die Russen die Straßen blockierten, konnten wir selbst kurze Strecken in 3-5 Tagen zurücklegen. Jede Nacht verbrachten wir an einem anderen Ort. Wir schliefen zusammen auf dem Boden mit Familien, die wir nicht kannten. Wir konnten nicht wissen, wie wir zusammen halten können, ohne diese Schwierigkeiten erleben. ►



MEINE TOCHTER WURDE AN DEM TAG, ALS DER KRIEG BEGANN, 18

Die USA erklärten, dass die russischen Truppen am 16. Februar mit ihren Angriffen beginnen werden. Meine Tochter erzählte mir die Nachricht: „Mama, ich habe an diesem Tag Geburtstag. Ich werde 18.“ Und ich sagte ihr: „Der Krieg wird nicht beginnen.“ Ich konnte die Nachricht, dass der Krieg vor der Tür stand, nicht glauben. Als ob nichts geschehen wäre, feierten wir am 16. Februar den Geburtstag meiner Tochter. Wir hatten einen wunderschönen Tag. Am Morgen ging ich wieder zur Arbeit. Bis zum 23. Februar habe ich bis Mitternacht für meine Comedy-Show gedreht. Mein Mann und Freunde kamen an diesem Tag zu meiner Show. Es war ein lustiges Programm. Mein Mann erzählte mir, dass die Atmosphäre auf dem Rückweg sehr ambivalent war. Er sagte, wir sollten unsere Pässe und Notfalltaschen einpacken, falls etwas passieren sollte. Ich wusste nicht, was ich da reinpacken sollte. Am nächsten Morgen, als ich Sirenen hörte, begann ich, die Taschen vorzubereiten. Alles änderte sich augenblicklich.

ICH WOLLTE ANSTELLE MEINES MANNES IN DER UKRAINE BLEIBEN

Die von mir geposteten Unterstützungsbotschaften waren an die Russen gerichtet. Ich glaubte nämlich, wenn Millionen von Menschen auf die Straße gingen, würde Putin nichts tun können. Mein Mann wurde nach einiger Zeit zur Armee eingezogen. Die Mobilisierung betraf vor allem die Kinder. Wir hatten keine andere Wahl, als das Land zu verlassen. Auch ich wollte in meinem Land bleiben. Ich sagte meinem Mann, er solle mit den Kindern nach Westeuropa gehen. Ich wollte stattdessen bleiben. Nach dem Gesetz dürfen Männer das Land nicht verlassen. Es war eine sehr schwierige Entscheidung für uns, aber wir sind mit dem Gedanken an unsere Kinder ausgewandert.

► Sie waren auf dem Weg, dem Krieg zu entfliehen, aber Sie mussten das Land verlassen. War das von Anfang an dein Plan?

Nein. Wir hatten nur vor, in den Westen der Ukraine zu gehen. Wir hatten nie vor, das Land zu verlassen. Wir verbrachten 4 Wochen mit unseren Kindern in Lviv. Während dieser Zeit habe ich mich freiwillig gemeldet, um Flüchtlingen zu helfen. Ich habe Hilfsvideos auf meinen Konten in den sozialen Medien veröffentlicht. Ich habe Hunderte von Interviews in der ganzen Welt gegeben, von Japan bis Indien. Die Medien waren zu dieser Zeit nicht blockiert. Die meisten Medien haben weiterhin viele Fernsehsendungen ausgestrahlt. Die größte Unterstützung kam aus Georgien.

Wir mussten die Nächte in Bunkern verbringen. Die Russen bombardierten nach Mitternacht, als alle schliefen. Wir weckten die Kinder auf und gingen in den Schutzraum. Einmal sagte mein Sohn: „Ich wache nicht auf, Mama! Ich will sterben, sollen die Bomben mich töten“, sagte er. Jede Nacht, wochenlang, wenn ich im Tiefschlaf war, durch das Geräusch einer Bombe aufzuwachen und in den Schutzraum gebracht zu werden, macht einen Menschen verrückt. Schlafprobleme waren vorprogrammiert. Ich pendelte zwischen dem Schutzraum und unserer Unterkunft hin und her. Nach einer Weile musste ich meine Sendungen aufgrund der Warnungen meines Mannes abbrechen.

Sie sind derzeit als Flüchtling in Deutschland. Wie fühlen Sie sich dabei?

Ich fühle mich überhaupt nicht gut. Jeder hat irgendwelche Ängste im Leben. Eine meiner Ängste war das Leben in einem anderen Land. Ich bin auf der Krim geboren. Ich bin eine echte Ukrainerin. Dieses Land hat mir die Möglichkeit gegeben, Millionen von Menschen zu erreichen, Millionen von Frauen, die mir folgen. Ich habe mich immer als nützlich für mein Land gefühlt. Ich bin die erste Ukrainerin, die den Titel einer Botschafterin bei den Vereinten Nationen erhalten hat. Ich hatte ein erfolgreiches Leben, ich tat das, was ich liebte, und ich war gut darin. Ich hatte wirklich Angst, diese Dinge zu verlieren.

Mein Mann und ich sind viel gereist. Wenn wir nach Deutschland, Österreich oder Italien kommen, schaut uns niemand an und erkennt uns nicht! Natürlich wollte ich nicht woanders leben. Mein Mann war früher in der Politik tätig. Während der Präsidentschaft von Poroschenko war er Minister. Danach war er ein sehr erfolgreicher Geschäftsmann. Er ist ein echtes Finanzgenie. Er hat auch nie daran gedacht, woanders zu leben. Aber meine schlimmsten Befürchtungen wurden wahr.

Ich begann schon in jungen Jahren zu arbeiten. Als ich 13 war, unterrichtete ich Schüler im Alter von 7 bis 11 Jahren in Englisch. Auf diese Weise verdiente ich mein wöchentliches Taschengeld von 10 Euro. Ich habe mein ganzes Leben lang ge-

arbeitet. Ich stamme aus einer einfachen Familie auf der Krim. Ich habe mir den Weg an die Spitze hart erklommen. Ich kann mir ein Leben ohne Arbeit nicht vorstellen. Mein Terminkalender war bis Ende 2022 voll. Ich habe nie ein Leben gehabt, dessen Kalenderblätter leer sind. Wir hatten noch nie ein Leben, in dem meine Kinder die Zeit am Telefon totschielen.

Ich hatte einen Fahrer und wir hatten einen Koch. Alles in unserem Leben war sehr geordnet. Mascha ist gleichzusetzen mit dem Arbeitsleben. Mein Mann und ich haben unser Haus, in dem unsere Kinder geboren wurden, in den letzten fünf Jahren mit unseren Ersparnissen gebaut, während wir Karriere gemacht haben. Ich verließ all dies mit einem kleinen Koffer. 125 Tage lang haben wir in Angst gelebt und jeden Tag in den Abendnachrichten nachgeschaut, ob unser Haus von Bomben getroffen worden war.

Ich weiß nicht, ob wir noch in der Lage wären, dorthin zurückzukehren. Mein Mann, der noch nie in seinem Leben eine Waffe in die Hand genommen hat, ist jetzt im Krieg. Als er sich freiwillig bei der Armee meldete, trainierte er 2 Monate lang 8 Stunden am Tag, um mit Waffen umgehen zu können. Wir haben keine Ahnung, wohin er bei der Mobilisierung geschickt wird.

Meine deutschen Freunde Daniel und Caroline, die mich hierher gebracht haben, haben mir geholfen, nicht aufzuhören zu arbeiten und den Kampf um mein Land fortzusetzen. Die Deutschen haben ihre Unterstützung nicht verweigert. Ich erledige hier alle Arbeiten allein. Essen, Abwaschen, Putzen, Bügeln. Ich muss mir eine Arbeit suchen. Ich warte darauf, dass das Arbeitsamt einen Job für mich findet.

Putin hat in diesem Prozess seine Rolle gegenüber der Presse gut gespielt. Er hat seine Propaganda gut gemacht. Die Medien sind vollständig unter Kontrolle. Putin hat auch dieses Propagandainstrument gut gegen die Öffentlichkeit eingesetzt. Haben Sie bei Ihren Veröffentlichungen ähnliche Probleme erlebt?

Ich bedeute Russland nicht wirklich viel. Aber sie benutzen mich sogar für ihre Propaganda. Sie schneiden meine Videos um und veröffentlichen sie. An den Grenzen Polens, Ungarns und anderer Länder täuschen Menschenhändler Frauen, indem sie versprechen, ihnen zu helfen. Diese Frauen gaben ihre Pässe ab und verschwanden dann. Das Verteidigungsministerium sagte: „Geben Sie niemandem Ihre Pässe. Bewegen Sie sich in Gruppen. Lassen Sie Ihre Kinder nirgendwo mit jemandem hingehen“, und wollte, dass diese Botschaft bekannt gemacht wird. Am Abend des Tages, an dem ich diese Nachricht veröffentlichte, war das Video zu einem Instrument der russischen Propaganda geworden. In den Nachrichten wurde es so dargestellt, als würden Ukrainer Frauen an der Grenze vergewaltigen und entführen.



DIE „MASHA ASSOCIATION“ IST MIT FRAUEN IN DER UKRAINE

Wir bauen die Masha Association aus, die in der Ukraine tätig ist. Wir helfen Frauen und Kindern, wo wir nur können. Wir versuchen, die Menschen aus den besetzten Gebieten in der Ukraine herauszuholen.

SIE SOLLTEN DIE LEIDENDEN MENSCHEN NICHT VERGESSEN

Ich akzeptiere alle Vorschläge, die unserer Stimme in ganz Europa Gehör verschaffen können. Aber die Menschen sind gelangweilt und müde, von der Ukraine zu hören. Das kann ich verstehen. Als 2014 der Umbruch im Donbas begann, ging es uns nach einer Weile genauso. Auch meine Kinder bringen zum Ausdruck, dass sie von dem Thema, über das wir sprechen, gelangweilt sind. Ich denke, es ist normal, dass die Menschen in Europa jetzt so über uns denken. Es gibt hier alles, was man haben kann. Die Märkte sind voll mit Lebensmitteln. Man kann erreichen, was man will. Ich mache niemandem einen Vorwurf, aber wie kann man die Menschen vergessen, die neben einem leiden? Das ganze Land hatte sich erneuert, um Europa zu beweisen, dass wir eine fortschrittliche Gesellschaft sind. Wir waren kurz davor, der EU beizutreten. Ein lächerlicher Mann ist gekommen und meint, er könne uns alles wegnehmen, weil wir Ukrainer:innen sind und unsere Freiheit wollen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass das im 21. Jahrhundert passiert.

Mein Onkel und seine Kinder leben in Russland. Niemand hat angerufen und gefragt, wie es mir geht. Nach einer Weile rief er mich einmal an und sagte: „Unser Nachname ist der gleiche, ich dachte, wenn ich dir schreibe, würden sie mich verhaften.“ Es ist, als ob sie hypnotisiert worden wären. Von meinen KollegInnen, die ich aus dem Fernsehen und aus Veröffentlichungen kenne, habe ich keine einzige Nachricht erhalten. Einige von ihnen wollten nicht, dass bekannt wird, was sie mir geschrieben haben. Das ist unglaublich. Dieselbe Sprache, dieselbe Kultur, und doch sind wir so weit voneinander entfernt. Vor dem Krieg haben wir die Macht der Propaganda nicht erahnt. Jetzt haben wir sie verstanden. Neben dem heißen Krieg gibt es auch einen „Informationskrieg“. Dies ist einer der wichtigsten Punkte, die es zu bekämpfen gilt. Gefälschte Kanäle, gefälschte Nachrichten...

In der Türkei, in Russland, in China, in Ihrem Nachbarland Weißrussland sitzen Journalist:innen in Gefängnissen, weil sie gegen das Regime sind. Auch wir machen dieses Magazin gemeinsam mit vielen Journalist:innen im Exil. Diese Journalist:innen sind jetzt weit weg von ihrer Heimat, genau wie Sie. Wir haben über Putins Propaganda gesprochen. Diese Propaganda wird über Fernsehsender, Zeitungen, also über die Medien verbreitet. Wie wichtig ist der Journalismus für Sie?

Ich spreche mit Menschen von Washington bis Syrien. Sie alle kämpfen für den Frieden und die Rechte der Frauen. Wenn ich ihnen vom Krieg erzähle, schließen sich langsam ihre Augen, und das gibt mir das Gefühl, dass ich jetzt den Mund halten sollte. Als ich einmal erzählte, was passiert war, wurde mir das klar und ich sagte: „Es tut mir leid, ich wollte euch nicht langweilen.“ Ein Kollege sagte zu mir: „Du kannst nicht aufhören zu reden! Denn das würde bedeuten, dein Land zu verraten.“

In Deutschland zu bleiben bedeutet nicht, sein Land zu verraten, aber nicht über den Krieg zu sprechen schon. Als Journalistin muss ich unter allen Umständen weiterreden. Wir müssen mit den Regierungen sprechen. Wir sollten mit großen Unternehmen wie Instagram und Facebook sprechen, damit sie die Bilder, die wir teilen, nicht unter dem Vorwand zensieren, sie seien „sensible Inhalte“. Was ihr als sensible Inhalte zensiert,

ist das, was in meinem Land passiert! Diese Erfahrung gibt mir die Kraft, weiter zu reden.

Als ich zum ersten Mal in meiner Karriere Interviews gab, traf ich einen berühmten und erfahrenen Journalisten. Er sagte zu mir: „Du weißt nicht, wo du in Zukunft sein wirst, aber der Journalismus ist nicht dort, wo du bist, er ist in dir. Es spielt keine Rolle, wo du bist. Verliere nicht diese Leidenschaft in dir. Journalismus ist das, was Dich erreicht, wenn Du mit den Informationen und Analysen arbeitest, um das Richtige vom Falschen für die Menschheit zu unterscheiden. Der Journalismus ist die Essenz in dir. Dementsprechend sollten wir handeln. Wer du bist, wo du lebst, dein Reichtum oder deine Armut, deine Gefühle haben keinen Einfluss auf dein Handeln. Verlier nicht das Interesse an allem. Behalte Deinen Appetit, die Wahrheit in den Ereignissen zu finden. Was kannst Du denen geben, die dich beobachten, denen, die Dir folgen? Bist Du in der Lage, auch ihnen eine Perspektive zu geben, oder arbeitest Du nur für sich selbst?“, sagte er zu mir.

Journalist:innen wie ich, die alles verloren und ganz neu angefangen haben, die ihren Beruf in den neuen Ländern, in denen sie leben, weiter ausüben, sollten sich immer daran erinnern, dass das Wesentliche unseres Berufs darin besteht, den Menschen die Wahrheit zu vermitteln.

Haben Sie eine Botschaft, die Sie Ihren Journalist:innenkolleg:innen, die noch in der Ukraine arbeiten, mit auf den Weg geben möchten? Es gibt immer noch aktive Journalistenorganisationen in der Ukraine.

Sie leisten eine großartige Arbeit. Sobald der Krieg begann, hörten die Fernsehsender auf zu konkurrieren und wurden zu einer Einheit. Egal, welchen Kanal man jetzt auf der Fernbedienung drückt, der Sender sendet mit der gleichen Solidarität. Die Journalist:innen senden 24 Stunden am Tag. Sie senden von einem einzigen Zentrum aus, ohne dass es eine Konkurrenzsituation gibt. Ich bin stolz auf die Veröffentlichungen, die den Krieg dokumentieren. Wir sind müde, aber wir müssen durchhalten. Wir müssen diese Hoffnung in uns tragen. Raketen, Explosionen machen einen Menschen müde. Wenn wir anfangen, die Hoffnung und den Glauben an den Sieg zu verlieren, wird das schlecht für uns sein. ■



LYUDMILA MAKEI

Es ist schwieriger zu leben als es zu sagen

Es ist nicht einfach, Journalist in Kriegsgebieten zu sein. Es ist nicht leicht, gleichzeitig Opfer des Krieges und Journalist im eigenen Land zu sein. Die Journalistin Lyudmila Makei, die im Kosovo im Exil lebt, sagte: „Die geschriebene Presse ist ein dokumentierter Beweis für die Kriegsverbrechen, die Russland an den Ukrainer:innen begangen hat.“

Vor dem Krieg war ich in der Ukraine beruflich aktiv. Ich arbeitete für eine populäre, auf Russisch erscheinende Zeitung. Aber wie viele meiner Kolleg:innen gehöre ich zu denjenigen, die der Meinung sind, dass die Sprache der Presse in der Ukraine „ukrainisch“ sein sollte. Bald darauf haben wir aufgehört, Russisch, die Sprache des Nachbarn, zu verwenden. Die Zeitung, in der ich gearbeitet habe, wurde 2019 geschlossen, nachdem die Werbeeinnahmen durch die Corona-Krise weggebrochen waren. Diese Entscheidung der Zeitungseigentümer hatte eine schockierende Wirkung auf meine Kolleg:innen. Einige meiner Kollegen stürzten sich ins Geschäftsleben, während andere auf der Suche nach Arbeit nach Kiew oder ins Ausland gingen. Auch ich setzte meinen Beruf als Freiberuflerin fort. Ich habe mit verschiedenen Verlagsorganisationen zusammengearbeitet. Gleichzeitig habe ich verschiedene Online-Schulungen absolviert und an professionellen Wettbewerben teilgenommen. Zwei dieser Wettbewerbe habe ich sogar gewonnen.

Es war ein großer Segen, dass meine produktiven Fähigkeiten noch vor dem Krieg zum Vorschein kamen. Außerdem hatte ich die Möglichkeit, mein erstes Buch zu veröffentlichen und es im besten Museum der Stadt vorzustellen. Ich konnte mehr Zeit für meine Zeichnungen aufwenden, die mein leidenschaftliches Hobby sind. So wurden meine Zeichnungen in Amerika, Bulgarien, dem Kosovo, Israel, Deutschland und der Ukraine ausgestellt. Auch wenn meine Veröffentlichungen einigen Leuten unangenehm sind, bin ich sehr froh, dass ich den Menschen mit meinen Werken eine Freude machen konnte.

EXIL IN KOSOVO

Ich führe ein Leben im Exil in Pristina. Ich schreibe in ukrainischen und ausländischen Medien über die vom Krieg betroffenen Ukrainer:innen. Dank des Projekts „Residenz für Journalist:innen im Kosovo“ kann ich meinen Beruf ausüben. Mit diesem Programm, an dem ich die erste Teilnehmerin war, wurde 20 ukrainischen Journalisten eine vorübergehende Möglichkeit geboten, hier zu arbeiten und zu leben. Die Ukraine hat die Republik Kosovo noch nicht offiziell anerkannt. Trotzdem werde ich die Hilfe und herzliche Unterstützung dieser Menschen im Namen meines Landes nie vergessen.

INFORMATIONSKRIEG

Die Informationskriegsführung ist Teil des Bodenkriegs. Der Kreml weiß das sehr gut und nutzt es aus. Deshalb schreckt er auch nicht davor zurück, Ressourcen zur Unterstützung seiner Propagandisten bereitzustellen. Schon lange vor der russischen Invasion in der Ukraine kamen Schwärme von Social Trolls wie Kakerlaken aus jeder Ritze. Die Ukraine hat keine Zeit gefunden, die soziale Informationsverschmutzung einzudämmen.

Zu der Rolle, die diese russischen Journalist:innen beim Ausbruch des Krieges gespielt haben, gibt es eine offizielle Stellungnahme des Nationalen Journalistenverbandes der Ukraine. Diese Leute, die seit Jahren Hass gegen die Ukrainer:innen hegen, kann man ohnehin nicht als Journalisten bezeichnen. Es handelt sich um Propagandisten, die mit ihren Worten den Weg für russische Panzer ebnen.

Der Mangel an Kommunikation trifft die Öffentlichkeit

in diesem Krieg am stärksten. Die Rachisten* unterbrechen die Kommunikation, um den Bewohner:innen der Städte und Dörfer die Informationsquellen zu entziehen. In den Regionen Mykolaiv und Cherson besetzten sie zunächst die Redaktionen der lokalen Medien und begannen dann, als Sprecher des Kremles aufzutreten.

Die Medien, insbesondere die Printmedien, sind dokumentierte Beweise für die von Russland begangenen Kriegsverbrechen an der ukrainischen Bevölkerung. In der Ukraine gibt es spezielle Einheiten, die dafür sorgen, dass die Kriegsverbrechen der Russischen Föderation aufgezeichnet werden.

Für solche Verbrechen gibt es keine Auszeit. Für jeden Ukrainer, der getötet, hingerichtet und gefoltert wurde, hoffe ich, dass die Verantwortlichen gefunden werden. Aber zuerst müssen die Medien ihre Arbeit effektiv machen. Die Welt sollte die Ukraine nicht vergessen, denn dieser Krieg betrifft die Zukunft Europas und der Welt.

*Der Ausdruck, der für die russischen Besatzungssoldaten verwendet wird, leitet sich von den Worten rassistisch und faschistisch ab.

DIE FUNDAMENTE DES JOURNALISMUS HABEN SICH VERSCHOBEN

Der russische Einmarsch in die Ukraine hat die Fundamente des Journalismus in der Ukraine radikal verändert. Am Morgen des 24. Februar, als die Besetzung begann, wachten wir alle in einer anderen Realität auf. In der Journalistenausbildung wurde uns beigebracht, über die Ereignisse zu schreiben, die sich ereigneten. Man hat uns nie beigebracht, wie man Kriegsberichterstatter wird. Theoretisch wurde uns beigebracht, wie wichtig es ist, eine kugelsichere Weste und einen Helm zu tragen, wenn man in Konfliktgebiete reist, um Nachrichten zu schreiben. In der Praxis haben wir gesehen, dass die Nachrichtenzentren keines davon haben.

Als der Krieg vor der Tür stand, begannen die ukrainischen Zeitungsverbände und ausländische Organisationen damit, Verteidigungsausrüstung an Journalist:innen zu verteilen. Mit Beginn des Krieges waren weder kugelsichere Westen noch die Aufschrift "PRESSE" von Nutzen. Wir haben gesehen, wie russische Scharfschützen auf Journalist:innen zielen. Die Morde an dem ukrainischen Fotojournalisten Maks Levin, dem amerikanischen Reporter Brent Reno, dem litauischen Regisseur Mantas Kvedaravicius, dem französischen Journalisten Frédéric Leclerc-Imhoff und dem Iren Pierre Zakrevsky haben gezeigt, wie gefährlich der Journalismus in der Ukraine ist.

UNMÖGLICH, SICH DARAN ZU GEWÖHNEN

Ich lebte oft mit der Angst, dass meine Kolleg:innen nicht mehr in die Nachrichtenbüros zurückkehren würden. Ich hatte Kolleg:innen wie Oleksandra Kuvshinova, eine junge Fernsehjournalistin, die im Dorf Horenka unter Artilleriebeschuss stand und während ihres Einsatzes ihr Leben verlor.

Der Mitarbeiter von Sigma TV, Viktor Dedov, wurde in seinem Haus in Mariupol, in dem er sich mit seiner Familie aufhielt, von einer Kanonenkugel getroffen. Die Journalistin Valeriya Hlodan und ihre drei Monate alte Tochter wurden bei einem Raketenangriff in Odessa getötet. Während des Beschusses der Hauptstadt Kiew wurde der Journalist und Produzent von Radio Svoboda Vira Gric in seinem eigenen Haus getötet. Der Krieg hat enorme Verluste hinterlassen, die nur schwer wieder gutzumachen sind. Es ist absolut unmöglich, sich an diesen Schmerz zu gewöhnen.

Gleichzeitig hat der Krieg auch vielen Journalist:innen die Arbeitsmöglichkeiten genommen. Medieneinrichtungen wurden entweder bombardiert oder von den Raschisten* geplündert. Wir hatten viele Kolleg:innen aus den besetzten Gebieten, die gezwungen waren, an sicheren Orten im Land Zuflucht zu suchen..

LASS MEIN ARCHIV, NIMME MEINE KAMERA MIT

Niemand konnte ahnen, dass die russischen Invasoren Charkiw, Mykolaiv, Mariupol und andere ukrainische Städte zerstören würden. An kalten Wintertagen, während der Besetzung von Mariupol, verloren wir zwei Monate lang den Kontakt zu unseren Kolleg:innen, die sich in Bunkern vor russischen Raketen versteckten. Sie kämpften unter unmenschlichen Bedingungen um ihr Leben. Sie schliefen auf dem Betonboden und mussten Schnee schmelzen, um Wasser zu bekommen. Das sind beängstigende, aber auch erschreckende Geschichten.

Die Fotos, die der talentierte Fotograf Yevhen Sosnovsky aus dem Bunker in Mariupol machte und darüber berichtete, gingen um die Welt. Er hatte der Welt die Geschichten über den Tod seiner Angehörigen, die er im Tagebuch eines 8-jährigen Jungen, mit dem er im Bunker wohnte, niedergeschrieben hatte, mit beeindruckenden Fotos mitgeteilt. Als Yevhen von der Besetzung befreit wurde, hatte er gesagt, dass er bereit sei, den Besatzern ihre Kameras zu geben, wenn sie ihre Archive nicht anrühren", falls sie sie erwischen sollten.

"ES DONNERT"

Ich sprach mit Olya Grigoryan, einer Journalistin in Mariupol, über die schrecklichen Tage, die sie in der Unterkunft verbrachte. Sie sagte, sie wisse nicht, ob sie am Morgen aufwachen würde. Sie überzeugte ihre Tochter, dass die Explosionsgeräusche nicht Bomben seien, sondern dass es nur donnert. Wie viele ukrainische Mütter lebt auch Olja mit ihrem Kind in Deutschland. Sie träumt davon, nach Hause zurückzukehren. Aber jetzt können sie nirgendwo mehr hingehen. Es gibt weder das Haus, in dem sie leben, noch die Straße, noch die Stadt selbst.

Es ist nicht leicht, Menschen, deren Leben durch den Krieg verdunkelt wurde, zuzuhören und über sie zu schreiben, Aber das muss unbedingt getan werden, damit die Welt die Ukraine nicht vergisst. ■



DIE UKRAINISCHE JOURNALISTIN SEVGIL MUSAIEVA STEHT AUF DER LISTE DER HUNDERT EINFLUSSREICHSTEN MENSCHEN DER WELT:

Das Leben wird den Tod besiegen



YUNUS ERDOĞDU

Die ukrainische Journalistin Sevgil Musaieva wurde vom Time Magazine in die Liste der 100 einflussreichsten Menschen der Welt im Jahr 2022 aufgenommen. Musajewa unterstreicht, dass sich die Wahrheit gegen die Lügen des Krieges durchsetzen wird.

Der russisch-ukrainische Krieg hat sich auch auf die Liste der 100 einflussreichsten Menschen der Welt für 2022 des Time Magazine ausgewirkt. Drei Namen aus der Ukraine sind auf der durch Leserstimmen ausgewählten Liste zu finden. Die Journalistin Sevgil Musayeva, der ukrainische Präsident Volodymyr Zelenskiy und der ukrainische Generalstabschef Valeriy Zaluzhny.

Die Liste, die am 23. Mai veröffentlicht wurde, trägt den Titel „Ikonen, Titanen, Künstler, Führungskräfte und Innovatoren.“ Die Chefredakteurin der Ukrayinska Pravda, Sevgil Musayeva, fand ihren Platz in der Kategorie „Innovatoren“ auf der Liste.

Der Name der Autorin des Artikels über Musayeva in der Zeitschrift ist Amie Ferris-Rotman. Als erfahrener Reporterin hat Rotman auch den Krieg in der Ukraine verfolgt. In ihrem Artikel verwendet Rotman die folgenden Formulierungen für Musayeva:

„Im blutigsten Krieg dieses Jahrhunderts in Europa kämpft die Ukraine um ihre Zukunft und das Recht zu existieren. Die Chefredakteurin der führenden unabhängigen Nachrichten-Website Ukrayinska Pravda, Sevgil Musayeva, sorgt dafür, dass ihre Publikationen jeden Aspekt des Konflikts abdecken.“

Sevgil Musayeva nahm als Rednerin am „Time100 Summit“ teil, der am 7. Juni in New York stattfand. Sie sprach darüber, was der Krieg für sie bedeutet. Sie brachte zum Ausdruck, dass sie während ihrer journalistischen Tätigkeit im Krieg jeden Tag mit Trauer und Tod konfrontiert ist.

Im Schatten des Krieges äußerte sich die ukrainische Journalistin wie folgt: „Das Leben wird den Tod besiegen, das Licht wird die Dunkelheit besiegen, und die Wahrheit der Ukraine wird definitiv die Lügen besiegen. Egal wie schwierig dieser Kampf auch sein mag“.

Das Nachrichtenportal Ukrayinska Pravda, das unter der Leitung von Musayeva für „Ukrainische Wahrheit“ steht, hat täglich 4 Millionen Besucher. Die Website, die in Russland verboten ist, ist eine wichtige Nachrichtenquelle sowohl für die Menschen in der Ukraine als auch für diejenigen im Ausland.

SEVGIL MUSAIEVA

Die von der Krim stammende Journalistin Sevgil Musayeva wurde am 18. Juni 1987 im Exil in der usbekischen Stadt Cuma geboren. Nachdem die Krimtataren 1989 auf die Krim zurückkehren durften, ließ sie sich mit ihrer Familie in der Stadt Kerç nieder. Während ihrer Gymnasialzeit auf der Krim begann sie mit dem Journalismus. Sie machte ihren Abschluss am Taras-Shevchenko-Institut für Journalismus in Kiew, der Hauptstadt der Ukraine. Seit 2014 ist sie die Chefredakteurin des Nachrichtenportals Ukrayinska Pravda. Von 2011 bis 2013 war sie Korrespondentin für das Magazin Forbes Ukraine. Im Jahr 2014 gründete sie die Online-Wirtschaftspublikation Hubs und war deren Chefredakteurin. Sie hat in verschiedenen Medienorganisationen über wichtige Nachrichten aus dem Energiebereich berichtet. Sie wurde mehrfach im Bereich Journalismus ausgezeichnet.

Gerechtigkeitsmarsch vor dem EGMR in Straßburg

Tausende von Menschen versammelten sich am 24. Juni vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Straßburg, um für Gerechtigkeit zu demonstrieren. Teilnehmer aus vielen europäischen Ländern forderten den EGMR auf, „jetzt gegen die in der Türkei begangene Gesetzlosigkeit vorzugehen“.

Während des Ausnahmezustands, der nach dem mutmaßlichen Putschversuch vom 15. Juli 2016 verhängt wurde, wurden in der Türkei Hunderte von Journalisten verhaftet. Insgesamt wurden 179 Medienunternehmen geschlossen. Tausende von Journalisten wurden nach 2016 arbeitslos. Es wurde ein Antrag an den EGMR gestellt, gegen diese illegalen Beschlagnahmungen vorzugehen.

Die International Journalists Association (IJA), eines der acht Gründungsmitglieder der Peaceful Actions Platform e.V., unterstützte den Gerechtigkeitsmarsch vor dem EGMR mit mehr als 50 Mitgliedern. Die IJA kündigte das Ereignis zeitgleich in der ganzen Welt mit Live-Übertragungen, Videos, Fotos und Posts in den sozialen Medien an.

Bericht über beschlagnahmtes Eigentum von Journalisten veröffentlicht

Am 27. August fand vor dem Düsseldorfer Landtag das Medienfestival „Lagerfeuer 2022“ statt, eines der wichtigsten journalistischen Events in Deutschland. Das Festival wird von der International Journalists Association e.V. organisiert. Auf dem Medienfestival, an dem 28 Journalistenorganisationen teilnahmen, stellte die IJA der Öffentlichkeit auch einen internationalen Bericht vor, der für Journalisten erstellt wurde, deren Vermögen unrechtmäßig beschlagnahmt wurde.

Dem Bericht zufolge wurde das Vermögen von 770 Personen unter dem Vorwurf der „Terrorismusfinanzierung“ auf der Grundlage von zwei im Jahr 2021 in der Türkei erlassenen Dekreten eingefroren, ohne dass ein Gerichtsbeschluss erforderlich gewesen wäre. Auf der Liste stehen

auch 34 Journalisten. Diese Journalisten konnten aufgrund dieser Anschuldigung viele ihrer finanziellen Transaktionen nicht mehr durchführen.

Die Türkei steht auf der grauen Liste der im Rahmen der OECD eingerichteten Financial Action Task Force on the Prevention of Money Laundering (FATF). Die Graue Liste bedeutet, dass Länder mit Mängeln und Risiken in Bezug auf Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung unter strenger Beobachtung stehen. Internationale Organisationen gehen auch gegen Ankara vor, weil es ohne Nachfrage Schwarzgeld aus dem Ausland annimmt.

Die FATF wies die Türkei an, Vermögenswerte, die mit dem Terrorismus in Verbindung stehen, einzufrieren. Das Erdogan-Regime hat diese Anweisung jedoch als Chance für sich genutzt. Unabhängig davon, wie viele Dissidenten es zum Schweigen bringen wollte, wurden sie alle auf eine Liste gesetzt, die mit einem Dekret bekannt gegeben wurde. Die Liste mit 770 Personen, darunter 34 Journalisten, wurde den Finanznachrichtendiensten übermittelt, indem sie mit dem Terrorismus in Verbindung gebracht wurden. Aufgrund einer äußerst vagen und abstrakten Anschuldigung werden Journalisten im Ausland bei ihren täglichen Bankgeschäften behindert.

Es sind nicht nur die 34 Journalisten auf den Listen der Gesetzesdekrete, deren Vermögen eingefroren wurde. Auch das Vermögen vieler Journalisten, die seit Jahren in der Türkei inhaftiert sind, wurde beschlagnahmt.

In diesem Bericht, den die IJA der Öffentlichkeit zugänglich gemacht hat, werden die internationalen Organisationen aufgefordert, die rechtswidrigen Dekrete aus Ankara nicht zu akzeptieren.



Jahresversammlung der IJA-Mitglieder

Das von International Journalists organisierte Jahrestreffen der Mitglieder fand am 10. Juli in Deutschland statt. Etwa 150 Exiljournalisten, die nach dem antidemokratischen Prozess gezwungen waren, ihre Länder zu verlassen, kamen bei der unter dem Dach der

IJA organisierten Veranstaltung zusammen, um sich auszutauschen und gemeinsame Projekte zu planen. Insgesamt nahmen mehr als 400 geladene Gäste aus verschiedenen Ländern Europas mit ihren Familien an dem Programm teil.



Unterstützen Sie den freien Journalismus



Sparkasse



Langen-Seligenstadt

Vielen Dank für Ihr Interesse und Ihre hilfe



International Journalists Association e.V.
IBAN : DE29 5065 2124 0004 1249 13
BIC : HELADEF1SLS

 Sparkasse
Langen-Seligenstadt

YOU'LL NEVER WRITE ALONE!



dju.

Deutsche
Journalistinnen- und
Journalisten-Union

Warum in die dju in ver.di?

dju.verdi.de

**Wir kümmern uns –
auch um deine Sicherheit**

Kompetente Rechtsanwälte beraten und
begleiten dich.

Presseausweis

In deinem Mitgliedsbeitrag enthalten.

Journalismustag

Jedes Jahr mit rund 200 Kolleginnen und
Kollegen über Trends und Themen im
Journalismus diskutieren.

M Menschen
Machen
Medien

Das ver.di-Magazin mit aktuellen News
und Storys aus der Medienwelt –
hintergründig & kritisch – print & online.
mmm.verdi.de

ver.di